

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Voswinkel

Ich begrüße Sie zum 100. Bergedorfer Gesprächskreis, den wir - so wie es Kurt A. Körber gehandhabt haben würde - nicht als Jubiläumsveranstaltung verstehen, sondern als ein Arbeitsgespräch, das sich mit einer Frage beschäftigen wird, die nicht nur die deutsche Gesellschaft in ihrem Kern berührt.

Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?

Im Januar dieses Jahres waren wir zu Gast bei Bundespräsident von Weizsäcker im Schloß Bellevue in Berlin und haben die Frage diskutiert: "Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft?" Die damalige Debatte machte deutlich, daß statt einer Frage ein Ausrufungszeichen zu setzen ist. Das heißt, wir erleben derzeit in der Tat eine Orientierungskrise. Der Bundespräsident stellte in dem Zusammenhang die Frage: "Was hält Menschen und Gesellschaft in unserer liberalen Demokratie eigentlich noch zusammen?", und Herr von Weizsäcker fügte hinzu: "Gewiß sind heute mehr Menschen am politischen Geschäft beteiligt als etwa im alten Griechenland. Aber wie stellt sich diese Beteiligung dar? Wird sie noch als Dienst am Gemeinwesen verstanden? Oder geht es nur um die Organisation und Durchsetzung der eigenen Interessen?"

Mit diesen Fragen sind wir mitten in unserem heutigen Thema. Die Wahl der Referenten - wir danken Herrn Ministerpräsidenten Biedenkopf und Herrn Professor Hirschman sehr, das sie bereit sind, die Mühen einer Einleitung zu übernehmen - und die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises machen zugleich deutlich, daß wir dieses Thema nicht auf die deutsche Gesellschaft beschränken und nicht nur ökonomisch und sozialpolitisch verstanden wissen wollen.

Im Grunde knüpfen wir mit dem 100. Gesprächskreis wieder beim ersten und zweiten Gesprächskreis an, die 1961 "Schwächen der industriellen Gesellschaft" und "Kulturkrise in der industriellen Gesellschaft" behandelten. Das heißt, hier geht es zweifellos um Kernfragen, die zumindest unsere westlichen Gesellschaften grundsätzlich beschäftigen müssen.

Ist also, um unser Thema einmal anders zu akzentuieren, die liberale Gesellschaft ohne Gemeinsinn zur Selbsterstörung verurteilt? Ist der Staat nur eine große "Versicherungsgesellschaft", gewissermaßen eine "Gesellschaft mit beschränkter Haftung", oder bestimmt er tatkräftig Modus und Inhalt der Politik in einer Weise, daß unsere Demokratie Krisen und Katastrophen ausweichen kann, indem sie rechtzeitig die notwendigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen Veränderungen einleitet? Inwieweit ist dafür Voraussetzung, daß sich die Bürger für das Gemeinwesen engagieren, in dem sie leben? Daß sie sich verantwortlich fühlen für mehr als das eigene Schicksal, eintreten für mehr als die eigenen Interessen? Mit anderen Worten: Kann freiheitliche Politik ohne Bürgertugend überleben? Damit ist eben über mehr als über das verlorene und wiederzugewinnende Wirtschaftswachstum und die Lösung der sozialen Frage zu sprechen.

Sie werden es mir nachsehen - es vielleicht sogar von mir erwarten;- , wenn ich abschließend Kurt A. Körber zitiere, nicht nur, weil er 1961 den Bergedorfer Gesprächskreis gegründet hat - und die 100. Tagung ist sicher ein Anlaß, seiner dankbar zu erinnern;- , sondern weil er seine gesamte unternehmerische Laufbahn als Engagement für das Gemeinwohl verstanden hat.

Das letzte Kapitel seines 1992 kurz nach seinem Ableben erschienenen Buches trägt die Überschrift "Stiftung - Ausweg aus dem Dilemma der profitorientierten Marktwirtschaft".

Körber schreibt: "Was ich als meine, Botschaft in diesem Buch vermitteln möchte, ist, das Bewußtsein beim Bürger zu schärfen, daß es auf jeden einzelnen ankommt, zur Erhaltung unseres Gemeinwesens beizutragen. Anderenfalls sehe ich die große Gefahr, daß unsere Gesellschaft sich im bloßen Verdienen erschöpft ... und damit den Ast absägt, auf dem wir sitzen." Damit aber, so Körber, "gefährden wir eben jene Grundlagen, die unsere gesellschaftliche Ordnung und unseren Wohlstand sichern".

Und Körber fährt fort: "Ich will diese Forderung nicht als moralischen Appell verstanden wissen, der auf die meisten Menschen nur abschreckend wirken würde, weil er gewissermaßen an das schlechte

Gewissen des einzelnen appelliert. Vielmehr ist es meine persönliche Erfahrung, daß ... etwas für andere, für das Gemeinwohl zu tun, zu einem erhöhten Lebensgefühl, zur eigenen Lebensfreude entscheidend beiträgt." Körber hat dieses Credo überzeugend vorgelebt.

Ich bin sicher, wir haben ein spannendes Gespräch vor uns. Ich übergebe damit den Vorsitz an Herrn Professor Grimm, dem ich ebenfalls sehr dafür danke, daß er es übernommen hat, die Diskussion zu leiten.

## Grimm

Bevor ich unseren Referenten, Herrn Biedenkopf und Herrn Hirschman, das Wort übergebe, würde ich es für nützlich halten, einige Anfragen zu unserem Thema zu formulieren, ohne damit den beiden Sprechern etwas vorwegzunehmen.

"Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? "Die Frage: Wieviel? läßt keinen Raum für Zweifel, ob denn die liberale Gesellschaft überhaupt Gemeinsinn braucht. Das wird vorausgesetzt. Es geht nur noch um die Menge, die benötigt wird. Man sollte sich in Erinnerung rufen, daß damit der klassische Liberalismus im Grunde dementiert wird, der davon ausging, daß, wenn nur alle Individuen gleich frei seien, für das öffentliche Wohl individuelle Tugend entbehrlich wäre. Jeder kann dann seinem Eigensinn folgen, und das Gemeinwohl ergibt sich gewissermaßen automatisch über Marktmechanismen.

Das gleiche geschieht, wenn ich es richtig sehe, bei einer modernen Variante des klassischen Liberalismus, der Systemtheorie. Ein strenger Systemtheoretiker würde wahrscheinlich sagen, die moderne funktional differenzierte Gesellschaft funktioniert, weil und soweit jedes Teilsystem seine für die gesamte Gesellschaft erforderliche und wichtige Funktion erfüllt. Und diese Funktion beruht auf dem Imperativ des jeweiligen Codes, der in einem Sozialsystem gilt und der die Operation dieses Sozialsystems steuert. Für die Politik ist es danach wichtig, daß sie sich um Wählerstimmen bemüht; für das Wirtschaftssystem ist es leitend, daß es den Gewinn maximiert und so weiter. Für so etwas wie "Gemeinsinn" scheint da kein rechter Platz vorhanden zu sein. Der mag eine angenehme Tugend und individuell lobenswert sein, aber für die Gesellschaft ist er nicht bestandswichtig.

Angesichts dessen kann man die Frage, wieviel Gemeinsinn benötigt wird, wohl erst dann beantworten, wenn man sich Klarheit darüber verschafft hat, warum eigentlich Gemeinsinn nötig ist. Völlig selbstverständlich scheint das nicht zu sein. Deshalb hielte ich es für wichtig, zunächst zu überlegen, was wir eigentlich unter Gemeinsinn verstehen. Als Gegenbegriff könnte man Eigensinn vorschlagen, also ein Verhalten, das auf das eigene Wohl und auf den eigenen Nutzen bedacht ist und nicht auf das Wohl des Ganzen sieht. Wie wäre dem gegenüber Gemeinsinn zu denken? Gegenstandsbezogen vielleicht, etwa, daß sich mehr Leute um Politik kümmern? Denn bei der Politik geht es ja ums Ganze - durchaus in einem Doppelsinn gemeint. Aber häufig ist eben Eigennutz die Motivation für die Übernahme von politischen Tätigkeiten und die Handlungsanleitung im politischen Bereich.

Was könnte weiter in Frage kommen? Etwa der Einsatz für kollektive Güter, um die sich sonst kein Teilsystem der Gesellschaft kümmert: Umweltschutz etwa oder der Protest gegen Kernenergie, gegen Müllverbrennungsanlagen oder gegen neue Landebahnen. Wenn man es so sieht, läßt sich die Frage unseres Themas vielleicht sogar umkehren, indem man fragt: Wieviel Gemeinsinn verträgt denn eine liberale Gesellschaft?

Oder soll man es eher personal wenden: Man kümmert sich um Alte, Kranke, um Behinderte? Oder soll man es bereichsunabhängig verstehen als Richtschnur für die Erfüllung der jeweiligen Funktion, die man ausübt? Dann ergäbe sich die Frage: Wieviel Platz läßt eine hochgradig differenzierte Gesellschaft für Gemeinsinn übrig? Konkret gewendet: Kann man beispielsweise eine Bank mit Gemeinsinn führen oder beschränken sich die Möglichkeiten darauf, daß man den erzielten Gewinn hinterher gemeinnützig verwendet?

Das Thema unterstellt weiterhin, daß Gemeinsinn gebraucht wird. "Brauchen" ist gebieterisch und legt den Schluß nahe, daß die Gesellschaft sonst nicht zusammenhält. Die Frage ist, was durch ein Defizit an Gemeinsinn gestört wird.

Die Gesellschaft hält sich für das Gemeinwohl im Meer der Egoisten eine eigene Instanz, den Staat, und stattet ihn dazu mit überlegener Macht aus. Braucht er zusätzlich noch Gemeinsinn? Warum braucht er ihn - wegen der Knappheit der Ressource Macht oder wegen der Unempfindlichkeit bestimmter Bereiche gegenüber Macht? Falls sein Wirken von Gemeinsinn abhängt: Wie beschafft er sich diesen?

Generell gilt: Was der Staat zur Funktionserfüllung benötigt, garantiert ihm die Verfassung. Dem Gewaltmonopol entspricht auf seiten der Gesellschaft die Gehorsamspflicht, dem Geldbedarf die Steuerpflicht, der Verteidigungsnotwendigkeit die Wehrpflicht etc. Wird mehr benötigt? Nach dem Grundgesetz hat zwar jeder das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit, aber nicht die Pflicht zum Gemeinsinn.

Lebt die Gesellschaft also von einer Ressource, über die ihre auf Bewahrung des Gemeinwohls spezialisierte Instanz, der Staat, nicht verfügt? Aus welchen Gründen wächst oder schrumpft der Gemeinsinn? Wie und wie schnell kann man ihn erzeugen? Ist das eine Staatsaufgabe?

Schließlich: die liberale Gesellschaft. Ich nehme an, daß mit "liberal" die freiheitliche Gesellschaft gemeint ist, in der die Selbstentfaltung des einzelnen und die Autonomie der gesellschaftlichen Teilsysteme primär und der Staat sekundär ist und seine Legitimation aus der Freiheitsbewahrung zieht. Gelten in einer solchen Gesellschaft Besonderheiten hinsichtlich des Gemeinsinns?

Wenn ja, dann können die Besonderheiten wohl nur daher rühren, daß in diesem System die Machtmittel des Staates und die Zwecke ihres Einsatzes begrenzt sind. Das hat Konsequenzen. So kann etwa die Verbrechensbekämpfung in einer liberalen Gesellschaft nicht so wirksam erfolgen wie in einer illiberalen. Gesellschaftliche Freiheit und staatliche Macht befinden sich in einem empfindlichen Gleichgewicht. Staatlich vermittelte Sicherheit und gesellschaftliche Freiheit lassen sich nicht gemeinsam maximieren. Das eine ist der Preis des anderen. Macht das Sicherheitsdefizit, das der liberale Staat unvermeidlich hinterläßt, Gemeinsinn nötig? Kann es durch Gemeinsinn gedeckt werden?

Ich bin gespannt, zu welchen Antworten auf diese Fragen wir mit Hilfe unserer Referenten gelangen.

### **Biedenkopf**

Ich möchte zunächst meiner großen Freude Ausdruck geben - und darin auch meine Frau einschließen;-, daß dieser 100. Bergedorfer Gesprächskreis in Dresden stattfindet, eine Stadt, zu der Kurt Körber eine besonders intensive Beziehung hatte. Ein Jubiläum dieser Art ist in unserer kurzlebigen Zeit zweifellos bemerkenswert.

Ich knüpfe unmittelbar an die Bemerkungen von Herrn Grimm an. Aus meinem Ansatz wird deutlich werden, daß man die Frage nach dem Gemeinsinn sehr verschieden angehen kann. Wir stimmen darin überein, daß wohl kaum gemeint ist, wir hätten zuviel an Gemeinsinn. Gefragt ist, ob wir zuwenig davon haben. Meine vorweggenommene Antwort lautet dazu: Wir brauchen so viel an Gemeinsinn, daß wir als Kulturvolk überleben können. Damit will ich sagen: Eine Gesellschaft ohne Gemeinsinn ist nicht überlebensfähig. Das sagt noch nichts darüber aus, welchen Inhalt wir diesem Gemeinsinn geben, sondern nur über die Richtung, in der ich argumentieren möchte.

Was Ihren Rückgriff auf den Liberalismus angeht, Herr Grimm, so würde ich insofern eine kleine Differenzierung vornehmen, als ich nicht der Meinung bin, daß sich die klassischen Liberalen völlig darauf verlassen haben, die Verfolgung des Eigennutzes werde schon zu einem Allgemeinwohl führen. Diese positivistische Betrachtungsweise des Liberalismus mag für die spätere Zeit zutreffen. Sie gilt aber ganz sicher nicht für einen Autor wie Adam Smith. Diese Liberalen, die den Ordnungsmechanismen des Marktes und des kooperativen Ausgleichs unter den Individuen im Rahmen des Privatrechts und privatrechtlicher Institutionen so viel Vertrauen schenken, sind als selbstverständlich davon ausgegangen, daß es religiöse, moralische und ethische Bindungen dieser Freiheit gibt, die man gar nicht besonders bemühen müsse, sondern gewissermaßen voraussetzen könne.

Diese Voraussetzungen finden wir bei Adam Smith immer wieder, wenn er beispielsweise die Funktionsweisen des Marktes und der Koordinationsmechanismen beschreibt. Es war für ihn unvorstellbar und deshalb auch gar nicht Gegenstand seiner Reflexion, daß die Individuen, die sich in dieser Weise koordinieren oder in Wettbewerb miteinander treten, nicht solchen Bindungen unterlägen, sondern gewissermaßen in unkontrolliertem Egoismus handeln würden. Erst mit dem Aufkommen des Positivismus im 19. Jahrhundert, vor allem des Rechtspositivismus, der ja nicht ohne Grund Hand in Hand geht mit einer immer stärkeren Säkularisierung und Diesseitsorientierung der Gesellschaft, tritt an die Stelle dieser Selbstverständlichkeit - ausgelöst durch die Krisen des ungebundenen Liberalismus - Stichwort: Manchesterliberalismus - die Frage, ob nicht der Staat eingreifen und Bindungen wiederherstellen müsse, die man ursprünglich als gegeben vorausgesetzt hatte.

Ich verstehe nun unter Gemeinsinn nicht nur eine individuelle Äußerung von Gemeinschaftsverantwortung, sondern sehe darin ausgedrückt das Verhältnis von Individualismus und Gemeinschaftsorientierung. Ich frage also: Welche Rolle kommt der Gemeinschaft und der Gemeinschaftsorientierung in einer nachhaltig individualistisch geprägten Gesellschaft zu? Ich knüpfe dabei nicht nur an frühere Diskussionen auch im Bergedorfer Gesprächskreis an, etwa zum Verhältnis von Gemeinschaftsbindung und Freiheit, sondern ebenso an Debatten, wie sie etwa in den Vereinigten Staaten unter der Überschrift "communitarianism" von Etzioni und anderen in Gang

gesetzt wurden. Stets geht es dabei um die Kernfrage: Wann beginnt Individualismus als Organisations- und Gestaltungsprinzip einer Gesellschaft, also die Verfolgung individualistischer Ziele und Interessen, diese Gesellschaft selbst zu gefährden, weil sie dadurch ihre innere Kohäsion verliert? Und welche Folgen hat der Verlust der inneren Kohäsion für die Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft?

Das ist natürlich nur eine von mehreren Interpretationsmöglichkeiten unseres Themas; es sind auch andere Zugänge denkbar. Um aber nicht in der Fülle des Stoffes zu ertrinken, habe ich mir diesen Fixpunkt gewählt.

Im folgenden will ich das, was Herr Grimm in Form von Fragestellungen skizziert hat, in Form von Problembezeichnungen näher umreißen. Dabei halte ich zunächst die Feststellung für wichtig, daß Gemeinschaft und damit auch die Gemeinschaftsorientierung individuellen Handelns insofern im Widerspruch zum Individualismus steht, als die Anerkennung von Gemeinschaftsbindungen immer eine Begrenzung des eigenen Handlungsspielraumes bedeutet. Das ist nicht nur formal, sondern auch inhaltlich so. In dem Maße, in dem ich mich als Mitglied einer Gemeinschaft empfinde - um welche Art von Gemeinschaft es dabei immer gehen mag;- , ergeben sich bestimmte Begrenzungen für die individuelle Selbstverwirklichung und für die Inanspruchnahme von Freiräumen durch das Individuum.

Aus dieser Konfliktlage zwischen Individuum und Gemeinschaft - so meine Hypothese - ergeben sich eine Reihe von Problemen für die Gemeinschaft.

Historisch gesehen verhält es sich umgekehrt: In früheren Zeiten war die Gemeinschaft das dominierende Strukturelement, und es ging gerade darum, den einzelnen aus Gemeinschaftsbindungen herauszulösen und von übermäßigen Ansprüchen der Gemeinschaft zu befreien. Diese Gemeinschaftsansprüche waren nun nicht nur ethisch, moralisch oder religiös begründet, sondern wurden auch aus Notwendigkeiten und Nützlichkeiten, die die Gemeinschaft für den einzelnen hatte, abgeleitet. Nicht zuletzt deshalb ist die europäische Kultur, insbesondere seit dem 19. Jahrhundert, durch eine starke Verschiebung zwischen Gemeinschaft und Individuum gekennzeichnet, die darauf zurückzuführen ist, daß jener traditionelle Nutzen der Gemeinschaft für den einzelnen abnimmt.

Das gilt etwa für die religiöse Bindung, die Gemeinschaft konstituieren und ihr auch Autorität verleihen kann und die durch die Säkularisierung zunehmend geringer wird. Da ist des weiteren der Schutz, den Gemeinschaft in Form bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen - Familie, Sippe, Stadt, Verein, Stände und so weiter- dem einzelnen gewährt, und der zurückgeht, weil diese Rolle zunehmend vom Staat übernommen wird. Der Schutz vor sozialen Risiken, eine der wichtigsten Formen nichtstaatlicher kleinerer Gemeinschaften, wird immer mehr von kollektiven Systemen oder Sozialsystemen übernommen. Das heißt, die Schutzfunktion der Gemeinschaft bei der Mitübernahme von Lebensrisiken verliert an Bedeutung.

Denken Sie an Erziehung und Ausbildung, die nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht von der Familie auf den Staat verlagert werden. Damit übernimmt der Staat auch immer stärker die Tradierungsfunktion, die mit der Ausbildung verbunden ist.

Die Gemeinschaft - etwa die Großfamilie - verwendet in der Regel Ressourcen wie Wohnen, Nahrung, Dienstleistungen effizienter als eine kleine Gemeinschaft oder gar der alleinlebende einzelne. Mit wachsendem Wohlstand nimmt die Notwendigkeit ab, die Ressourcen möglichst optimal zu verwenden. Damit entfällt die Notwendigkeit entsprechender Gemeinschaftsbindungen, die bisher damit verbunden waren.

Mit anderen Worten: Die Gemeinschaft hat wesentliche Funktionen verloren und wird von einer immer größeren Zahl von Menschen nicht mehr als existentiell notwendig erlebt. Das betrifft jedoch genau jenes soziale Gewebe, wie ich es einmal nennen will, das in einer Gesellschaft zwischen Staat und Individuen vorhanden war.

Der Individualismus ist, jedenfalls in unserer abendländischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, damit zur dominierenden Kraft geworden. Nicht der einzelne muß heute seinen Anspruch auf Individualität gegenüber der Gemeinschaft begründen, sondern die Gemeinschaft muß ihre Ansprüche gegenüber dem einzelnen begründen. Dies ist aber eine wesentliche Umkehr des ursprünglichen Verhältnisses zwischen Gemeinschaft und Individuum - was ich hier lediglich feststelle, aber nicht bewerte.

So wie sich die Dinge entwickelt haben, kann sich die Gemeinschaft gegenüber dem Individuum nur aus ihrem Nutzen begründen, den sie für den einzelnen erbringt. Das gilt für die Familie genauso wie für den Verein, die Gewerkschaft oder andere Organisationen. Wenn sie dem nutzenorientierten

Individuum keinen erkennbaren Vorteil bringt, sieht dieses keinen Grund, seine individuellen Freiräume gegenüber der Gemeinschaft einzuschränken. Das heißt, das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft orientiert sich am Nutzen, der sich daraus für den einzelnen ergibt.

In diesem Zusammenhang spielt nun eine entscheidende Rolle, daß eine Politik, die auf die Förderung von Selbstverwirklichung und Individualität ausgerichtet ist, eben dadurch den Nutzen der Gemeinschaften, die zwischen Staat und Bürger angesiedelt sind, ständig verringert. Dies ist natürlich nicht ihre Zielsetzung, aber die Folge ihrer Bemühung, die Voraussetzungen für eine möglichst weitgehende individuelle Entfaltung zu schaffen oder zu verbessern. Eine solche Politik wäre zwar durchaus mit einer Gemeinschaftsorientierung vereinbar, wenn sie diese von vornherein einschließen würde. Eben das ist aber nicht der Fall, wie ich an einigen Beispielen deutlich machen will.

Die Tendenz in unserer stark individualistischen Gesellschaft, möglichst alle sozialen Risiken zu kollektivieren, das heißt, auf Großeinheiten oder den Staat selbst zu übertragen, führt in der Praxis - nicht in der Theorie - dazu, daß das Subsidiaritätsprinzip kaum noch zur Geltung kommt. Damit geht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft mehr und mehr verloren.

So hat die Politik es beispielsweise versäumt, die Vermögensbildung, die in unserer Bevölkerung in den letzten 30 Jahren stattgefunden hat, zum Anlaß zu nehmen, die Struktur der sozialen Systeme zu verändern. Das führte dann zu Exzessen wie jenen, daß der Staat sich als "Anwalt" volljährig gewordener Kinder in Anspruch nehmen ließ, die sich aus der Familiengemeinschaft zurückziehen wollten, um ihre Individualität voll entfalten zu können, dann vor staatlichen Gerichten klagten, weil sie mangels eigenen Einkommens weiterhin Unterstützung durch die Familie verlangten. Diese Entwicklung, die vor allem in den 70-er und 80-er Jahren zu erkennen war, verdächtigte geradezu jede Gemeinschaftsbindung als repressiv und verlangte von ihr eine besondere Begründung. Viele höchstrichterliche Entscheidungen in den letzten 20 Jahren haben die Lösung aus Gemeinschaftsbindungen ebenfalls erleichtert.

Es besteht somit eine deutliche Tendenz in unserer Gesellschaft, strukturelle Vorkehrungen, die die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft sichern sollen, abzubauen. Statt dessen muß der einzelne selbst die Einsicht gewinnen, daß er die Gemeinschaft braucht und die damit verbundenen Bindungen auch akzeptiert. Derartige Tendenzen lassen sich etwa im Wohnungsbau und in vielen anderen Bereichen erkennen.

So sind beispielsweise die Bildungsziele, die sich in den letzten 20 Jahren in Deutschland entwickelt haben, zunehmend weniger gemeinschaftsorientiert, sondern stärker auf die Selbstentfaltung des Individuums ausgerichtet - womit ich das Ziel der Selbstentfaltung jetzt nicht in Frage stellen will. Mir geht es darum, ob wir in der Bildung von vornherein Individualität und Gemein Sinn gleichgewichtiger tradieren müssen. Ich habe meine Zweifel, ob wir uns darauf verlassen können, daß der einzelne die Notwendigkeit der Gemeinschaft gewissermaßen schon von selbst rational erkennen wird.

Die ganze Debatte der Bildungsziele in den 70er und 80er Jahren ist geprägt von einer außerordentlich starken Betonung der Individualisierung, während in den 50er und 60er Jahren - von früheren Zeiten ganz zu schweigen - das Verhältnis von Individualität und Gemeinschaftsorientierung sehr viel mehr im Vordergrund stand. Das heißt, die Befähigung zur Selbstentfaltung und zur kritischen Distanzierung gegenüber allem, von dem Bindung ausgeht, war und ist ein erklärtes Bildungsziel.

Einen entscheidenden Einfluß auf die Individualisierung der Gesellschaft hatte natürlich die Revolution im Bereich der Kommunikation. Die Gemeinschaft war früher eine der wichtigsten Kommunikationsebenen. Ihre Bedeutung geht zwar schon im 19. Jahrhundert zurück; aber mit der elektronischen Massenkommunikation und der geradezu explosionsartigen Vermehrung der Kommunikationsangebote lösen sich die Informationsgemeinschaften auf. Wenn ich zwischen 15 oder 20 Programmen wählen kann, dann ist die Wahrscheinlichkeit, daß ich das gleiche Programm sehe wie ein anderer, relativ gering. Informationsaufnahme ist also immer weniger eine gemeinschaftsstiftende Angelegenheit. Dies gilt auch für gesellschaftlich relevante Information.

Ein weiteres Beispiel: Wir sind in unserer Arbeitsorganisation bemüht, Gemeinschaftsbindungen abzubauen und die Arbeit zu individualisieren: Das gilt für Arbeitszeiten, Arbeitseinsatz, Wahl des Arbeitsortes und der Arbeitsverfahren gleichermaßen. Diese Entwicklung bereitet etwa den Gewerkschaften enorme Schwierigkeiten, weil eine immer höhere Individualisierung der Arbeit notwendigerweise zu einer Desintegration des Verbandes führt, der durch Arbeit konstituiert wird. Die gemeinsamen Interessen verlieren gegenüber dem Interesse an einer stärkeren Individualisierung der Arbeit immer mehr an Bedeutung.

Daß die Wohnkonzentration in urbanen Zentren die Individualität fördert, will ich nur erwähnen, ohne dies zu vertiefen.

Wie bereits erwähnt, werden die Lebensrisiken zunehmend vom Staat übernommen. Bezeichnenderweise gelangt hier nicht das Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung. Man sucht nicht nach Einheiten, die groß genug sind, um eine ausreichende Risikostreuung zu gewährleisten. Man konzentriert sich sofort auf die staatliche Ebene. Die Folge ist, daß heute knapp 90 Prozent der Bevölkerung in die staatlichen Systeme eingebunden sind.

Damit hat sich aber die Einstellung zu den nichtstaatlichen Gemeinschaften grundlegend verändert. So wollen 90 Prozent der Bevölkerung die Absicherung im Alter dem Staat übertragen. Ähnlich verhält es sich bei Arbeitslosigkeit und sozialer Hilfe. 75 Prozent der deutschen Bevölkerung erwarten vom Staat Vorsorge im Krankheitsfall, 65 Prozent, daß er Arbeitsplätze und Wohnraum bereitstellt. Das heißt, die elementaren Risiken der Menschen, was Wohnraum, Arbeit, Vorsorge für Krankheit, soziale Hilfe, Schutz vor Arbeitslosigkeit, Absicherung im Alter angeht, werden auf den Staat projiziert, während man die Gemeinschaften unterhalb des Staates für instabil hält.

Hier zeigt sich das elementare Interesse des einzelnen, sich möglichst an keine Gemeinschaft mehr zu binden. Eben dies trägt aber entscheidend zur Instabilität bei. Je mehr der einzelne seine Mitgliedschaft in einer der nichtstaatlichen Gemeinschaften rein voluntaristisch interpretiert, um so weniger sind diese Gemeinschaften in der Lage, langfristige Risiken zu übernehmen.

Zu diesem Tatbestand gehören natürlich auch die Abnahme religiöser Bindungen, die zunehmende Ablehnung von Autoritäten und das immer mehr schrumpfende Bewußtsein, daß es wichtig sei, für andere Menschen da zu sein. Dies läßt sich an vielen Einzelbeispielen belegen.

Auch in Gesetzgebung und Rechtsprechung wird den Individualrechten gegenüber den Gemeinschaftsrechten eine immer größere Bedeutung beigemessen. So haben die individuellen Einspruchsrechte gegen Gemeinschaftsprojekte in den letzten Jahren rapide zugenommen - zweifellos befördert durch die Probleme beim Umweltschutz; aber es geht weit darüber hinaus. Die Auflösung bisher rechtlich geordneter zwischenmenschlicher Beziehungen wurde erheblich erleichtert. Dazu trägt auch bei, daß nicht institutionell abgesicherte zwischenmenschliche Beziehungen den institutionell abgesicherten mehr und mehr gleichgestellt werden, wie das Beispiel Ehe und eheähnliche Verhältnisse zeigt.

Mit anderen Worten: Es gibt in der Rechtsprechung eine starke Tendenz, den Individualrechten gegenüber gemeinschaftsbezogene Interessen einen Vorrang einzuräumen.

### **Grimm**

Nach der Einführung von Herrn Biedenkopf, der am Schluß auch eine Perspektive andeutet, wie das Dilemma von Individualisierung und Gemeinschaftsbindung gelöst werden kann, hat jetzt Herr Hirschman das Wort.

### **Hirschman**

Es ist für mich eine große Freude und Ehre, hier das Wort zu ergreifen. Sie werden feststellen, daß ich mich mit Herrn Biedenkopf nicht abgestimmt habe, sondern über ganz andere Themen sprechen werde.

Die Frage: "Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" erinnerte mich an eine Erzählung von Tolstoi mit einem ähnlich klingenden Titel, nämlich: "Wieviel Erde braucht der Mensch?" Dies ist die Geschichte eines Bauern namens Pachom, den die Leidenschaft überwältigt, mehr und immer mehr Land zu erwerben. Schließlich setzt er sich einer übermäßigen Anstrengung aus, die ihm großen Reichtum bringen soll; statt dessen führt sie zu physischer Erschöpfung und zu seinem Tode. In diesem Stadium benötigt Pachom natürlich nur die kleine Menge Land, wo sein Körper zur Ruhe gelegt wird: "sechs Ellen".

Obwohl diese Worte, ganz am Ende der Erzählung ausgesprochen, wie die Antwort aussehen, die Tolstoi auf seine im Titel gestellte Frage gibt, wollte er damit bestimmt nicht sagen, daß dies der ganze Boden ist, den Bauern wahrhaftig brauchen. Sein eigentlicher Punkt ist, daß dies diejenige Menge an Boden ist, die uns letztlich zukommen wird, wenn wir der Akkumulationsleidenschaft zum Opfer fallen.

Von Gemeinschaftsschwärmerei zum Verfassungspatriotismus

Hier ist eine Lehre zu finden für die uns vorliegende Frage: "Wieviel Gemeinsinn braucht eine Gesellschaft?" Wie es mit Pachom und seiner Leidenschaft für Land der Fall war, so mag Gefahr darin liegen, wenn eine Gruppe von Menschen von der Idee des Gemeinsinns, von der Leidenschaft oder "Schwärmerei" für Gemeinsinn fasziniert wird. Die jüngere deutsche Geschichte liefert in dieser Hinsicht eine strenge Warnung. Während der Weimarer Republik wurde in Deutschland oft Beschwerde über den Mangel bestimmter Eigenschaften erhoben, die eine Gesellschaft nach damaligem Verständnis aufweisen sollte: einen Sinn von Mission, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Wärme - kurz: Gemeinsinn.

Der Aufstieg der Nazibewegung verdankte ihrem Versprechen viel, all diese angeblichen "Bedürfnisse" in Hülle und Fülle durch die Schaffung einer neu gefestigten "Volksgemeinschaft" zu befriedigen. Die nachfolgende Katastrophe brachte die Begriffe Gemeinschaft und Gemeinsinn langfristig in Verruf, zumindest in der Bundesrepublik. Von 1945 an sollte jeglicher Patriotismus, den Deutsche hatten, auf dem Bewußtsein basieren, daß ihr Land nun fest auf eine liberale Verfassung gegründet war, die fundamentale Menschen- und Bürgerrechte garantierte - daher der Begriff "Verfassungspatriotismus".

Von Dolf Sternberger vorgeschlagen und von Jürgen Habermas aufgegriffen, wurde dieser Begriff recht beliebt: Er vermittelte eine neue und minimalistische Art von Patriotismus, weit entfernt von früheren Varianten. Es war, als ob Pachom, der Bauer aus Tolstois Erzählung, wieder zum Leben erwacht wäre, die Lehre aus seinem Mißgeschick gezogen und beschlossen hätte, sich von nun an mit einem radikal verkleinerten Stück Boden zufrieden zu geben.

Die "kommunitaristische Kritik des Liberalismus" in den USA und ihre Rezeption in Deutschland

Die Ereignisse von 1989/90 führten jedoch zu neuen Reflexionen, als die Wiedervereinigung eine lange Reihe von wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Problemen aufwarf. Die Existenz dieser Probleme und insbesondere ihre unerwartete Hartnäckigkeit, wurden oftmals einem Mangel an Gemeinsinn zugeschrieben.

Solche Argumentationslinien zu vertreten, wurde zu diesem Zeitpunkt durch den engen Kontakt zwischen deutschen und amerikanischen Intellektuellen erleichtert. Man konnte für den Bedarf an mehr Gemeinsinn argumentieren, indem man Anleihen an die Debatte machte, die sich in den USA in den 70er und 80er Jahren entwickelt hatte und als "kommunitaristische Kritik des Liberalismus" (dies ist der Titel eines Artikels von Michael Walzer, den ich für eine scharfsinnige Kritik der Kritik halte) bekannt wurde.

Bezeichnenderweise wurden frühere deutsche Beiträge zu dieser Debatte kaum erwähnt. Dies beginnt natürlich mit der klassischen Monographie "Gemeinschaft und Gesellschaft" von Ferdinand Tönnies, der bereits 1887 den Kontrast zwischen atomistischer Gesellschaft und gemüthlicher Gemeinschaft eingehend beschrieben - und gewiß auch stark übertrieben - hat. Dieses Buch trug zweifellos zu einem intellektuellen Klima bei, das von einem weitverbreiteten Verlangen nach Gemeinschaft (und entsprechender Verachtung für "bloße" Gesellschaft) gekennzeichnet war. Aber es gab auch Gegenströmungen, wie etwa die Kritik des Gemeinschaftscredos in Helmut Plessners "Grenzen der Gemeinschaft" (1924).

In jüngeren deutschen Beiträgen jedoch, die der Diskussion um den Gemeinsinn gewidmet sind, werden Tönnies oder Plessner kaum erwähnt. Statt dessen lernt man sehr viel über das Gedankengut von Alasdair MacIntyre, Robert Bellah, Charles Taylor und meinem geschätzten Kollegen Michael Walzer. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die beiden Sammelbände von Christel Zahlmann (Hrsg.) "Kommunitarismus in der Diskussion" (Berlin: Rotbuch, 1992) und Axel Honneth (Hrsg.) "Kommunitarismus: Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften" (Frankfurt/M.: Campus, 1993). Vielleicht hielt man es für attraktiv, die Diskussion um das Bedürfnis nach mehr Gemeinschaft und Gemeinsinn wiederzubeleben das Konzept gewissermaßen zu "reinigen";, indem man die USA-Debatte importierte.

Das bedeutet nun nicht, daß die amerikanischen Kommunitarier in Deutschland triumphal Einzug gehalten hätten. Unter den neuen Umständen kam das Gefühl auf, daß "Verfassungspatriotismus" nicht mehr ganz ausreiche. Aus diesem Grunde war das Interesse an den Überlegungen amerikanischer Kommunitarier groß. Doch zugleich und aus den bereits erwähnten historischen Gründen gab es viel Widerstand gegen die Vorstellung, das wiedervereinigte Deutschland durch eine Art "bürgerliche Religion" im Stile Bellahs abzustützen.

Letztlich hat die Diskussion, die von der kommunitaristischen Position angeregt wurde, zu Ideen geführt, die eine Alternative zu dieser Position darstellen. So vertritt Helmut Dubiel vom Frankfurter Institut für Sozialforschung eine neue minimalistische Position in bezug auf das Bedürfnis nach



Gemeinsinn, die mir beachtliches Interesse zu verdienen scheint. Ich möchte sie hier kurz vorstellen und diskutieren.

Die Gauchet-Dubiel-These: Konflikt als Baumeister von Gemeinschaft

Dubiel weist den Gedanken radikal zurück, daß es für moderne Gesellschaften möglich oder auch nur wünschenswert sei, irgendeine Art von Übereinstimmung darüber, was ein "gutes Leben" ist, zu erzielen. Aber er akzeptiert und bestätigt, daß eine Gesellschaft ein Bewußtsein sozialer Integration braucht, das über Verfassungspatriotismus hinausgeht. Die Integration moderner Gesellschaften soll, ohne daß dies den Bürgern bewußt würde, aus der Erfahrung resultieren, eine Reihe von Konflikten zu durchlaufen und irgendwie zu regeln.\*

Im allgemeinen werden Konflikte natürlich als gefährlich und zerstörerisch angesehen und eben aus diesem Grund angenommen, man müsse sie durch eine Art Bereitschaftsreserve an Gemeinsinn eindämmen. Dubiel jedoch argumentiert, daß gesellschaftliche Konflikte selbst diejenigen wertvollen Bindungen hervorbringen, die moderne demokratische Gesellschaften mit dem notwendigen Zusammenhalt versorgen.

Dubiel ist sich natürlich bewußt, daß er ein Paradox vorschlägt, und beruft sich vielfach auf zeitgenössische französische Theoretiker der Demokratie, hauptsächlich auf Marcel Gauchet, der in den frühen 80er Jahren ähnliche Ideen vertreten hatte. In einem bemerkenswerten Artikel, formell als Kommentar zu Tocqueville geschrieben, unternahm es Gauchet zu zeigen, wie Konflikt ein "wesentlicher Faktor der Sozialisation" in Demokratien ist und wie er ein "eminent effizienter Produzent von Integration und Kohäsion" ist. Auch er ist sich des Paradoxes bewußt, das er damit vorschlägt; denn er spricht von diesem Prozeß als dem "miracle démocratique", dem demokratischen Wunder.\*\* Das Wunder geschieht, wenn in einer Demokratie Menschen und gesellschaftliche Gruppen formal sämtliche Aspekte einer massiven Konfrontation durchlaufen und damit doch letztendlich den Zusammenhalt einer demokratischen Ordnung stärken.

Gauchet schrieb seinen Artikel zu einer Zeit, als viele französische Intellektuelle, aufgerüttelt durch Solschenizyns Bericht über den Gulag, endgültig mit diversen neo-marxistischen Lehren brachen, die im Frankreich der Nachkriegszeit lange einflußreich gewesen waren. Gauchets Argumentation wurde zu einer wichtigen Station in der Reiseroute einer Generation, die bereit war, die Reize der Demokratie neu schätzen zu lernen. Plötzlich deklarierte man die Klassenkonflikte, von denen Marxisten lange angenommen hatten, sie konstituierten die "Widersprüche", die zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen würden, als die wahren Stützen der Gesellschaft!

Etwa zehn Jahre später stellte dieselbe Argumentation einen Ausweg aus den ganz anderen ideologischen Problemen dar, denen man sich in Deutschland nach der Wiedervereinigung gegenübergestellt sah: Verfassungspatriotismus wurde nicht länger als ausreichend angesehen, und es gab eine starke Abneigung dagegen, einen synthetischen "Gemeinsinn" als Voraussetzung für den nationalen Zusammenhalt vorzuschlagen. Da hieß Dubiel den Gedanken willkommen, daß ein solcher Gemeinsinn bereits durch den Prozeß des "Hegens" der diversen inneren Konflikte hinreichend hervorgebracht würde.

Gesellschaftswissenschaftliche Gedanken über den Beitrag von Konflikten zur Kohäsion

Die Idee, daß Konflikt eine konstruktive Rolle in sozialen Beziehungen spielen kann, hat eine lange Geschichte. Ein früher und spektakulärer Beitrag stammt von Heraklit mit seinem Fragment: "Der Krieg ist der Vater aller Dinge." Sie wird von Machiavelli mit seinem Kapitel in den Discorsi fortgesetzt, das den Titel trägt: "Wie die Uneinigkeit zwischen der Plebs und dem Senat die (römische) Republik frei und mächtig gemacht hat." (I. 4).

Seit jeher waren jedoch die durch Konflikte und Krisen verursachten Gefährdungen und Schäden so offensichtlich, daß das hauptsächliche Bemühen sozialen Denkens der Suche nach Ordnung, Frieden, Harmonie und Gleichgewicht galt, das heißt, der Suche nach der Abwesenheit des gefürchteten und verabscheuten Konflikts. Daher erscheint die Idee, daß Konflikt eine konstruktive Rolle in sozialen Beziehungen spielen kann, denjenigen, die daraufkommen, immer wieder als nonkonformistische, paradoxe und völlig originelle Einsicht. Infolgedessen machen sie sich normalerweise nicht die Mühe, nach Vorläufern zu suchen, und der Gedanke wird mit erstaunlicher Regelmäßigkeit immer wieder "neu" erfunden.

So erwähnen weder Gauchet noch Dubiel die zahlreichen geistesverwandten Sozialwissenschaftler, die in unserem eigenen Jahrhundert ausführlich über die positive Funktion von Konflikten geschrieben haben. Der früheste und berühmteste unter ihnen ist Georg Simmel, dessen im Jahre 1908 veröffentlichte "Soziologie" ein langes Kapitel zum "Streit" enthält. Simmels Beitrag wurde rasch

vergessen, und zwar durch die destruktive Auswirkung der Konflikte, die die Welt von 1914 bis 1945 durchmachte. Doch Simmels Ideen über den Konflikt wurden von einer englischen Übersetzung wiedererweckt, die 1955 in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde. 1956 erschien Lewis Cosers Buch "The Function of Social Conflict", das als erweiterter Kommentar zu zentralen Abschnitten des Simmel-Buches gelten kann. In seinem Buch "Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft" (1957) schloß sich Ralf Dahrendorf weitgehend Cosers Darlegungen über die positiven Funktionen des Konflikts an.

Meine eigenen Bücher aus jener Zeit, "The Strategy of Economic Development" (1958) und "Journeys Toward Progress" (1963), betonten die positive Rolle von Ungleichgewicht in der wirtschaftlichen Entwicklung von Krisen beim Erreichen sozialer und ökonomischer Reform in Lateinamerika. Um diese Zeit veröffentlichte auch Michel Crozier sein einflußreiches Werk "Le phénomène bureaucratique" (1963), das ebenfalls der Krise eine Schlüsselrolle bei der Beförderung progressiver Veränderung in Organisationen zuwies.

#### Konflikt als Klebstoff und Lösemittel

Die Literatur über die positiven Effekte von Konflikt und Krise erweist sich als recht reichhaltig. Doch muß ich sie in einer Hinsicht kritisieren. Sie ist in dem Bewußtsein befangen, einen gefährvollen Angriff auf die Orthodoxie zu unternehmen, und ist oft darauf beschränkt, diese kühne Tat zu vollbringen. So unternimmt sie nicht die Untersuchung der Bedingungen, unter denen ihr Paradox über Konflikt und Krise tatsächlich standhält oder nicht.

Es ist klar, daß Dubiel nicht behauptet, jede Art von gesellschaftlichem Konflikt werde diese Sorte von nützlichem Nebenprodukt abgeben. Das Verb "hegen" selber, das er in Verbindung mit Konflikt gebraucht, evoziert jene Art kontrollierten natürlichen Wachstums, das in Gärtnereien praktiziert wird, und impliziert zugleich, daß es Arten von Konflikten gibt, die gar nicht so positiv ablaufen.

Ist es möglich, zwischen zwei Arten sozialer Konflikte zu unterscheiden, jenen, die ein positives Nebenprodukt von Integration zurücklassen, und jenen, die die Gesellschaft zerreißen? Ein Versuch, solch eine Unterscheidung zu treffen, wurde einmal von sowjetischen Publizisten unternommen, die in den 50er Jahren nicht umhin konnten wahrzunehmen, daß ihre eigene Gesellschaft und Ökonomie beträchtliche Schwierigkeiten durchmachten, als die industrielle Expansion durch einen Fünfjahresplan nach dem anderen vorangetrieben wurde.

Angesichts von Engpässen und anderen Problemen, die an verschiedenen Punkten sichtbar wurden, stießen die sowjetischen Publizisten auf eine wundervolle semantische Erfindung. Sie folgten der marxistischen Konvention, der zufolge die Schwierigkeiten, die in einem ökonomischen Regime wahrgenommen werden, automatisch als "Widersprüche" dieses Regimes eingeordnet werden.

#### Grimm

Herr Hirschman ist das Thema von einer ganz anderen Seite angegangen. Ich will im Augenblick nur eine "negative" Gemeinsamkeit festhalten: Keiner der beiden Referenten sieht eine Lösung des Problems sozusagen in Appellen an Gemeinnsinn als Entwicklung einer individuellen Tugend, schon gar nicht von Appellen, die etwa vom Staat lanciert werden. Da hören wir eher Warnungen vor Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben und nicht wiederholen möchten.

Herr Biedenkopf setzte am Schluß seiner Ausführungen den Akzent auf Institutionen, die so beschaffen sind, daß sie Gemeinnsinn wiederum nicht als individuelle Tugendleistung des einzelnen, sondern als das Resultat einer institutionellen Bindung hervorbringen.

Herr Hirschman dagegen führt die Erfahrung vieler erfolgreich bewältigter Konflikte an, läßt aber gleichzeitig offen, ob uns das letztlich hilft, weil es eine Art von Konflikten gibt, die nicht erfolgreich bewältigt werden können und die deswegen offenbar zusätzlich Stützung oder Einhegungen brauchen. Vielleicht ist hierin Ansatzpunkt für denkbare Gemeinsamkeiten der beiden Themenzugänge, nämlich in der Frage: Können dies Institutionen leisten?

Aber möglicherweise gibt es andere Alternativen.

#### Kohler

Ich setze bei der Unterscheidung von Herrn Hirschman zwischen "teilbaren" und "unteilbaren" Konflikten an und möchte dazu eine Ergänzung vorschlagen: Was macht die "teilbaren" Konflikte teilbar? Bei allem Streit gibt es offensichtlich eine Gemeinsamkeit, nämlich ein vorhandenes gemeinsames Interesse. Es liefert einen Hintergrundkonsens. "Teilbare" Konflikte sind daher solche, bei denen man sich letztlich auf die Bindewirkung starker Hintergrundkonsense verlassen kann.

"Unteilbare" Konflikte sind nun im Gegensatz dazu solche, bei denen diese Hintergrundkonsense nicht oder nicht mehr vorhanden oder sehr fragwürdig geworden sind.

Am kräftigsten sind übrigens Konsense, die als solche gar nicht explizit sind oder thematisiert werden müssen. Da kann ich aus meiner Erfahrung als Schweizer reden. Die Schweizer haben eine tiefe Scheu, in ihrer Streitkultur kulturelle Differenzen namhaft zu machen, weil sie gelernt haben, daß das sehr rasch zu gesellschaftlichen Zerreißproben führt.

Also: Ich finde es nicht nötig und auch nicht gut, oft oder immer wieder die Frage nach dem Basiskonsens zu stellen. Allerdings wird es gelegentlich trotz allem unumgänglich, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Und damit bin ich bei dem, was Herr Hirschman die "unteilbaren" Konflikte nennt. Warum nehmen heutzutage unteilbare Konflikte zu? Offensichtlich deshalb, weil in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen die Hintergrundkonsense nicht mehr selbstverständlich sind und nicht mehr als der gemeinsame Boden einer Auseinandersetzung formuliert werden können.

Ich habe nicht zufällig von Konsensen im Plural gesprochen. Damit läßt sich erstens andeuten, daß es in einer Gesellschaft stets verschiedene basale Konsenseinheiten gibt und braucht, zweitens, daß in unserer Gesellschaft einige, aber nicht alle, basalen Hintergrundkonsense fraglich geworden sind. Intakt ist meines Erachtens vor allem die neuzeitliche politische Idee des gewaltenteiligen Rechts- und Verfassungsstaates. Diese Idee und der Konsens über ihre Unverzichtbarkeit wird durch unsere geschichtlichen Erfahrungen, auch die aktuellen, eher gestärkt, denn geschwächt. Und weil dies gilt, ist die Bundesrepublik meines Erachtens im letzten doch noch ein Land der teilbaren, nicht der unteilbaren Konflikte. Im Rahmen des Konsenses oder Gemeinsinnes, der sich auf den Verfassungsrahmen bezieht, müssen und können alle Konflikte als Auseinandersetzung um ein Mehr oder Weniger, das heißt als teilbare Konflikte geführt werden.

Der Verfassungskonsens steht nicht in Frage. Aber vor diesem Hintergrund findet die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Zielsetzungen statt. Im Bereich dieser Zielsetzungen ist vieles höchst umstritten, nicht zuletzt die Rolle des Staates als des Garanten des sozialen Friedens. Wieviel soll der Staat in dieser Funktion noch übernehmen; was kann er überhaupt tragen, was nicht mehr? Wo müssen wir nach ganz neuen Lösungen suchen, die in den bisherigen Politikmustern nicht enthalten sind und so weiter?

In diesen Zusammenhang gehört die Frage, die Herr Biedenkopf thematisiert hat: Inwieweit müssen gesellschaftliche Solidarsysteme, die bisher verstaatlicht waren, entstaatlicht werden? Herr Biedenkopf hat ja den Gemeinsinn vornehmlich an der Unterscheidung von Gesellschaft und Staat festgemacht. "Gemeinsinn" ist so gesehen eine Ressource gesellschaftlicher Selbstorganisation, die manchmal ausdrücklich gegen das staatliche System auf den Plan gerufen wird. Aber so eng möchte ich "Gemeinsinn" weder inhaltlich noch formal fassen. "Gemeinsinn" ist erstens gebunden an und Ausdruck von gesellschaftlichen Konsensen in einem ganz allgemeinen Sinn. Das zu erinnern war der Zweck meiner Bemerkungen zu Hirschman. Und zweitens ist "Gemeinsinn" in erster Linie "öffentliche", wenn man will, "republikanische" Tugend. Man sollte sie deshalb nicht gegen den Staat ausspielen, wie das gelegentlich von Wirtschaftsliberalen getan wird. Sie gehört vielmehr zu der tragenden Voraussetzung von freiheitlicher Staatlichkeit überhaupt.

### **Kaufmann**

Fehlt es uns tatsächlich an Gemeinsinn? Mein Eindruck ist, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung, auch einmal zu verzichten, viel größer ist, als sie häufig eingefordert wird. Die typischen Probleme und Konflikte, die wir heute erleben, scheinen mir eher von den organisierten Interessen auszugehen, das heißt von Leuten, die sich innerhalb eines Verbandes mit gutem Gewissen sozusagen altruistisch für ihre Mitglieder einsetzen, wenn sie sich egoistisch gegenüber anderen Gruppen verhalten.

Herr Biedenkopf hat, etwas verschwommen, den Begriff "Gemeinschaft" angesprochen, den ich in diesem Zusammenhang für unglücklich halte. Schon die französische Revolutionsverfassung hat, wie Kosellek einmal gesagt hat, die Staatsunmittelbarkeit des Individuums postuliert. Diese Art von Liberalismus, Herr Grimm hat daraufhingewiesen, hat nicht funktioniert, was man bereits im 19. Jahrhundert erkannte. Das ist also keine neue Erfindung; ich erinnere nur an Robert von Mohl, Lorenz von Stein und viele andere in Deutschland.

Warum funktioniert das nicht? Hier würde ich statt von "Gemeinschaft" lieber von "Solidarität" sprechen. Die Frage lautet dann: Welches sind die Bedingungen, damit Solidarität entstehen kann? Dazu braucht es bekanntlich erstens gemeinsame Wertorientierungen; zweitens aber auch gemeinsame Situationsdefinitionen. Nur wenn Menschen die Konfliktsituationen, in denen sie sich befinden, ähnlich definieren, sind Kompromisse möglich. Wenn dagegen die eine Seite sie als

unteilbar definiert - Stichwort: Fundamentalismus;- , ist es außerordentlich schwierig, zu einer solidarischen Lösung zu kommen.

### **Lefringhausen**

Herr Biedenkopf sprach von dem Dreieck: Individuum, Gemeinschaft und Staat. Läßt sich daraus nicht ein Viereck machen, indem man die Interessenverbände mit einbezieht? Sie gehören nicht zum Staat, aber auch nicht zur Gemeinschaft, weil ihnen der personale Bezug fehlt. Aber sie haben die Macht, den Staat zu kolonisieren und die Gesellschaft in Interessengebiete zu parzellieren.

Sehen sie eine Möglichkeit, Herr Biedenkopf, die Interessenverbände so sozialpflichtig zu machen, wie es das Eigentum ist, das sie repräsentieren?

### **Biedenkopf**

Das ist immer wieder versucht worden. Ich habe schon in meiner Habilitationsschrift vor 30 Jahren überlegt, wie man die Tarifautonomie in eine ähnliche Allgemeinwohlbindung einbeziehen könnte wie das Eigentum, das heißt, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums als generelle Bedingung einer autonomen Stellung zu definieren. Einen ähnlichen Versuch habe ich vor einigen Jahren in bezug auf die institutionelle Meinungsfreiheit unternommen.

Wir sind damit bisher nicht sehr weit gekommen. Denn jeder Versuch in dieser Richtung, durch Gesetzgebung und Rechtsprechung, muß eine äußerst schwierige Grenzziehung vornehmen, um die Autonomie nicht in Frage zu stellen.

Herrn Kaufmann stimme ich voll zu: Ich habe mich durch den Begriff Gemeinsinn verleiten lassen, von Gemeinschaft zu reden, ein Begriff, zu dem ich ein ähnlich ambivalentes Verhältnis habe wie Sie. Allerdings würde mir Solidarität allein nicht ausreichen; denn das ist zunächst eine individuelle Kategorie. Dann müßten wir schon über institutionalisierte Formen der Solidarität sprechen. Personale Solidarität gibt es zweifellos in vielfältiger Form in unserer Gesellschaft. Aber sie ist voluntaristisch und deshalb nicht verlässlich. Die institutionale Solidarität, nach der man sucht, möchte man möglichst abstrakt, also so wenig wie möglich auf den einzelnen bezogen.

Die Sozialpflichtigkeit von Interessenverbänden ließe sich nur durch eine strenge Definition ihrer Zwecke erreichen. Gegen eine solche Begrenzung auf ihre jeweilige Funktionalität wehren sich aber alle Interessenverbände und erheben statt dessen einen allgemeinen Repräsentationsanspruch.

Mir fällt in diesem Zusammenhang eine große Auseinandersetzung ein, die ich vor einigen Jahren auf einem Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Neuregelung des Paragraphen 218 erlebt habe. Man hat dort darüber diskutiert, ob derartige Fragen nicht die Zuständigkeit des DGB überschreiten. Also Sozialpflichtigkeit gewissermaßen in Form der Zuständigkeit. Dabei will ich das alles keineswegs nur institutionell verstehen; aber irgendwie muß man damit operational umgehen.

### **Hamm-Brücher**

Wenn ich mir die Entwicklung der Bundesrepublik vor Augen führe, dann waren wir nach 1945 zunächst überaus froh, daß wir Deutsche uns mit liberalen Lebensformen und einer Individualisierung in der Gesellschaft überhaupt befreunden konnten. Das war gar nicht selbstverständlich. Wenn ich damals als junge Liberale solche Postulate verkündete, gab es dagegen in konservativen Kreisen viel Widerstand, die eher restaurativen Vorstellungen anhängen. Inzwischen ist das liberale Gedankengut den Menschen so selbstverständlich, daß die Frage gestellt wird, ob wir überhaupt noch eine liberale Partei brauchen.

Aber jetzt stehen wir offensichtlich an einem Wendepunkt. Die Frage, die Herr Biedenkopf gestellt hat, beschäftigt mich seit Jahren: Wenn der Staat unseren individuellen Neigungen und Ansprüchen finanziell nicht mehr entsprechen kann, was geschieht dann mit unserer Gesellschaft? Was wir im Augenblick feststellen, ist eine große Ratlosigkeit.

Von welchen Institutionen können wir denn eine Antwort erwarten? Von der Familie? Da bin ich sehr skeptisch. Wie soll das von der heutigen Klein- und Kleinstfamilie wohl geleistet werden?

Wie steht es mit der Schule? In der Theodor-Heuss-Stiftung haben wir vor sechs Jahren zusammen mit der Tübinger Akademie für Bildungsreform ein Programm initiiert, das auf soziales Lernen und Einüben von demokratischem Handeln in den Schulen ausgerichtet ist. So etwas sollte nicht staatlich verordnet werden, sondern war als Anstoß für die pädagogische Arbeit in den Schulen gedacht, um Jugendlichen und Lehrern Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen, also Gemeinsinn zu wecken. In dieser Hinsicht weist unsere Schule zweifellos enorme Defizite auf.

Wie sah die Reaktion auf diesen Vorschlag aus? Kein einziger Länderkultusminister hat sich bereit erklärt, ein solches Programm mit aus der Taufe zu heben. Lediglich im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft war man bereit, eine Anschubfinanzierung zu leisten. Mittlerweile verfolgen wir dieses Programm seit vier Jahren und sind damit unter anderem nach Leipzig, Ludwigsfeld bei Potsdam und in diesem Jahr nach Jena, also von vornherein in die neuen Bundesländer gegangen.

Aber die Ratlosigkeit, etwa bei den Lehrern, ist ungeheuer groß. Kaum verhält sich jemand ein wenig aufmüpfig, wird er oder sie von oben sofort gedeckelt. Soziales Lernen und Einüben von Demokratie ja, aber nicht, wenn es darum geht, in einer Gemeinde einen verseuchten Bach zu untersuchen. Das gleiche haben junge Leute erlebt, wenn sie zum Beispiel bei Volksfesten mit einem Geschirrwagen auftauchten, um einen Verzicht auf Plastikgeschirre zu erreichen, was verständlicherweise bei den Herstellern nicht auf Zustimmung stieß.

Wie sollen Institutionen das auffangen? Wie wollen wir gegensteuern? Dabei besteht in Deutschland immer die Gefahr, daß wir von einem Extrem ins andere fallen. Wenn wir in der Schule, in der Familie, in der Jugendarbeit mit Konflikten konstruktiver umgehen wollen, läßt sich nicht vorhersagen, ob wir die betreffenden Konflikte eher kitten oder wirklich lösen.

Wenn wir das nicht lernen, werden unsere liberalen Errungenschaften auf die Dauer keinen Bestand haben, und es besteht die Gefahr, daß wir wieder autoritäre Formen von verordnetem Gemeinsinn erleben werden. Das ist meine große Furcht heute. Das politische Klima in unserem Land gibt solchen Besorgnissen durchaus Auftrieb.

### **Weinrich**

Ich habe im Vorfeld dieses Kolloquiums einigen Bekannten unsere Problemfrage vorgelegt: "Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" Fast alle haben darauf geantwortet: Viel. Daraus kann man folgern, daß es durchaus Menschen gibt, die eine Standard- und Normvorstellung von dem tunlichen Maß an Gemeinsinn haben. Dann kann man weiter fragen, ob es bestimmte Gesellschaften gibt, die sich durch einen erhöhten Pegel an Gemeinsinn auszeichnen. Wenn ich mich nicht täusche, kann man dafür auf Anheb zumindest drei Gesellschaften nennen.

So habe ich bei verschiedenen Aufenthalten in den USA erlebt, daß die dortige Gesellschaft offenkundig eine erhöhte Dosis an Gemeinsinn aufweist, insbesondere in den konkreten Formen des nachbarlichen Gemeinsinns. Damit will ich nicht ausschließen, daß es in der amerikanischen Gesellschaft auch Ausgrenzungen von diesem Gemeinsinn gibt.

Als zweites Beispiel erwähne ich die israelische Gesellschaft. Dort ist der Gemeinsinn besonders in der Form der Kibbuzim institutionalisiert.

Drittens erwähne ich die frühe Bundesrepublik. Meine Gesprächspartner, die ich nach dem Maß an Gemeinsinn gefragt habe und die ungefähr meines Alters waren, hatten dabei wohl vor allem die Phase der 50er und beginnenden 60er Jahre in der Erinnerung. Damals gab es in der Bundesrepublik nicht nur einen großen Aufbruch, sondern auch ein starkes Gefühl der gemeinsamen Arbeit am Wiederaufbau, verbunden mit einer starken Bereitschaft, sich in der Politik, in den Kirchen oder in den Gewerkschaften zu engagieren.

Ich meine nun, daß Phasen erhöhten Gemeinsinns relativ leicht historisch erklärt werden können. Amerika: ein Einwanderer- und Pionierland unter den besonderen Bedingungen protestantischer Ethik. Israel: eine Gedächtniskultur unter der besonderen Belastung der Shoa und als eine kleine Insel in der arabischen Welt. Die frühe Bundesrepublik: eine Gesellschaft nach der totalen Niederlage und der Zerstörung fast aller kulturellen Grundlagen des Zusammenlebens.

In all diesen Fällen ist eine erhöhte Dosis an Gemeinsinn gewissermaßen aus historischer Notwendigkeit entstanden. Deshalb sollten wir uns auch nicht wundern, daß der Gemeinsinn wieder auf ein normales Maß zurückgeschraubt wird, wenn eine Gesellschaft zur Normalität zurückkehrt.

### **Hamm-Brücher**

Damit ist ja immer auch eine gewisse Verklärung der Vergangenheit verbunden.

### **Weinrich**

Das will ich nicht ausschließen.

Wie steht es nun um solche erhöhten Dosen von Gemeinsinn in nichtliberalen Gesellschaften? Bekanntlich appellieren alle Diktaturen an den Gemeinsinn, nutzen ihn aus und leiten ihn fehl. Der

Gemeinsinn dient dort, selbst wenn er im Einzelfall nützliche und sogar wunderbare Ergebnisse hervorbringt, letztlich zur Stabilisierung der Diktatur.

Gibt es aber auch Gesellschaften, die mit einer unterdurchschnittlichen Dosis an Gemeinsinn funktionieren? Noch vor etwa zwei, drei Jahren hätte ich auf Italien verwiesen, wo nach meinen Lebens- und Wohnerfahrungen der Gemeinsinn niedrig im Kurs steht und wo dennoch bei guter Küche das Zusammenleben nicht schlecht funktioniert. Doch die neuere Entwicklung der Mailänder Richter - *mani pulite* - macht mich nachdenklich.

Das Fazit aus meinen Überlegungen lautet: Es bekommt einer liberalen Gesellschaft nicht schlecht, wenn sie nur eine mittlere Dosierung an Gemeinsinn aufweist. In Krisensituationen ist zwar eine erhöhte Dosierung notwendig; aber bei normalen Verhältnissen, insbesondere in einer Wohlstandsgesellschaft, ist wohl eher eine im Rahmen des Mittelmaßes verlaufende Form des Gemeinsinns wünschenswert.

Die besondere Situation in der erweiterten Bundesrepublik scheint mir nun darin zu bestehen, daß wir uns, durch den Wohlstand verwöhnt, immer noch an der unteren Grenze der mittleren Dosierung des Gemeinsinns bewegen, jetzt aber in eine Situation hineingeraten sind, wo diese Dosierung wieder angehoben werden müßte in Richtung der Obergrenze der mittleren Dosierung - allerdings nicht einer denkbaren Obergrenze überhaupt.

Ich weiß nicht, ob es ausgereicht hätte, wenn der Bundeskanzler am 9. November 1989 gesagt hätte: "Dies ist die Stunde des Gemeinsinns", um uns von der unteren an die obere Grenze des mittleren Gemeinsinns zu bringen. Aber wir sollten schon überlegen, wie wir wieder etwas höher kommen - doch bitte nicht zu hoch.

Ich sehe jedenfalls einen der großen Vorzüge der liberalen Gesellschaft und des liberalen Staates darin, daß er im allgemeinen auf ein Übermaß an Gemeinsinn verzichten kann, und ich halte es für gefährlich, den Gemeinsinn unnötig in Wallungen zu bringen. Denn das oberste Maß an Gemeinsinn bedeutet immer schnell den Einsatz von Leib und Leben. Diese äußersten Formen des Gemeinsinns sollten sehr eng eingegrenzt werden. Das ist zweifellos ein Warnsignal für jeden Umgang mit Gemeinsinn.

### **Lord Weidenfeld**

Herr Weinrich hat die Vereinigten Staaten, Israel und die ersten beiden Dezennien der Bundesrepublik als Beispiele für ausgeprägten Gemeinsinn angeführt. Ich möchte in diesem Zusammenhang England erwähnen. Ich kam als 19-jähriger kurz vor dem Zweiten Weltkrieg nach England und habe die große Zeit des Gemeinsinns und der nationalen Solidarität während des Krieges und auch in den vielversprechenden ersten Nachkriegsjahren dort miterlebt. Die Sehnsucht nach jener Zeit der großen Solidarität lebt nicht nur in meiner, sondern auch in der heutigen jungen Generation in England und sucht nach neuen Wegen.

England hat nach 1945 keinen steilen Wirtschaftsaufstieg erlebt, wie das in Deutschland der Fall war. Das war eher ein ständiges Auf und Ab, und die politischen Parteien konnten sich nie darauf einigen, wann man oben und wann unten war. Das ist auch jetzt der Fall. Über ein Jahrzehnt lang haben wir eine Regierung gehabt, die einerseits den Wohlfahrtsstaat dämonisierte und andererseits das Individuum ermutigte, für sich selbst zu kämpfen. Was wir jetzt erleben, ist eine Auslaugung der Staatsgewalt mit den entsprechenden moralischen und psychologischen Folgen, nämlich einem Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber dem gesamten politischen Establishment, nicht nur der Regierung. Das ist ein großes Problem.

Mein Eindruck ist, daß in der englischen Gesellschaft durchaus Gemeinsinn und Solidarität vorhanden wären, wenn die politische Klasse - Regierung wie Opposition die großen Probleme besser erklären würde. Die konfuse Maastricht-Debatte war dafür sehr bezeichnend, und diese Konfusion besteht weiterhin. Das gilt im übrigen auch für andere Länder; ich denke nur an das Referendum über Maastricht in Frankreich.

Worüber ich mir ernsthafte Gedanken mache, ist, wie man die Notsituation unserer Gesellschaft und der Welt in einer Weise darstellen kann - nicht durch Propaganda, sondern durch Aufklärung und Dialog;-, daß die Menschen wirklich wissen, worum es geht. Ich meine, da sind die Eliten entscheidend gefragt.

### **Hirschman**

Herr Weinrich hat drei Beispiele für Gesellschaften genannt, in denen der Gemeinsinn besonders ausgeprägt war, und Lord Weidenfeld hat seine Erfahrungen in dieser Hinsicht im England der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit geschildert. Es ist wichtig festzustellen, daß es solche Erfahrungen gegeben hat. Aber wir können daran heute nicht direkt anknüpfen. Weitere Fälle werden unter ganz anderen Umständen in die Welt kommen.

### **Grimm**

Wo wir uns gegenwärtig auf der Skala von Gemeinsinn befinden, darüber scheint hier noch ein gewisser Dissens zu bestehen. So hat Herr Kaufmann gesagt, es gebe eine hohe Bereitschaft zum Gemeinsinn. Darauf erwidert Herr Biedenkopf: Das mag so sein; aber das ist gewissermaßen frei flottierender, personaler Gemeinsinn, der die Probleme, die wir haben, nicht löst, wenn er nicht in Institutionen überführt wird. Ich meine, wir sollten diese beiden Sichtweisen noch weiter verfolgen.

### **Oetker**

Herr Biedenkopf hat nach Institutionen gefragt, ohne die aus seiner Sicht eine Revitalisierung des Gemeinsinns keine rechte Chance habe. Dazu würde ich die These aufstellen: Je unmittelbarer das Individuum Gemeinsinn erfahren kann, um so effizienter wirkt sich dies aus. Das heißt, der Egoismus des einzelnen muß eine Grenze finden, und zwar in ganz konkreten Sachverhalten.

Wenn ich beispielsweise an unsere Sozialversicherungssysteme denke, dann sind diese so groß und zentral verwaltet, daß der einzelne überhaupt keinen direkten Bezug mehr zu ihnen herstellen kann. Welcher Patient erlebt das Verhältnis zu seiner Krankenversicherung noch in der Weise, daß er auch der Einzahlende ist? Das gilt für die Rentenversicherung genauso wie für die Arbeitslosenversicherung. Letztere weist gegenwärtig ein Defizit von 25 Milliarden D-Mark auf, welches auf den Staat abgewälzt wird, und funktioniert folglich als Einrichtung der Gemeinschaft nicht mehr richtig. Hier wären Strukturveränderungen angezeigt, die die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme wieder nachhaltig erhöhen.

Ich meine, der einzelne muß die Lebensrisiken wieder mehr persönlich erfahren können, damit er seinen Egoismus in Richtung Gemeinsinn mobilisiert und darin auch eine Chance sieht.

Das heißt, wir sollten uns fragen, welche Regeln der Konfliktlösung wir in solchen Institutionen benötigen. Mit der Tarifautonomie haben wir beispielsweise im Grunde gute Erfahrungen gemacht. Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, neue institutionelle Formen zu finden, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen.

### **Thoben**

Wenn ich Herrn Biedenkopf richtig verstanden habe, meint er, es werde wahrscheinlich nicht gelingen, den Bürgern Einsicht in der Weise zu vermitteln, daß sie bereit sind, ihr Verhalten zu verändern. Seine These ist statt dessen, die Politik müsse auf die Entwicklung von Institutionen hinwirken, um dem einzelnen bestimmte existentielle Erfahrungen zu ermöglichen, damit er merkt, daß er solche Institutionen benötigt.

Da frage ich mich nun aber: Wie sollen denn derartige Institutionen entstehen, die über mehr Einsicht verfügen als der normale Bürger? Ist die Vorstellung etwa realistisch, daß in der Politik diejenigen versammelt sind - gewissermaßen eine Elite des Volkes;-, die gegenüber der übrigen Bevölkerung eine Art Vorbildfunktion ausüben könnten? Wenn wir also Institutionen brauchen, die in der Lage sind, die notwendigen Verhaltensänderungen zu bewirken, wie schaffen wir es dann, eben jene Personen mit höherer Einsicht in die Institutionen, zum Beispiel in die Parlamente, hineinzubekommen?

### **Biedenkopf**

Das ist auch für mich ein Schlüsselproblem, Frau Thoben, wobei ich nicht den Eindruck erwecken will, ich wüßte die Antworten schon. Ich bin immer noch darum bemüht herauszufinden, welches die richtigen Fragen sind.

Ich weiß nicht, wie wir den innovativen Prozeß auslösen können, außer durch eine manifeste Krise. Die Bewegungen auf der Skala, die Herr Weinrich entwickelt hat, sind ja fast immer extern verursacht. Was ich frage, ist, ob es uns gelingt, in unserer hochentwickelten westeuropäischen Industriegesellschaft das, was bisher Kriege und Bedrohungen von außen ausgelöst haben, durch rationale Überlegungen zu erreichen. Das ist für mich ein Kernproblem. Und ich will nicht den Eindruck erwecken, daß ich in bezug auf die Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, sehr optimistisch bin.

Frau Thoben hat eine Frage thematisiert, die uns in der praktischen Arbeit seit Jahren beschäftigt, nämlich die Rekrutierung von Eliten für solche Aufgaben und deren Verankerung in einem demokratischen Konsens. Dabei finde ich die Differenzierung von Herrn Kaufmann zwischen Individuen und Organisationen hilfreich. Was uns eigentlich im Wege steht, sind die organisierten Besitzstände, nicht die einzelnen Menschen. Aber das hängt mit der Art und Weise zusammen, wie wir Konflikte organisieren und zu lösen versuchen.

Zu dem, was Herr Oetker gesagt hat, will ich ein praktisches Beispiel geben. Ein großes Unternehmen in Westdeutschland hat eine Betriebskrankenkasse, für deren Verwaltung der Betriebsrat zuständig ist. Aufgrund steigender Krankmeldungen am Montag und Freitag sah sich der Betriebsrat vor die Frage gestellt, die Beiträge, die nennenswert niedriger waren als die der AOKs, zu erhöhen. Man hat lange überlegt, was man tun sollte, bis jemand auf die geniale Idee kam, pensionierte Betriebsratsmitglieder zu reaktivieren. Sie sollten die Kranken besuchen, um ihnen gute Besserung zu wünschen. Nichts weiter; also keine Sanktionsandrohungen oder dergleichen. Das sollte alles ganz freundschaftlich vor sich gehen, sogar mit einem kleinen Blumenstrauß verbunden. Die Folge war, daß sich die Krankmeldungen innerhalb kürzester Zeit wieder auf das vorherige Niveau verringerten.

Daraus kann man eine sehr praktische, den Menschen als Schöpfung Gottes keineswegs beleidigende Konsequenz ziehen, daß es nämlich eines gewissen Maßes an Aufsicht bedarf, damit der einzelne nicht der Verführung anheimfällt. Selbstkontrollierende Systeme, die dies leisten, sind aber nur in überschaubaren Einheiten möglich. Wenn der Staat Kontrolleure geschickt hätte, wäre das Ergebnis ein ganz anderes gewesen. So ging die Initiative vom Betriebsrat aus, der andernfalls die Beiträge für alle Mitarbeiter hätte erhöhen müssen.

Nun läßt sich dieses Beispiel sicher nicht als allgemeine Empfehlung ausgeben. Was hier aber deutlich wird, ist, wie sich eine Dezentralisierung auf ein niedrigeres Niveau auswirken kann. Auf diese Weise läßt sich dann auch eine gewisse soziale Kontrolle reaktivieren, von der ich meine, daß sie - ideologiefrei betrachtet - humaner ist als eine bürokratische Kontrolle, jedenfalls auf bestimmten Feldern. Das gilt nicht überall und generell. Dieser Weg kann auch zu einer Überforderung führen. Im Einzelfall abzuwägen, was sinnvoll ist, ist sicher sehr schwierig.

Derartige Überlegungen gab es beispielsweise auch bei der Diskussion um die Pflegeversicherung oder bei der Frage des regionalen Finanzausgleichs, um zu verhindern, daß die ärmeren Regionen letztlich auf Kosten der reichen besser leben. Das bedeutet aber auch, gewisse Unterschiedlichkeiten zu akzeptieren. Das heißt, in einem innovativen Prozeß muß man bereit sein jedenfalls für eine gewisse Zeit, größere Ungleichheiten zu akzeptieren, die soziale Motivation auslösen, um die Ursachen der Ungleichheit abzubauen. Wenn man es sofort mit dem Gedanken der Gleichheit verbindet, funktioniert die Sache nicht. Dann landet man wieder bei der bürokratischen Regelung.

Die eigentlich wichtige Frage hat Frau Thoben jedoch mit dem Problem angesprochen, wie im politischen Raum Führung rekrutiert und organisiert wird. Wir lassen uns in der sächsischen Landesregierung in dieser Hinsicht von Unternehmensberatungsfirmen Anregungen geben. Unser Vorteil ist, daß sich die Dinge bei uns noch nicht so verfestigt haben. Es gibt noch keine eigentlichen Besitzstände. Deshalb wollen wir in diesem Entwicklungsprozeß möglichst viel von externem Wissen profitieren, was etwa die Rekrutierung von Personal, die Organisation von Koalitionsregierungen, die Ausübung von Berufungsrechten und anderes mehr angeht. Das alles ist von elementarer Bedeutung für die Innovationsfähigkeit politischer Führung.

## **Klages**

Was wir derzeit erleben, ist eine Krise gerade derjenigen Institutionen, die herkömmlicherweise Menschen in die Gemeinschaft im umfassenden Sinne eingebunden haben. Das gilt nicht nur für den Staat, sondern beispielsweise auch für das Verhältnis der Menschen zu den Kirchen. So hat sich die Zahl der Mitglieder der evangelischen Kirche in Brandenburg innerhalb von drei Jahren nahezu halbiert. Das sind ganz andere Austrittsbewegungen, als wir sie in den Jahren vorher erlebt haben.

Auch die Wohlfahrtsverbände befinden sich in einer Krise, was sich in dem Rückgang ehrenamtlicher Mitarbeiter ausdrückt, die dort traditionellerweise eine erhebliche Rolle spielen. Das heißt, die Bindekraft in diesen Verbänden läßt deutlich nach. Wie sehr davon auch die politischen Parteien betroffen sind, brauche ich in diesem Kreise nicht zu vertiefen. Die steigende Abwesenheitsquote vom Arbeitsplatz, sowohl im öffentlichen Dienst wie auch in großen Teilen der Privatwirtschaft, ist ebenfalls ein Indiz für meine These.

Wenn nun überall in unserem etablierten Institutionengefüge die Bereitschaft der Menschen nachläßt, sich zu engagieren, dann sollte man einmal nach den Ursachen fragen. Herr Kaufmann hat bereits



daraufhingewiesen, daß es ein sozusagen frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft gibt, und ich möchte diesen Hinweis aufnehmen und ergänzen.

So können wir eine zunehmende Zahl von mehr oder weniger spontan agierenden Selbsthilfegruppen feststellen. Es gibt aber auch in der gesamten Bevölkerung ein zunehmendes politisches Interesse, das indes keinen Zugang zu den etablierten Parteien findet. Und Gerhard Schmidthen hat von frei flutenden "religionsproduktiven Bedürfnissen" gesprochen, die ebenfalls keinen Zugang zu den einschlägigen Institutionen, das heißt zu den Kirchen, mehr finden.

Was wir also feststellen, ist eine deutliche Diskrepanz zwischen Institutionen, denen die Menschen weglafen, auf der einen Seite, und den Menschen, die nach Institutionen für ihre Bedürfnisse suchen, auf der anderen Seite. Von daher stellt sich die Frage: Wie müssen denn die Institutionen aussehen, damit sie in der Lage sind, diese Diskrepanz zu überwinden?

Hier meine ich nun, Herr Biedenkopf, daß es darauf ankäme, die positiven Potentiale des modernen Individualismus zu erkennen und zu nutzen. Da sollte man einmal weniger das solipsistisch auf sich selbst orientierte Verhalten des einzelnen sehen, sondern sich vielmehr vor Augen halten, daß der Mensch heute - auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wertewandels - "Subjekt seines Handelns" sein will, wie die eindrucksvolle Formel lautet, die ich kürzlich gehört habe.

Das heißt, wir müssen Institutionen finden, die diesem Bedürfnis entgegenkommen. Dies ist in allen möglichen Bereichen denkbar, im religiösen Bereich genauso wie in der Arbeit oder beim sozialen Engagement. Überall lassen sich Formen denken, die diesem Grundbedürfnis, Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinsinn im Widerspruch steht, stärker entsprechen, als das heute der Fall ist.

### **Stürmer**

Ich will eine Dimension ansprechen, die bisher merkwürdigerweise nicht erwähnt wurde und die man mit "Gold gab ich für Eisen" umschreiben könnte. Der kalte Krieg hatte im Grunde eine Ausnahmesituation geschaffen, weil der Druck von außen ein hohes Maß an Disziplin und Vernunft im Innern zur Folge hatte, nicht selbstverständlich für ein Volk, das sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht eben durch Vernunft und Augenmaß ausgezeichnet hatte. Sicher, die Vernunft wurde durch wirtschaftliches Wachstum und ein andauerndes soziales Air-conditioning belohnt, die natürlich, wie stets im menschlichen Leben, auch ihre negativen Seiten hatten. Denn bekanntlich ist nichts schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen.

Ob beispielsweise die Tarifautonomie, die Herr Oetker zu Recht gelobt hat, den jetzigen Test besteht, bleibt zu hoffen; sicher ist es nicht.

Die organisierten Interessen sehen sich in einem Rollenspiel, das sie selber nicht verändern können. Sie sind eben nicht "Subjekte ihres Handelns", um Herrn Klages zu zitieren, sondern sehen sich einer Vielzahl von Bindungen und Verpflichtungen ausgesetzt. Welcher Gewerkschaftsfunktionär kann sich vor seine Leute hinstellen, um ihnen mitzuteilen, in den nächsten fünf Jahren gebe es nicht mehr, sondern eher weniger aber die Gewerkschaftsbeiträge seien natürlich weiter zu zahlen.

Das heißt, die Verbände sind zur Zeit eher Teil des Problems als der Lösung. Es sagt sich so leicht, man müsse neue intermediäre Kräfte erfinden. Wie soll denn das geschehen in einer Zeit, in der es darum geht, zusätzliche Lasten zu tragen, wozu die etablierten Verbände doch reflexartig ihre Zustimmung verweigern müssen.

Ich sprach die Zeit des kalten Krieges an, im Grunde eine Ausnahmesituation, in der die Verhältnisse weitgehend kontrollierbar waren. Worin sich alle einig waren, war die Verhinderung eines Atomkrieges. Jetzt geraten wir in ein Zeitalter der Unordnung, wo es eine Vielzahl von Kräften, Gruppen, Staaten gibt, die keineswegs Krieg vermeiden wollen und sich einen Teufel um die Folgen scheren. Andere Staaten äußern nur fruchtlose Appelle, ohne etwas gegen diese Entwicklung zu tun. Man muß kein Prophet sein, um einen Zustand weltpolitischer Anarchie vorherzusehen mit nicht wenigen neuen Atomwaffenstaaten, die ihre Muskeln spielen lassen.

Der äußeren Unordnung entspricht eine innere Beängstigung. Die Zivilgesellschaft sieht sich harten Herausforderungen gegenüber, wenn die bisherige Ideologie des social engineering und des "seid-nett-zueinander" nicht mehr trägt.

Ich nenne nur drei Beispiele. Zum einen die Bundeswehr. Der erste deutsche Soldat ist zwar nicht bei einer militärischen Aktion im Ausland, sondern durch ein Verbrechen getötet worden, aber anlässlich eines von den Bundestagsparteien überwiegend gebilligten humanitären Einsatzes. Dies hat in unserer Republik gewaltige moralische Eruptionen hervorgerufen. In bezug auf Somalia wird immer

noch argumentiert, das sei nicht weiter gefährlich, deshalb dürfe man dort bleiben. Über den Schutz der deutschen Soldaten in Somalia gibt es den spöttischen Kommentar der Amerikaner: Vorneweg fährt ein Jeep mit zwei amerikanischen Soldatinnen; dann kommt ein Pritschenwagen mit pakistanischen Soldaten und schließlich die schwer gepanzerten deutschen Verbände.

Aber auch in Somalia könnte trotz aller feierlichen Zusicherungen mehr passieren. Krieg bleibt nun einmal eine gefährliche Angelegenheit und endet gelegentlich mit dem Tode. Und wie die Verhältnisse in Somalia tatsächlich sind, darüber fehlt außerhalb Somalias nahezu jede Kenntnis. Andere Nationen haben jedenfalls bereits eine beträchtliche Anzahl von Toten zu beklagen, und die hängen nicht weniger an ihren Söhnen wie wir.

Zweitens: die Polizei. Vor wenigen Tagen sind zwei junge Polizeibeamte im Zug zwischen Linz und Schärding kaltblütig von einem serbischen Terroristen erschossen worden, als er, bepackt mit Sprengmaterial, gestellt wurde. Solche Ereignisse werden in Zukunft häufiger an der Tagesordnung sein.

Drittens: Bundesgrenzschutz. Vier BGS-Beamte sind auf dem Rückflug vom Balkan, wo sie Asylanten hinzubringen hatten, mit dem Flugzeug abgestürzt. Unsere Gesellschaft äußert angemessenes Bedauern; aber man hört auch Stimmen, die meinen: Die Leute wurden ja dafür bezahlt.

Mit einer solchen Einstellung werden wir sicherlich nicht weitermachen können. Das heißt, wir kommen jetzt in eine Phase, in der es bei der Frage nach dem Gemeinsinn keineswegs nur um ein wenig Verzicht hier und da geht, sondern wo sich existentielle Fragen in einem ganz anderen Maße stellen. Bisher wird hier der Eindruck erweckt - auch in dieser Diskussion;-, als gehe es allein um materielle Belastungen, vielleicht sogar um eine Krise der Wachstumsgesellschaft, aber eben nicht um mehr. Jetzt sehen wir uns einer Situation gegenüber, die ganz andere Probleme aufwirft, wie sie uns in den vergangenen dreißig, vierzig Jahren Gott sei Dank erspart blieben. "Blood and toil, sweat and tears." Ich meine, damit müssen wir uns mehr auseinandersetzen als mit gewissen materiellen Bescheidungen.

### **Schröder**

Wir haben zu DDR-Zeiten mit der Unterscheidung von Bekenntnisfragen und Ermessensfragen offenbar genau den gleichen Sachverhalt vor Augen gehabt, den Herr Hirschman mit teilbaren und unteilbaren Konflikten bezeichnet hat. Und eines der Ärgernisse des Kommunismus ist sicher gewesen, daß er Fragen der Wirtschaftsverfassung und dergleichen zu Bekenntnisfragen stilisiert hat. Infolge der "wissenschaftlichen" Weltanschauung bewegten wir uns im Grunde ausschließlich in einem Feld von Entweder-Oder-Entscheidungen.

Das hat übrigens zur Folge, daß diejenigen, die widerstanden haben, diese Tendenz, alles zu Bekenntnisfragen zu machen, noch mitbringen. Das zeigt sich dann in der Moralisierung von Sachfragen, was eher konflikterhöhend ist.

Man hat uns zu DDR-Zeiten nicht wenig an Gemeinsinn abverlangt, wenn auch unter anderem Namen. Und wenn ich überlege, was dabei vor allem gefehlt hat, dann kommen mir Fairneßregeln in den Sinn, von denen ich meine, daß sie etwas mit Gemeinsinn zu tun haben, obwohl damit die Belange der Gemeinschaft nicht unmittelbar angesprochen sind. Aber ist es nicht ein fundamentales Element der Austragung auch unteilbarer Konflikte, daß es bestimmte Regeln gibt, die den Kampf limitieren? Gewissermaßen ein humanes Ethos, das dem Kontrahenten die Anerkennung als Menschen nicht versagt. Dieses "was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem anderen zu", wäre ein Element, das zu beachten ist, um zu verhindern, daß die Konfliktaustragung explosiv wird.

### **Fest**

Worauf beruht eigentlich der Gemeinsinn in einer Gesellschaft? Zum einen wohl auf religiösen und kulturellen Zusammengehörigkeiten. Zum anderen auf Situationen der Not und des Aufeinanderangewiesenseins. Herr Weinrich hat dafür Beispiele angeführt. Drittens würde ich das Bedrohungsgefühl von außen hinzufügen. Alle drei Elemente haben in den Nachkriegsjahren mit unterschiedlichem Gewicht eine Rolle gespielt.

Seit den 70er Jahren ist das Bedrohungsgefühl zurückgegangen. Es gab auch bereits die ersten Brüche im Wertkonsens, der die Gesellschaft bei uns zusammengehalten hat. Eine Zeitlang hat der Wohlstand als Kitt für all dies gedient und die Probleme der Individualisierung, die Herr Biedenkopf eindrucksvoll geschildert hat, verdeckt. Was geschieht, hat Herr Biedenkopf gefragt, wenn der Wohlstand nicht mehr wächst, sondern, füge ich hinzu, wenn er sich sogar rückläufig entwickelt?

Gemeinsinn sei durchaus vorhanden, wurde gesagt, aber er ist frei flottierend; man müßte ihn institutionalisieren. Wenn das bedeutet, daß dann der Staat oder die Verbände diesen Gemeinsinn sofort wieder in ihre Obhut nehmen, kommen mir alle möglichen unbehaglichen Gedanken.

Ende 1990 habe ich bei einem Treffen mit Parlamentariern in Bonn den Vorschlag einer freiwilligen Nationalanleihe gemacht und dafür außerhalb Bonns sehr viel Zustimmung für diese Idee gefunden. Herr Abs wollte sogar mit Herrn Schäuble darüber reden. Aber die Bonner Politiker haben diesen Gedanken unisono abgelehnt, und zwar quer durch alle Parteien. Man war nicht der Meinung, daß so etwas vonnöten wäre. Anders Herr Biedenkopf, der kurz darauf in einer Rede an die Öffentlichkeit und die Politik appellierte und mehr Gemeinsinn gefordert hat.

Worum es mir damals ging, war, einen Katalysator zu finden, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West zu stärken. Die finanziellen Probleme, die mit der Einheit auf uns zugekommen sind, hatte ich noch gar nicht erkannt.

Ich frage mich angesichts des Auseinanderdriftens der vereinten Teile des Landes, ob wir nicht doch wieder einen Fundus an gemeinsamen Wertvorstellungen brauchen, der in dem pluralistischen Stimmengewirr bei uns kaum noch wahrgenommen wird. In dem Zusammenhang nenne ich dann den Begriff der Nation, der vielleicht in der Lage ist, eine stärkere Bindekraft zu entfalten, als wir gemeinhin annehmen.

Den Verfassungspatriotismus meines Freundes Dolf Sternberger habe ich immer für eine sympathische professorale Schreibtischidee gehalten, aber nie geglaubt, daß davon tatsächlich emotionale Wirkungen ausgehen könnten. Ich weiß, wie allergisch viele Menschen bei uns auf den Begriff Nation reagieren. Ich bin selbst auch nicht frei von Skepsis. Aber ich denke, man sollte darüber diskutieren.

### **Grimm**

Könnte es neben dem Staat und den Verbänden nicht auch assoziativ gebildete Institutionen geben, die dem Verdikt nicht unterliegen, das Sie andeuten?

### **Fest**

Herr Klages hat ja gerade daraufhingewiesen, daß die Bindekraft der Verbände ständig nachläßt und die Menschen Subjekt ihres eigenen Handelns sein wollen. Mein Eindruck ist in der Tat, daß die Bindekraft der gesellschaftlichen Verbände und Institutionen permanent zurückgeht. Einer der Gründe dafür ist zweifellos das wachsende Bedürfnis nach Individualisierung, das Herr Biedenkopf in seinem Referat angesprochen hat. Die Verbände, aber auch die Kirchen üben keine große Anziehungskraft mehr auf die Bevölkerung aus. Ich weiß nicht, wie man das ändern will.

### **Beier**

In Deutschland gibt es immer noch Teile einer Generation, die, sobald ein Wort mit "gemein" beginnt - Gemeinschaft, Gemeinsinn;- , erschrecken. Zu denen gehöre ich auch. Als ich das Thema las, habe ich gedacht: Muß man nicht auch davor warnen, daß dahinter sich nicht wieder die Meduse erhebt: "Ich bin nichts, mein Volk ist alles"?

Deshalb ist mir die Unterscheidung von Herrn Hirschman von teilbaren und unteilbaren Konflikten so sympathisch. Meine Frage ist indes: Wenn es in Zukunft darum gehen soll, aus vorgeblich unteilbaren Konflikten möglichst viele teilbare zu machen, wo sind dann die Instanzen, die darüber befinden? Sind das die Philosophen oder die Soziologen oder irgendwelche Weisen, deren Urteil man dann in der FAZ nachlesen kann? Oder an wen soll man sonst denken?

Ich meine das keineswegs ironisch und würde auch gern wissen, nach welchen anthropologischen Vorgaben da entschieden werden soll. Welches Menschenbild dominiert bei denjenigen, die darüber entscheiden sollen, ob ein Konflikt teilbar oder unteilbar ist und wie man aus einem unteilbaren einen teilbaren Konflikt macht?

Herr Biedenkopf hat die Situation, in der wir uns befinden, sehr eindringlich beschrieben. Nur an einer Stelle bin ich etwas erschreckt, als er nämlich sagte: Wir müssen wieder zu mehr Risikobereitschaft und zur Übernahme von Risiko durch die Individuen in unserer Gesellschaft zurückfinden. Das mag objektiv stimmen. Wie schaffen wir es aber - qua Gemeinsinn gewissermaßen;- , daß Menschen, die nicht mehr gelernt haben, solche Risiken zu tragen, diese wieder übernehmen? Gibt es nicht auch Risiken, die Menschen überhaupt nicht mehr übernehmen können, weil sie zu groß und zu unüberschaubar geworden sind? Das kann auch für die eigenen sozialen Risiken gelten.

Schließlich frage ich, worauf sich denn der gemeine Sinn beziehen soll. Wofür soll Gemeinsinn entwickelt werden? In der Kirche haben wir immer dafür gestritten - völlig vergeblich natürlich;- , daß der Gemeinsinn sich nicht nur auf Deutschland richten sollte. Worauf dann? Auf die sogenannte dritte Welt? Auf Europa, einschließlich Osteuropa? Oder doch nur auf den kleinen Bereich, in dem ich lebe, also meine Heimat im engeren Sinne?

### **Hirschman**

Ihre Frage, Herr Beier: Wer entscheidet in Fragen von teilbaren und unteilbaren Konflikten, kann ich nicht direkt beantworten, so wichtig sie in der Tat ist. Mein Vorschlag wäre, Ereignisse näher zu untersuchen, wo es gelungen ist, unteilbare in teilbare Konflikte zu verwandeln. Dann wird sich vermutlich herausstellen, daß dies in einem Prozeß von Kämpfen und Auseinandersetzungen vor sich geht, in dem man allmählich Möglichkeiten von Kompromissen herausfindet. Dafür gibt es sicher keine allgemeinen Regeln.

Eine Erkenntnis dabei ist wohl, daß das Unteilbare großenteils nur deshalb so erscheint, weil man es als unteilbar sehen möchte. Ich kenne eine Reihe von Leuten in den Vereinigten Staaten, die jetzt versuchen, in der Frage der Abtreibung, wo sich die Befürworter und Gegner völlig unversöhnlich gegenüberstehen, Wege ausfindig zu machen, wie man den Abgrund doch überbrücken kann.

Je mehr ich über die grundsätzliche Problematik nachdenke, um so mehr bin ich davon überzeugt, daß es im Grunde zwei Arten von Konflikten gibt: Entweder Probleme, die real sind und an denen sich wenig ändern läßt, oder Probleme, die nur so aussehen, weil man sie für fundamental hält.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die großen Konflikte der späten 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland - so unversöhnlich sie ausgetragen wurden doch einen großen Beitrag zur Versöhnung der Generationen in Deutschland geleistet haben. Das heißt, der Konflikt hatte, indem er ausgetragen wurde, letztlich eine positive Wirkung für das Zusammenleben in Deutschland.

### **Biedenkopf**

Ich kann Herrn Hirschman nur zustimmen. Einer der erbittertsten Konflikte der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik war die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung. Im Freistaat Sachsen haben wir diesen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auch dadurch verarbeitet, daß wir ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit geschaffen haben, das beides verbindet. Das sehen viele als einen Fortschritt an. Auch die erbitterten Auseinandersetzungen in den 50er Jahren über die Grenzen der Marktwirtschaft, Kartellgesetzgebung zum Beispiel, kann man sich heute in ihrer Leidenschaft überhaupt nicht mehr vorstellen. Und doch ist gerade daraus ein Konsens über unsere Wirtschaftsordnung entstanden.

Herrn Beier möchte ich sagen: Mit Risikoverlagerung ist nie gemeint, daß das Individuum die Risiken jetzt völlig allein bewältigen, sondern daß es sich dafür kleinerer Einheiten bedienen soll.

Ein praktisches Beispiel: Als wir unsere kollektiven Systeme entwickelt haben, war die große Mehrheit der Bevölkerung arm. Heute verfügt die westdeutsche Bevölkerung über ein Vermögen - einschließlich ihres Grundvermögens, aber ohne Rentenansprüche - von rund 6000 Milliarden D-Mark, also zweimal das gesamtdeutsche Bruttosozialprodukt. Zwar ist dieses Vermögen ungleich verteilt; das heißt, es gibt starke und schwache Vermögensträger. Doch auch von den starken befinden sich wesentliche Teile im kollektiven System, statt über eigene Vorsorgemöglichkeiten nachzudenken. Die Überlegung, dieser Personenkreis könnte einen Teil seines Vermögens zur Abdeckung von Lebensrisiken einsetzen, wird empört mit der Feststellung zurückgewiesen: das komme einer Enteignung gleich.

Hier zeigt sich, wie sehr die Starken bei uns inzwischen das Bewußtsein für ihre Stärke verloren haben. Sie können sich überhaupt nicht mehr vorstellen, daß die Vermögensbildung, wie es ursprünglich einmal gedacht war, der eigenen Sicherheit und der Unabhängigkeit von den kollektiven Systemen dienen könnte.

Die Sozialleistungen sind auf diese Weise in erheblichem Maße zur Legitimationsgrundlage für unseren Staat geworden, und zwar nicht nur bei denen, die keine Alternative haben, sondern bei der großen Mehrheit. Auch die Unabhängigeren und Selbständigeren haben zu keiner Zeit entscheidenden Widerstand gegen eine weitere Kollektivierung von Lebensrisiken geleistet.

### **Hamm-Brücher**

Wenn das Leben härter wird, rufen sie sofort danach.

## Biedenkopf

Es gibt selbst in der F.D.P. keinen prinzipiellen Widerstand gegen eine Ausweitung der kollektiven Systeme, obwohl Alternativen denkbar sind und man andere Möglichkeiten für diejenigen vorsehen könnte, die in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Statt dessen werden alle in ein Gesamtsystem einbezogen - weil man in diesem System verdeckte Umverteilungen, die nach außen nicht so ohne weiteres erkennbar sind, organisieren kann.

Risikotragen ließe sich also durchaus dezentralisieren. Dazu sind verschiedene institutionelle Vorschläge gemacht worden, bis hin zu einer Individualisierung der Höhe der Alterssicherung. Es geht nicht um die Alterssicherung als solche. Die muß gewährleistet sein. Aber die Höhe der Alterssicherung könnte vom einzelnen sehr viel stärker selbst bestimmt werden, und zwar unabhängig vom Lebenseinkommen. Alle diese Vorschläge stoßen jedoch auf den Widerstand der Sozialbürokratien.

Was die Institutionen angeht, bin ich ziemlich sicher, daß die Großinstitutionen, die sich in den letzten 120 Jahren gebildet haben, diese Veränderung nicht selbst werden leisten können. Die Bedingungen, nach denen sie angetreten sind - sozusagen ihre *raison d'être*;- , lassen keine Neuorientierung zu. Sie werden immer die Sachverhalte reproduzieren, auf denen sie beruhen. Deshalb wird es ohne eine Institutioneninnovation nicht gehen. Wenn die Leute, wie Herr Klages sagt, aus den Institutionen austreten, dann nicht zuletzt deshalb, weil sie nicht mehr daran glauben, daß die bestehenden Einrichtungen noch in der Lage sind, ihre Aufgaben in ausreichendem Maße zu bewältigen.

## Sommer

Ich gehöre wie Herr Beier einer Generation an, die aus ihren Erinnerungen mit einem gewissen Antidot geimpft ist. Als ich zwölf oder vierzehn Jahre alt war, saß ich in einem Klassenzimmer, an dessen Stirnwand der Satz zu lesen stand: "Es ist nicht notwendig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich meine Pflicht tue." An der Rückwand stand: "Du bist nichts, Dein Volk ist alles." Und jeden Morgen hieß es zum Appell: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz." Ich bekenne also frank und frei, daß ich in der Ära Lübke durchaus zu denen gehörte, die über die "Aktion Gemeinsinn" lästerten, wie wir damals hämisch die "Aktion Gemeinsinn" nannten.

Heute gehöre ich zu denen, die sagen: Wir brauchen wieder etwas mehr Gemeinsinn; wir sind zu weit in die Richtung des krassen Egoismus gegangen. Während des letzten Jahrzehnts vor der Implosion des kommunistischen Weltreiches und des kommunistischen Systems hat sich der Westen eine Explosion des Egoismus geleistet, die das Unterfutter der Gemeinschaftlichkeit zu zerstören droht, das wir brauchen, um mit den Problemen fertig zu werden, denen wir uns gegenübersehen.

Als Liberaler - wenn auch nicht als Parteiliberaler, liebe Frau Hamm-Brücher- kann ich beides durchaus miteinander vereinbaren: Das Individuum vor den Machtansprüchen und Übergriffen des Staates zu schützen und gleichzeitig gegen den überbordenden Egoismus Front zu machen. Ralf Dahrendorf hat in diesem Zusammenhang von Ligaturen, von Bindungen gesprochen, die den persönlichen Optionen des einzelnen entgegenzustellen sind. Das heißt, der einzelne kann seine Optionen nur wahrnehmen, wenn er sich zugleich an eine Gesamtheit gebunden weiß, die den notwendigen Rahmen dafür abgibt. Das ist für mich nicht primär eine Frage der Gesinnung. Ich will also keinen verordneten Gemeinsinn, keine neue Staatsideologie, sondern mir geht es darum, die Voraussetzung dafür zu schaffen, damit wir die Probleme lösen können, mit denen wir konfrontiert sind.

Ich nenne vor allem drei Probleme. Erstens die Angleichung im Lebensniveau zwischen Ost und West, und zwar nicht nur auf Deutschland bezogen.

Zweitens die Umstrukturierung der Arbeitswelt. Lothar Späth und Herbert Henzler weisen in ihrem neuen Buch "Sind die Deutschen noch zu retten? Von der Krise in den Aufbruch" auf eine erschreckende Zahl hin. Wenn wir in Deutschland in allen Industriezweigen den modernsten Stand der Technik anwenden würden, könnten wir das heutige Bruttozialprodukt statt wie jetzt mit 33 Millionen Beschäftigten mit 24 Millionen erstellen. Dies würde eine Arbeitslosigkeit von 38 Prozent bedeuten.

Innovation heißt bei uns zunächst einmal Freisetzung von Arbeitskräften. Dafür kann ich die Wirtschaft nicht tadeln; es ist die Aufgabe der Unternehmen, sich leistungsstark und wettbewerbsfähig zu machen. Womit wir aber fertig werden müssen, sind die sozialen und politischen Folgen dieser Freisetzung. Natürlich wird es nicht 38 Prozent Arbeitslosigkeit geben. Aber daß hier ein ungeheures Problem und eine gewaltige Herausforderung vor unserem Staat und unserer Gesellschaft liegen, ist wohl unbestritten.

Ein drittes Problemfeld ist die demographische Entwicklung, die unsere ganze Sozialstruktur bis an den Rand der Unbezahlbarkeit bringen wird.

Das Gefühl der äußeren Bedrohung, das uns bisher zusammengehalten hat, ist weggefallen. Und wir merken noch nicht, daß das Wasser steigt. Adenauer hätte gesagt: "Die Situation ist da", und Strauß hätte formuliert: "Hier ist Sonthofen". Aber wir verschließen die Augen davor.

Bei den Verteilungskonflikten, in die wir hineingeraten, geht es nicht darum, das Ergebnis der Arbeit, sondern die Arbeit überhaupt zu verteilen und damit den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens zu gewährleisten. Ich glaube nicht, daß unsere Bekenntnisse zum Prinzip des Freihandelns lange überleben werden, wenn die Menschen nicht zumindest eine Perspektive erhalten, daß sie Arbeit und Brot finden - vielleicht auf einem niedrigen Lohn- und Gehaltsniveau. Wenn wir das nicht schaffen, dürfte auch unsere Demokratie keine wirkliche Überlebenschance haben.

Ich denke also durchaus, wir brauchen ein Mehr an Gemeinsinn, einen neuen Klebstoff, wie Herr Hirschman sagt, einen Festiger. Wenn in diesem Zusammenhang Nation und Patriotismus genannt werden, dann bin ich freilich in diesem Punkt anderer Ansicht als Herr Fest. Dieser Begriff ist aufgrund unserer Geschichte doch außerordentlich belastet. Er verführt noch mehr zu Simplifizierungen, zum Übers-Ziel-Hinausschießen als der Begriff Gemeinsinn. Der Begriff Patriotismus würde jahrzehntelange Arbeit für Europa in Frage stellen. Deshalb würde ich bei der Suche nach dem neuen Festiger lieber in Richtung Gemeinsinn gehen.

Wie läßt sich dieser Gemeinsinn herstellen? Drauf habe ich auch keine schnelle Antwort. Sicherlich muß dazu in den Schulen einiges geschehen: Sie müssen aufs neue das Gefühl für Werte wecken. Ich denke auch, daß wir eine neue Gesprächskultur brauchen, die dann die Gemeinsinnsidee allmählich dem Volk vermittelt. Die heutigen Talkshows sind sicher kein Ausdruck einer solchen Gesprächskultur, eher das Gegenteil.

Zweifellos braucht es eine große geistige Anstrengung, die organisiert werden muß. Herr Biedenkopf hat dafür neue Institutionen gefordert. Jean Monnet hat einmal gesagt: Es entsteht nichts ohne Menschen, aber es überdauert nichts ohne Institutionen. Vielleicht müßten wir beides kombinieren.

### **Biedenkopf**

Richtig.

### **Schavan**

Ich gehöre einer Generation an, die das, was Herr Sommer beschrieben hat, nur aus dem Geschichtsbuch kennt. Und auch das, was hier und da mit 1968 zusammenhängt, kenne ich nur aus der Auseinandersetzung mit den großen Brüdern und Schwestern. Ich kann also ein Thema wie Gemeinsinn und wieviel wir davon brauchen, relativ leidenschaftslos angehen.

Herr Sommer hat die große Problematik der strukturellen Arbeitslosigkeit angesprochen. Dazu gehört dann die Frage: Wie kann denn ein Zusammenhang zwischen Arbeit und Gemeinsinn aussehen, wenn wir nicht bei 38 Prozent Arbeitslosen enden wollen? - ein unvorstellbares Szenario, zumal in einer Gesellschaft, in der Sicherheit und Wohlstand, auch bescheidener Wohlstand, an einem Arbeitsplatz hängen und in der die Solidarität derer, die Arbeit haben, mit denen, die keinen Arbeitsplatz haben, kaum ausgeprägt ist. Auch das ist ein Gesichtspunkt von Gemeinsinn.

Herr Kaufmann und auch Herr Biedenkopf haben gesagt, es gäbe in dieser Gesellschaft eine ganze Menge frei flottierenden Gemeinsinns. Damit wären also durchaus die Voraussetzungen vorhanden für die Herausbildung von Gemeinsinn, und der Werteverfall, von dem immer so viel die Rede ist, wäre gar nicht die entscheidende Signatur. Inwieweit, möchte ich weiter fragen, stoßen diese Potentiale an Gemeinsinn sich an den Interessen von Institutionen? Geht es vielleicht weniger um die Frage: Wieviel Gemeinsinn müssen Menschen entwickeln? als vielmehr darum: Wieviel Gemeinsinn lassen die Institutionen zu?

### **Biedenkopf**

Das ist völlig richtig.

### **Schavan**

In dem Zusammenhang sehe ich dann auch die Frage nach den Eliten, die hier ebenfalls schon angesprochen wurde. Eliten, das sind in den letzten 20,30 Jahren vor allem diejenigen, die die Spezialisierung und den brillanten Monolog beherrschen, nicht aber den Dialog, die Herstellung einer

Gesprächskultur, die Herr Sommer eben forderte, oder gar so etwas wie Vernetzung. Der Begriff Vernetzung galt in jenem Milieu, das sich als Elite versteht, immer als leicht anrühlich. Wenn Herr Biedenkopf erwähnte, daß er jetzt Unternehmensberatung für die Politik in Anspruch nimmt, dann ist das in der Tat eine ganz neue Entwicklung. Das würde bedeuten, daß sich die Vorstellungen von Elite, wie sie sich in den letzten 30,40 Jahren herausgebildet haben, grundlegend verändern müssen.

Schließlich noch ein Wort zur Unterscheidung von teilbaren und unteilbaren Konflikten. Es war die Rede davon, unteilbare Kräfte müßten in teilbare Konflikte aufgelöst werden. Dazu fällt mir beispielsweise beim Thema Abtreibung ein, daß es zunächst vielleicht ganz wichtig wäre zu überlegen, ob nicht der sogenannte unteilbare Konflikt auch stellvertretend für eine Reihe sehr wohl teilbarer, aber nicht ehrlich zugegebener Konflikte steht. Bei der Abtreibung wäre das beispielsweise die Frage: Wieviel Selbstbestimmung traut man eigentlich einer Frau zu? Und die andere Frage: Wieviel Versagen bei der Wahrnehmung von Verantwortung und Hilfeleistung wird verdeckt, indem die Debatte auf die Grundfigur Mutter und Kind zugespitzt wird, die nicht als Einheit, sondern als Konkurrenzverhältnis gesehen wird, obgleich ganz andere Konkurrenzen im Spiel sind.

### **Stern**

Ich will zunächst nur darauf hinweisen, daß wir in diesem Jahrhundert eine brutale Pervertierung von wichtigen Visionen erlebt haben. Ich denke etwa an die Pervertierung der Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit auf der einen und von Nation und Gemeinschaft auf der anderen Seite. Von daher erscheint es mir nicht ganz unnützlich, auf einige Gedanken zurückzugehen, die schon vor 1914 existierten. Ich denke etwa an einen Aufsatz des amerikanischen Philosophen William James aus dem Jahre 1911 mit dem Titel "The moral equivalent of war", dessen glänzende Gedanken dann unter Kennedy zur Schaffung eines Friedenscorps führten.

So wie hier über den Individualismus geredet wird, scheint mir die Betonung von Egoismus und Materialismus zu sehr im Vordergrund zu stehen und die Frage der Selbstentfaltung zu negativ gesehen zu werden. Vielleicht sollte ich an Goethe erinnern. Der Gedanke der Entwicklung der Persönlichkeit durch Bildung und durch Arbeit - Faust war doch zumindest für die deutsche Kultur im 19. Jahrhundert prägend.

In unserem Thema ist von der liberalen Gesellschaft die Rede, die gewissermaßen als gegeben vorausgesetzt wird. Dagegen würde ich die Frage stellen: Was braucht die liberale Gesellschaft überhaupt weiterbestehen zu können? Sicher sehr viel mehr als nur Gemeinsinn. Natürlich spielen dabei Bildung und Erziehung eine wichtige Rolle und auch die Einhaltung von Fairneßregeln, die Herr Schröder erwähnte. Das ließe sich nicht nur in der Schule, sondern auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft aufzeigen. Das liberale Gedankengut müßte der jungen Generation beispielhaft vorgelebt werden, um ihr die Segnungen des Liberalismus vor Augen zu führen.

Diese Forderung gilt übrigens in gleicherweise für die Vereinigten Staaten, nicht nur für Deutschland und Europa.

### **von Weizsäcker**

"Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" lautet unser Thema. Man könnte auch fragen: Wieviel liberale Gesellschaft braucht der Gemeinsinn? Zu Recht ist hier daraufhingewiesen worden, daß der Gemeinsinn, zu dem wir ermuntern wollen, die liberale Gesellschaft voraussetzt. Denn die liberale Gesellschaft könnte auch durch eine Perversion von Gemeinsinn gefährdet werden, wie uns historische Erfahrungen lehren. Herr Stern hat dies eben erwähnt.

Wir gehen also alle von der liberalen Gesellschaft aus und sind der Meinung, daß sie Gemeinsinn braucht. Warum braucht sie Gemeinsinn? Weil sie, wenn wir etwa auf die Wirtschaft sehen, in Rückstand zu geraten droht gegenüber Gesellschaften, die in unserem Verständnis nur so halb oder gar nicht liberal sind. Unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gerät in Gefahr durch Länder, die nicht nur zu niedrigeren Kosten produzieren, sondern bei denen die Marktwirtschaft mit ganz anderen Erziehungsmethoden verbunden ist und die Demokratie teilweise nicht gerade unseren Vorstellungen entspricht. Das gilt beispielsweise für einige der ostasiatischen und westpazifischen Wettbewerber.

Die Folgen unserer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit zeigen sich unter anderem in den niedrigen Wachstumsraten, die Herr Biedenkopf für die nächsten Jahre erwartet. Damit stehen für die Bedienung der individuellen Bedürfnisse ebenfalls weniger Mittel zur Verfügung, als das bisher der Fall war. Die materiellen Grundlagen, auf denen wir unseren Individualismus aufbauen, werden wahrscheinlich abnehmen, bestenfalls stagnieren. Kann hier mehr Gemeinsinn Abhilfe schaffen?

Nun sehen wir uns nach dem Fall der Mauer der Aufgabe gegenüber, die Vereinigung zustande zu bringen. Das erfordert neben anderem einen erheblichen materiellen Aufwand, den wir in den vergangenen Jahren ja auch geleistet haben. Die finanziellen Mittel, die dafür bisher notwendig waren, hat der Staat aber nicht den Individuen aufgebürdet, sondern er hat sich verschuldet. Es wäre ja auch denkbar gewesen, diese Kosten durch Solidaritätsbeiträge, die nicht nach einem Jahr wieder ausgesetzt werden, oder durch Steuern zu finanzieren.

Zugespißt gesagt: Die Finanzierung der Vereinigung durch Steuern wäre zumindest der Versuch gewesen, Gemeinsinn zu mobilisieren. Dagegen stellt die Finanzierung durch Schulden die klassische Fortsetzung dessen dar, was zur Ruhigstellung von Wählern meistens geschieht.

Ich will ein weiteres Beispiel erwähnen. Ich habe heute morgen an der Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes in Erfurt teilgenommen. Dort ging es in erster Linie um die Mobilisierung ehrenamtlicher Kräfte. Das ist schwieriger geworden, wie wir auch hier gehört haben. Aber es ist ein außerordentlich wichtiges Ziel. Dies ist auch keineswegs nur ein Appell an den Gemeinsinn als individuelle Tugend, wie ihn Herr Hirschman als eher fragwürdig bezeichnet hat. Es ist vielmehr ein Appell an den Gemeinsinn als individuellen "sense of purpose"; man könnte auch sagen als Erfüllung dessen, wonach der Mensch strebt. Er möchte doch gerne wissen, wozu er auf der Welt ist und was er mit seinen Kräften anfangen kann.

Selbstverständlich verstehe ich, wenn hier gesagt wurde, der Appell an Gemeinsinn als individuelle Tugend sei fragwürdig, weil wir seinen Mißbrauch und seine Pervertierung erlebt haben. Aber wenn wir mehr Gemeinsinn für die Erhaltung unserer liberalen Gesellschaft fordern, dann ist dabei zweifellos das Individuum gefragt. Und da reicht es sicherlich nicht aus, nur den Verstand des einzelnen anzusprechen, um ihn zu veranlassen, seinen Beitrag zu leisten, damit unsere liberale Gesellschaft nicht zusammenbricht.

Gemeinsinn muß auch etwas mit Freude an der Sache zu tun haben. Der einzelne muß dabei Erfüllung finden. Wenn wir - um Herrn Weinrich zu zitieren - wieder von der unteren an die obere Grenze des mittleren Gemeinsinns herankommen wollen, dann dürfen wir nicht darauf verzichten, darüber nachzudenken, wie wir die Freude an Gemeinsinnsaktionen wecken können. Ich gehöre auch zu denen, die 1989/90 davon überzeugt waren, daß es den Menschen damals Freude gemacht hätte, einen großen materiellen Beitrag zur Vereinigung, also zum Gemeinsinn zu leisten. Jetzt müssen wir uns etwas anderes ausdenken, um diese Freude zu wecken.

Ich sehe durchaus Gefahren für die liberale Demokratie. Wenn sie wirtschaftlich weiter abrutscht gegenüber Gesellschaften, die sehr viel weniger liberal sind, sehe ich die Gefahr, daß wir in eine Art Salazarregime oder in einen Bonapartismus abgleiten.

### **Vollmer**

Ich möchte zunächst Herrn Hirschman fragen, wie eigentlich die Bewegung der Kommunitaristen in den USA zu erklären ist, in einem Land, das, wie wir gehört haben, so etwas wie Gemeinsinn gewissermaßen traditionell in seiner Ausstattung hat. Mit anderen Worten, um eine solche Bewegung zustande zu bringen, braucht es zumindest eine Erinnerung an etwas, das man wachrufen kann.

Präsident Clinton hat in seiner Antrittsrede die Jugend Amerikas aufgefordert, ökologisch-soziale Dienste zu tun. So etwas wäre bei uns kaum möglich. Da würde es sofort heißen: Arbeitsdienst. Das kann bei uns allenfalls Herr von Weizsäcker anregen, ohne daß ihm gleich Empörung entgegenschlägt. Ich selber denke auch schon seit längerem darüber nach, obwohl ich weiß, wie brisant dieses Thema ist. Aber ich bin davon überzeugt, daß es so etwas geben müßte.

Deshalb war ich doch recht erstaunt, daß in dieser Diskussion gerade diejenigen, die etwas älter sind als ich, vor allem vor den Gefahren warnten, die mit Gemeinsinn verbunden sein könnten.

Vielleicht sollte man hier unterscheiden. Für mich sind alle Begriffe negativbesetzt, die das Wort "Gemeinschaft" in sich haben. Volksgemeinschaft zum Beispiel, aber auch Gemeinschaftsschule oder religiöse Gemeinschaften. Diese wirken in der Regel polarisierend oder ausgrenzend. Das heißt, alles das, was eine Art Bekenntnis zu einer Gemeinschaft fordert, hat für mich einen gefährlichen Unterton. Solche Gemeinschaften bestimmen sich weniger aus sich selbst, sondern eher durch Abgrenzung von anderen.

Der Begriff "Gemeinsinn" dagegen fragt nach dem Gemeinsamen; ob man sich einigen kann - trotz aller Individualität - auf etwas, das eine gemeinsame Aufgabe sein könnte. Und das würde ich für unsere Gesellschaft für sehr wichtig halten.



Bei der Analyse, die Herr Stürmer von unserer heutigen Situation gibt und von den Gefährdungen, die ich auch sehe, schlägt das Moment der Abgrenzung voll durch. Das heißt, die reichen Europäer entwickeln einen Gemeinschaftsgeist in der Weise, daß sie versuchen, ihren jetzigen Wohlstand vehement zu verteidigen - zu einem sehr hohen Preis.

Denn die nächste Generation muß schon sehr viel an Gemeinsinn aufbringen, um unsere Schulden zu übernehmen. Das heißt, uns fehlt jegliches Bewußtsein dafür, daß es zwischen uns und der nächsten Generation etwas Gemeinsames geben könnte und wir auch unseren Teil beizutragen haben, damit es für die nach uns Kommenden nicht zuviel wird.

Die Frage, die wir einmal ernsthaft diskutieren sollten, ist: Wer wäre denn heute in der Lage, diese Zusammenhänge aufzuzeigen und dafür Konsens in den Gesellschaften und zwischen den Generationen herzustellen? Danach suchen wir auch in diesem Kreis.

Die Religion kann das nicht mehr leisten, haben wir gehört. Traditionelle Sinnträger stehen überhaupt nicht mehr zur Verfügung, und ich bin auch nicht der Meinung, daß die Kirchen diese Rolle jemals wieder spielen können. Aber wer wäre dann in der Lage, die geforderten Konsense vorzubereiten? Die großen Gruppen in unserer Gesellschaft, so habe ich Herrn Biedenkopf verstanden, vertreten alle überwiegend ihre eigenen Interessen und grenzen sich von daher gegen andere ab, sind also in dem Sinne Gemeinschaften und deshalb eben nicht fähig, gesellschaftliche Konsense, Gemeinsinn, zu formulieren.

In der Vergangenheit konnten diese Gruppen die Interessenkonflikte angesichts der großen Blockkonfrontation nicht desaströs austragen, weil das für alle existenzbedrohend gewesen wäre. Diese äußere Bedrohung ist jetzt weggefallen, und deshalb sehe ich um so weniger die Möglichkeit, daß von den Interessengruppen Konsensfähigkeit ausgehen könnte.

Die Parteien sind dazu auch nicht in der Lage, was sie vielfältig bewiesen haben. Bei keinem Thema, das in der letzten Zeit das Parlament beschäftigt hat, gab es auch nur Ansätze eines Dialoges über die Grenzen der etablierten Institutionen hinweg. Und wenn sich die Parteien dann schließlich auf eine offene Methode - zum Beispiel beim § 218 und der Hauptstadtfrage - geeinigt hatten, reichte nicht einmal das aus, weil sich niemand wirklich verpflichtet fühlte, sich nun auch an die Absprachen zu halten. Statt dessen meint jeder nach Beendigung der Debatte, sofort frei zu sein, den einmal erreichten Konsens wieder in Frage zu stellen. Das Dauerpalaver, das wir veranstalten, führt also zwar zu zeitweiligem Konsens, der aber niemand bindet.

Dafür typisch war für mich der Gang zum Verfassungsgericht beim § 218, wo deutlich wurde, daß sich die großen Gruppen nicht mehr auf einen Modus der Konfliktaustragung einigen können. Die Folge sind die sehr instabilen Ergebnisse im politischen Prozeß.

Wer also in der Gesellschaft kann Träger einer neuen Konsenskultur sein? Wo gibt es eine dialogfähige Gruppe, die eine Verpflichtung darin sieht, die Aufgaben der heutigen Gesellschaft im gesellschaftlichen Dialog zu identifizieren und dann Konsens dafür zu mobilisieren? Ich kann diese Frage natürlich nicht beantworten.

Ich beschäftige mich seit einiger Zeit intensiv mit einer Gesellschaftsschicht, für die ich mich früher nie besonders interessiert habe, nämlich mit dem Bürgertum. Mit Herrn Fest habe ich darüber schon gesprochen. Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, daß diese fast untergegangene Gesellschaftsschicht aus dem Vorkriegseuropa durchaus etwas von dieser Dialogfähigkeit und auch von einem selbstverständlich praktizierten Gemeinsinn repräsentierte, einschließlich der sozialen, kulturellen und sonstigen Verpflichtungen dem Staatswesen gegenüber. Das war weniger von der Religion her bestimmt, sondern gehörte zur kulturellen Grundausstattung dieser Schicht. Ich meine, wir müßten einmal intensiver darüber nachdenken, ob wir so etwas nicht wieder brauchen würden.

### **Grimm**

Und ob es wiederherstellbar ist ohne die übrigen Bedingungen des 19. Jahrhunderts.

### **Hirschman**

Sie haben nach dem Kommunitarismus in den Vereinigten Staaten gefragt, Frau Vollmer. Es ist wohl nicht weiter verwunderlich, daß Begriffe einen durchaus verschiedenen Klang haben, je nachdem, in welcher Gesellschaft sie verwendet werden. Wenn sie in Deutschland das Wort Arbeitsdienst gebrauchen, dann löst das natürlich andere Assoziationen aus als in Amerika. Als Kennedy seinerzeit dazu aufrief, sich an einem Friedenscorps zu beteiligen, waren wir alle Feuer und Flamme, und

niemand wäre eingefallen, daß diese Idee problematisch sein könnte - eben weil es in Amerika nie ein Regime gab, das einen Arbeitsdienst eingerichtet hatte.

Deshalb muß man mit der Wahl seiner Begriffe sicher behutsam sein und darf die geschichtlichen Zusammenhänge nicht außer acht lassen. Wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will, also in unserem Falle mehr Gemeinsinn mobilisieren, dann darf man dies vielleicht nicht so direkt ansteuern, sondern sollte überlegen, wie man diese Idee so realisieren kann, daß sie gewissermaßen als gewünschtes Nebenprodukt am Ende herauskommt.

Ich habe irgendwo den schönen Satz gelesen: "Happiness eludes a direct quest" Das heißt, Glück kann immer nur ein Nebenprodukt sein. Wenn man direkt darauf aus ist, bekommt man es nicht. Beim Gemeinsinn verhält es sich vielleicht ebenso.

### **von Weizsäcker**

"Pursuit of Happiness" sieht doch in der Gründungsurkunde der Vereinigten Staaten.

### **Hirschman**

Das wurde damals aber im Sinne von pursuit of the public happiness und nicht als pursuit of private happiness verstanden.

### **Stürmer**

The right to the pursuit of happiness meint aber auch: Recht auf Entfaltung der persönlichen Freiheit, ein Recht, das die Menschen vorher nicht hatten. In dieser Bestimmung der amerikanischen Verfassung kommt die Rebellion gegen die alte starre europäische Gesellschaftsordnung zum Ausdruck. Das Grundgesetz der Bundesrepublik steht in dieser Glückstradition, die Freiheit meint.

### **Grimm**

Es ist das Recht des einzelnen, das, was er unter Glück versteht, selbst zu definieren. Vorher gab es ein prädefiniertes Glück.

### **Dubiel**

Pursuit of happiness meint in der Tat die Existenz einer glücklichen Gemeinschaft.

### **Hirschman**

Statt generell so etwas wie Gemeinsinn zu empfehlen, sollte man besser fragen: Für welche konkreten Probleme in einer Gesellschaft brauchen wir eine Lösung, und welche Maßnahmen erscheinen dafür geeignet? Gemeinsinn für sich gesehen ist eine inhaltsleere Formel. In Deutschland geht es zum Beispiel nach der Wiedervereinigung darum, wie man die Menschen aus West und Ost wieder zusammenbringen kann. Dafür sollte man Mechanismen und Institutionen suchen, die in der Lage scheinen, das angestrebte Ziel konkret zu unterstützen.

### **Häfele**

Ich greife das auf, was Herr Hirschman eben gesagt hat: Ein Anlaß, unser Thema zu formulieren, war sicher die Herausforderung an den Gemeinsinn durch die Wiedervereinigung. In der Zeit davor brauchten wir uns über Gemeinsinn nicht so sehr viele Gedanken zu machen. Es gab den Ost-West-Konflikt, der den außenpolitischen Rahmen darstellte. Ansonsten ging es uns materiell sehr gut, und unsere politische und gesellschaftliche Ordnung entwickelte sich in Richtung auf immer mehr Individualisierung.

Jetzt auf einmal sehen wir uns einer kolossalen Herausforderung gegenüber, die vom einzelnen und auch von den Institutionen sehr viel an Gemeinsinn fordert. Ich meine aber, daß wir bei der Wiedervereinigung nicht stehenbleiben dürfen, sondern ein wenig weiter in die Zukunft blicken müßten, um die vor uns liegenden Aufgaben zu erkennen und sie in unsere Überlegungen mit einzubeziehen.

Bei der Frage nach dem Gemeinsinn geht es ja auch um so etwas wie Identität: Wer sind wir, und wer sind die Adressaten des Gemeinsinns? Ich halte diese Frage für außerordentlich wichtig, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, daß es seit dem 1. November dieses Jahres eine Europäische Union gibt. Wird dieses Europa eine eigene Identität entwickeln? Oder wird es dabei mehr um neue regionale

Identitäten gehen, wenn ich etwa an eine Region wie Aachen mit Belgien und Holland denke oder im Südwesten zwischen Baden und dem Elsaß?

Ich will noch einen anderen Ansatz erwähnen. Im letzten Heft von "Foreign Affairs" hat mich ein Aufsatz sehr beeindruckt, in dem die These aufgestellt wird, daß es in Zukunft weniger die Nationen und Bündnisse sind, mit denen wir es zu tun haben, als vielmehr Kulturkreise, die Identitäten begründen, die aber zugleich Erklärung und Anlaß für tiefsitzende Konflikte sind. Wir brauchen ja nur an die Ereignisse im früheren Jugoslawien oder an den fundamentalistischen Islam zu denken. Hier stehen uns Konflikte bevor, die zu starken Trennungen und Abgrenzungen führen werden.

Angesichts solcher gravierender Entwicklungen frage ich noch einmal, worauf sich denn der Gemeinsinn richten soll, den ich grundsätzlich bejahe. Er kann schließlich nicht alle Menschen auf dieser Welt gleichermaßen betreffen.

Nun gibt es aber Herausforderungen, die sich in keiner Weise auf die deutsche Gesellschaft beschränken. Dazu gehört etwa das Thema Arbeitslosigkeit, das Herr Sommer ansprach und das heute nahezu alle Länder betrifft. Des weiteren nenne ich die Auswirkungen des global change und der Bevölkerungswanderungen, die uns alle zu schaffen machen werden. In all diesen Fragen ist immer auch das Thema Gemeinsinn angesprochen. Wie grenzen wir dies ab - räumlich und zeitlich? Wieweit sollen denn die Aktionen des Gemeinsinns reichen?

### Jochimsen

Mit dem Begriff Gemeinsinn kann ich jedenfalls sehr viel mehr anfangen als mit Begriffen wie Patriotismus oder Nation, die hier auch schon im Raum schwangen. Herr Häfele hat nun zu Recht nach dem äußeren Rahmen gefragt, der für etwas wie den

Gemeinsinn handlungsleitend sein kann, und es ist in der Tat so, daß dies bei den Problemen, die Sie angesprochen haben, nicht die deutsche Gesellschaft allein sein kann. Auch Herr Stürmer hat ja auf die größeren Zusammenhänge hingewiesen.

Der Nationalstaat eignet sich als Bezugsgröße für Gemeinsinn kaum noch. Nicht nur die Fragen der internationalen Ökonomie oder der militärischen Sicherheit machen dies deutlich, sondern auch das Migrationsproblem und viele andere Herausforderungen unterliegen kaum nationalen Begrenzungen. Das heißt, wir müssen uns sehr viel weiter öffnen und dürfen auch nicht der Versuchung einer Renationalisierung infolge der Wiedervereinigung erliegen.

Herr Biedenkopf hat angedeutet, daß ihm zur Förderung des Gemeinsinns am ehesten eine institutionelle Lösung einfallt. Ich bin da zögerlich und sehe den Ansatz eher in einer größeren Dezentralisierung, die er auch erwähnt hat. Bei einer solchen Rückverlagerung in Regionen und kleinere Handlungseinheiten geht es vor allem um die Wiedergewinnung von Innovationsfähigkeit und von Erneuerungskraft, um die notwendigen Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dies kann meiner Ansicht nach nur von den einzelnen Unternehmen und in den Regionen geleistet werden.

Ich will mich hier nicht über Fehleinschätzungen und Managementfehler in den 80er Jahren in Deutschland verbreiten, Tatsache ist jedoch, daß andere Länder um uns herum auf vielen Gebieten - nicht nur in der Ökonomie, auch in Wissenschaft, Forschung und Technik - aufgeholt haben und wir vergleichsweise nachgelassen haben. Wie läßt sich da Wettbewerbsfähigkeit im weitesten Sinne gewinnen? Dafür ist es unausweichlich, daß wir unsere Bemühungen nicht nur auf Deutschland richten, sondern sehr viel stärker auf europäischer Ebene handeln müssen. Dies ist durchaus kein Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip; denn das, was etwa in der Region nicht mehr geleistet werden kann, muß zentralisiert werden.

Was können jedoch die untergeordneten Einheiten leisten? Ich meine, da ist viel mehr möglich, als wir normalerweise denken. Überschaubare Einheiten vermitteln den Menschen viel eher das Gefühl, etwas bewegen zu können, als anonyme Strukturen mit ihren vielfach vermittelten Planungs- und Entscheidungsregeln dazu in der Lage sind. Herr von Weizsäcker hat zu Recht die Freude an Aktionen des Gemeinsinns angesprochen, die denen zuteil wird, die sich daran beteiligen. Da versäumen wir einiges.

Statt Menschen in den Ruhestand, Vorruhestand oder sogar Vorvorruhestand zu schicken und damit einfach abzuschreiben und auf ihr Wissen und ihren Erfahrungsschatz zu verzichten, müßte man sich sehr viel mehr Gedanken machen, wie man die Betroffenen für die Gesellschaft mobilisieren kann, etwa für den Aufbau Ost. Dies wäre aber nicht im Sinne einer generellen Institutionalisierung oder gesetzlichen Regelung sinnvoll, sondern ließe sich nur in kleinen Gruppen organisieren.

Bei einer Einrichtung wie einem allgemeinen Sozialdienst habe ich große Zweifel, ob sie die Befindlichkeit der Menschen trifft, die ja, wie Herr Klages sagte, Subjekte ihres eigenen Handelns sein wollen. Das Streben nach Glück interpretieren die Menschen eben nicht als Glück der Gemeinschaft, wie in der amerikanischen Verfassung, sondern sie denken dabei schon sehr an ihr persönliches Glück. Aber es gibt viele Beispiele soziale Gruppen, Umweltgruppen und andere;- , wo durch die persönliche Einbindung des einzelnen Hervorragendes geleistet wird.

Wir müssen uns jedoch bewußt sein, daß die Lage für uns alle sehr viel unübersichtlicher geworden ist. Zu einer Idylle der Regionen können wir jedenfalls nicht zurückkehren. Der technische Fortschritt wirkt heute überall gleichzeitig, und er ist zugleich arbeits- und kapitalsparend, auch wenn er zunächst große Kapitaleinsätze erfordert. Worum es heute geht - beispielsweise im Verhältnis mit unseren Nachbarn in Mittelund Osteuropa;- , ist die Entwicklung neuer Möglichkeiten einer interregionalen Arbeitsteilung. Das stellt für unsere Unternehmen eine neue interessante Perspektive dar. Aber die Konsequenzen sind sehr schwer zu übersehen; denn die nationalen politischen Strukturen werden weiter verantwortlich gehalten, etwa für die Lösung der Beschäftigungsproblematik.

Wir erleben im Augenblick, daß die steigenden Arbeitslosenzahlen dem Staat zugerechnet werden, während man sich andernorts - in den Unternehmen, in den Regionen - von der Verantwortung für die arbeitenden Menschen in gewissem Sinne entlastet. Das erfüllt mich mit großer Sorge. Denn auf nationaler Ebene, mit großen umfassenden Modellen, kann gegen die Arbeitslosigkeit kaum etwas gemacht werden. Die Viertagewoche kann allenfalls ein Zwischenschritt sein; sie darf nicht zur Dauerlösung werden. Die konkreten Maßnahmen müssen in jedem Falle unten getroffen werden. All diese Widersprüchlichkeiten aufzulösen, ist sehr viel schwerer geworden, als sich Ende der 80er Jahre abzeichnete.

### **Hirschman**

Ich möchte unterstreichen, was Herr Jochimsen gesagt hat. Wir sollten zunächst die Probleme, die sich uns konkret stellen, eingehend analysieren, um dann zu überlegen, welche Lösungen sinnvoll sind, statt von vornherein festzulegen: Um dieses Problem zu lösen, brauchen wir mehr Gemeinsinn.

In Frankreich spricht man im Commissariat du Plan von der neuen Arbeitslosigkeit als dem "problème de l'exclusion". Der Commissaire Monsieur de Foucault hat jetzt eine Unternehmerkonferenz organisiert unter dem Stichwort "entrepreneurs contre l'exclusion". Dabei wird es um die Maßnahmen gehen, die die Unternehmer selbst ergreifen können, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zumindest nicht durch eigene Aktionen zu verschärfen.

In einem solchen Falle an den Gemeinsinn zu appellieren, würde meiner Ansicht nach nicht sehr viel helfen. Das heißt, für gesellschaftliche Probleme, die entstehen, muß man sich nach Trägern umsehen, die bei der Lösung mithelfen können. In Frankreich gehen heute private Initiativen solcher Art interessanterweise von den sogenannten grand commis de l'état aus. François Bloch-Lainé beispielsweise war einer der bedeutendsten Planer in der Nachkriegszeit in Frankreich. Aber in den letzten Jahren kümmerte er sich vor allem um die non-governmental organizations, die sogenannten NGOs, und deren Aktivitäten. Das entspricht dem Subsidiaritätsprinzip.

Wenn man sich also mit konkreten Problemen beschäftigt, sieht man, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gibt, diese mit neuen Institutionen oder neuen Trägern anzugehen, wobei solche Initiativen dann zentral unterstützt werden können. Eine der großen Errungenschaften der liberalen Marktwirtschaft ist eben, daß sie Wege findet, Eigeninteresse mit Gemeininteresse zu verbinden. Selbstinteresse und Allgemeininteresse schließen sich beim einzelnen Bürger nicht aus und können immer neu kombiniert werden.

### **Grimm**

Wir müssen aufpassen, daß uns der Gegenstand unserer Zusammenkunft nicht entschwindet. Natürlich kann ich mir vorstellen, daß effektive Problemlösungen in bestimmten Bereichen Gemeinsinn überflüssig machen. Wichtig für uns bleibt indes die Frage: Bei welchen Problemen geht es nicht ohne Gemeinsinn?

### **Vollmer**

Herr Hirschman erwähnte die NGOs als mögliche neue Träger. Aber was machen Sie in -Ländern wie in Osteuropa, wo es diesen ganzen Unterbau einer zivilen Gesellschaft gar nicht gibt? Wo suchen Sie da die Träger, auf die sich der Gemeinsinn stützen kann? Oder wer könnten in der dritten Welt die entsprechenden Träger sein?

**Hirschman**

In der dritten Welt haben sich die NGOs in einigen Ländern unglaublich entwickelt. Ich denke beispielsweise an Brasilien und Kolumbien, die mir recht gut bekannt sind. In Osteuropa kenne ich mich nicht gut aus, aber ich kann mir vorstellen, daß die NGOs auch dort ziemlich schnell entstehen und sich bewähren werden.

**Dubiel**

Bei der Frage: "Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" geht es im Grunde um den klassischen Topos der philosophisch gebildeten Kulturkritik von rechts bis links: Daß da eben eine Spannung besteht, weil liberale Gesellschaften mit ihren spezifischen Institutionen, insbesondere des Marktes, nicht selbst Stabilität hervorbringen können. Stabilität, so heißt es, sei für eine gewisse Zeit nur insoweit möglich, als liberale Gesellschaften auf einem Reservoir von vorliberalen, traditionellen Einstellungen fußen: Bereitschaft zu Gehorsam, Duldung, Erziehungsgrundsätzen und dergleichen mehr, die den Individualismus sozusagen begrenzen.

Das, was wir heute erleben, könnte man demzufolge fast als eine "soziale Ökologiekrise" bezeichnen. So wie die Industrie die fossilen Ressourcen verbraucht hat, hat die liberale Gesellschaft gewissermaßen die ethischen Ressourcen aufgebraucht. Und die Situation, vor der wir jetzt stehen, ist: Inwieweit ist es möglich, diese moralischen Ressourcen auf demokratische Weise neu zu bilden? Läßt sich das philosophisch begründen? Ist das beispielsweise durch die Schaffung neuer Institutionen möglich?

Wenn ich nun der Argumentation von Herrn Stürmer folge, dann gehen wir äußerst schweren Zeiten entgegen, wenn wir etwa an die außen - und sicherheitspolitischen Entwicklungen denken oder auch an das, was sich in der Wirtschaft abzeichnet. Die Schlußfolgerung jedoch, die Herr Stürmer daraus ableitet, ist für mich höchst irritierend. Offensichtlich meint er, angesichts dieser Entwicklungen sei es wenig erfolgversprechend, sich eingehende Gedanken über Konzepte zu machen, wie sich auf demokratische Weise so etwas wie Gemeinsinn erzeugen läßt, sei es im Rahmen der Bürgergesellschaft, sei es in der Richtung, die Herr Hirschman vorgeschlagen hat. Offenbar sind das alles nur Seifenblasen einer glücklichen Gesellschaftsepoche.

**Stürmer**

Das habe ich weder gesagt, noch gemeint.

**Dubiel**

Nun, ich hatte den Eindruck, daß Sie auf die Bemühungen der Zivilgesellschaft nicht eben viel geben. Aber gerade angesichts der Konflikte, denen wir uns gegenübersehen, bedarf es solcher demokratischen Konzepte.

**Stürmer**

Eben das ist der Punkt; die reichen jedoch nicht.

**Dubiel**

Aber was ist Ihre Alternative? Soll man den Angehörigen eines Bundeswehrsoldaten, der bei einem UNO-Einsatz getötet wird - Sie nannten dieses Beispiel;-, dann etwas von Patriotismus erzählen? Die Zeiten dürften endgültig vorbei sein. Wir können nur auf demokratische Weise versuchen, die Motivation zu erzeugen, die den Betroffenen einen derartigen Verlust erträglich macht, wenn das überhaupt möglich ist. Deshalb sind solche Überlegungen so ungeheuer wichtig, gerade im Hinblick auf die harten Zeiten, denen wir entgegensehen.

**Stürmer**

Natürlich sind demokratische Formen wünschenswert, um solche Fragen zu beantworten. Aber es gibt nun einmal Probleme, die nicht auf der Ebene der Demokratie zu lösen sind. Demokratie ist eine bestimmte Organisationsform politischer Herrschaft und keine allumfassende Lebensform. Was ich angesprochen habe, sind existentielle Fragen, die unserer Gesellschaft in den letzten 40 Jahren weitgehend erspart geblieben sind und die uns jetzt bedrängen. Außerdem sollten wir nicht übersehen - das macht die Diskussion hier sehr deutlich;-, daß wir in einer Krise der Demokratie stecken. Ihre

Berufung auf demokratische Formen hilft da nicht eben viel; sie können eine Entscheidung legitimieren, aber nicht die Trauernden trösten.

Mein Argument ist, daß wir uns einer neuen Situation gegenübersehen, die Fragen aufwirft, welche sich in den letzten 30 Jahren in unserer wohltemperierten Gesellschaft, der wir nachtrauern mögen, nicht gestellt haben. Damit sind wir alle konfrontiert, nicht zuletzt ein Mann wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Naumann, der uns dazu sicher noch einiges sagen kann.

Demokratische Formen eignen sich jedenfalls nur begrenzt zur Lösung existentieller Probleme.

### **Jochimsen**

Dunkel ist Ihrer Rede Sinn, Herr Stürmer.

### **Stürmer**

Ganz und gar nicht. Wenn wir heute vor der Frage stehen, begründen zu müssen, warum wir Soldaten in Krisengebiete schicken, wo sie der Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind, oder Polizeibeamte bei der internationalen Terrorismusbekämpfung einsetzen, dann sind das andere Tatbestände als die Aufklärung eines Bankraubes. Hier steht unsere Gesellschaft in der Tat vor neuen todernten Begründungszwängen.

### **Sommer**

Es ist sicher richtig, daß dies neue Fragen sind, Herr Stürmer, auf die wir Antworten finden müssen. Aber zu behaupten, dies sei nicht auf demokratischem Wege möglich, halte ich für unzulässig. Es gibt keine existentiellen Fragen in der Demokratie, die nicht auf demokratischem Wege geklärt werden können.

### **Stürmer**

Das ist nun wirklich nicht fair, lieber Ted. Ich habe gesagt, es gibt für die Menschen Probleme einer existentiellen Dimension, die im Wege demokratischer Mehrheitsentscheidungen nicht zu lösen sind. Über Liebe und Tod läßt sich nicht demokratisch entscheiden.

### **Sommer**

Auch über Blut und Eisen wird in der Demokratie demokratisch entschieden.

### **Stürmer**

Das ist richtig unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwesens, und nur so kann es überhaupt geschehen. Aber die demokratische Entscheidung muß auf gute Werte gegründet sein, sonst fehlt die Legitimität. Es gilt hier das berühmte Wort Bismarcks: "Wehe dem Staatsmann ... ". Demokratie kann Entscheidungen Legitimität verschaffen. Aber sie kann die Werte nicht hervorbringen, auf die sie sich bezieht.

### **Hamm-Brücher**

Und da wollen Sie zu den alten Antworten zurückkehren?

### **Stürmer**

Eben nicht. Aber die existentiellen Fragen, um die es jetzt gehen kann, fordern heute Politik und Moral in ganz anderer Weise heraus, als das bisher der Fall war.

### **Biedenkopf**

Ich warne davor, uns hier in einen Scheinkonflikt hineinzumanövrieren. Man kann nicht existentielle Fragen gegen die Demokratie ausspielen. Das ist unzulässig. Man kann allenfalls fragen, ob die vorhandenen demokratischen Institutionen in der Lage sind, solche Fragen zu beantworten. Und wenn man zu dem Ergebnis kommt, das sei nicht der Fall, dann muß mit demokratischen Mitteln versucht werden, die Institutionen entsprechend zu reformieren, damit sie die existentiellen Fragen beantworten können.

Ich vermag auch keine Krise der Demokratie zu erkennen, Herr Stürmer. Was ich sehe, ist, daß wir eine ganze Reihe von Bedingungen, die für die Demokratie unverzichtbar sind, immer weniger erfüllen.

### **Stürmer**

Da stimme ich zu.

### **Biedenkopf**

Das ist aber ein großer Unterschied. Richard von Weizsäcker hat ja gerade daraufhingewiesen, daß Deutschland im Wettbewerb mit weniger demokratisch verfaßten Staaten steht und dabei in der Gefahr steht, wirtschaftlich den kürzeren zu ziehen. Und unsere Antwort kann doch nicht sein: Dann müssen wir eben auch weniger demokratisch werden, damit wir unseren Lebensstandard halten können. Das ist in meinen Augen die größte Gefahr in dieser sich verändernden internationalen Wettbewerbsslage.

Wie viele Unternehmer gibt es inzwischen, die lieber in Singapur investieren, weil sie dort in kürzester Frist eine Genehmigung erhalten. Aber unter welchen Bedingungen vollziehen sich in diesen Ländern die Entwicklungen? Dafür können wir nicht die Demokratie verantwortlich machen.

### **Pollack**

Ich kehre zu der Frage zurück, wie man die moralischen Ressourcen mobilisieren oder wie man die Lust am Gemeinsinn wecken könnte. Herr Hirschman hat dafür eine Richtung angedeutet, der ich mich anschließen würde: Wahrscheinlich nicht dadurch, daß man ein Problem direkt angeht, sondern indem man nach indirekten Lösungswegen sucht.

Ich möchte dabei eine Unterscheidung treffen, nämlich die zwischen kulturellen, regionalen, weltanschaulichen Identitäten auf der einen und privaten Interessen auf der anderen Seite. Meine These ist, daß sich Gemeinsinn am ehesten dann ausbildet, wenn private Interessen und kulturelle, regionale Identitäten - wie auch immer - eine Verbindung eingehen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß sich Interessen isolieren und dann zum Beispiel gesellschaftliche Institutionen dazu benutzt werden, um lediglich private Zwecke zu erfüllen.

Umgekehrt gibt es genauso die Gefahr, daß man den Gemeinsinn sozusagen als Banner vor sich her trägt und in kleinen Bekenntnisgemeinschaften oder Basisgruppen Gemeinsinn pflegt, ohne aber in der Lage zu sein, in die politische Landschaft hineinzuwirken. Solche kleinen Gemeinschaften, die meist über einen Überfluß an Gemeinsinn verfügen, sind oft weit entfernt von jeglicher politischer Durchsetzungsfähigkeit und sind daher unfähig, Interessen wirksam zu vertreten.

Zu fragen wäre, ob Institutionen denkbar sind, in denen das persönliche Interesse gefragt ist und gewissermaßen auf einem Umweg über die Verwirklichung persönlicher Interessen dann so etwas wie Gemeinsinn entsteht. Dafür gibt es in Ostdeutschland zweifellos einige positive Erfahrungen. Ich denke beispielsweise an die ehemaligen Bürgerbewegungen, deren Mitglieder größtenteils in die kommunalen Verwaltungen hineingegangen sind, in Parlamente, Parteien, politische Institutionen und neugegründete Bürgervereine. Das heißt, daß sie sich institutionalisiert haben, und nun erleben sie, daß man über Institutionen einiges bewirken kann - eine vollkommen neue Erfahrung: Während sie vordem vergeblich versucht haben, die Gesellschaft zu verändern, machen sie jetzt die Erfahrung, daß sie auf diese Weise eine ganze Menge bewegen können.

Das heißt, diese Leute sind durchaus persönlich motiviert und verfolgen auch ihre persönlichen politischen Interessen. Aber das Ergebnis ist ein höheres Maß an Gemeinsinn. Wenn man hingegen versucht, Gemeinsinn auf direktem Wege zu schaffen, stellt sich sofort die Frage, worin denn die gemeinsamen Werte bestehen und worum es beim Gemeinsinn jeweils konkret gehen soll, wie ja auch Frau Vollmer und Herr Beier gefragt haben. Und da gehen die Meinungen dann wahrscheinlich auseinander.

### **Hamm-Brücher**

Ich knüpfe an das Beispiel von Herrn Pollack der früheren Bürgerrechtler an. Müßte unser Thema nicht besser heißen: Wieviel Verantwortung braucht eine liberale Gesellschaft? Gemeinsinn ist gewissermaßen eine Unterabteilung von Selbstverantwortung und Mitverantwortung, die für die Zukunft einer liberalen Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung sind, worauf auch Herr Biedenkopf hingewiesen hat.

Um ein Beispiel zu nennen: Ich halte es geradezu für absurd, daß wir in unserer liberalen Gesellschaft ein staatliches Schul- und Hochschulmonopol haben. Wieviel an Innovationsfähigkeit ließe sich wecken, wenn wir Verantwortung wieder stärker delegieren und einer Institution wie der Schule übertragen würden. Wie kann ein Lehrer, der seinen Unterricht nach irgendwelchen starren Regeln abhalten muß junge Menschen in einer Weise erziehen, daß sie sich in einer liberalen Gesellschaft bewähren können? Oder denken Sie an die Innovationsunfähigkeit unserer Universitäten, die sich in ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Ministerium eingerichtet haben und von denen so gut wie keine eigenverantwortlichen Impulse ausgehen.

Ich verstehe auch nicht, warum wir Wohlhabenden nicht für unsere Kinder Studiengebühren bezahlen können. Ich sehe dabei nach Amerika. Warum müssen die Schulbücher und der Schulbus für alle Eltern kostenlos sein? Derartige Dinge ließen sich ohne weiteres korrigieren und wären ein Beitrag, um in unserer liberalen Gesellschaft wieder das Bewußtsein für mehr Verantwortung zu wecken.

Deshalb würde ich auch sehr für die Idee der Zivilgesellschaft kämpfen, Herr Stürmer. Was machen wir eigentlich mit der überwiegenden Mehrheit unserer Bürger, die sehr wohl demokratisch und politisch interessiert sind, sich aber nicht in den Parteien engagieren wollen, weil sie deren Rekrutierungsverfahren für ihre Eliten ablehnen? Auch bei unseren politischen Eliten fehlt es an Innovationsfähigkeit.

Was wir jetzt wieder mit der Kandidatenaufstellung erleben, und zwar in allen Parteien, ist ein reines Jammerspiel. Das kann doch so nicht weitergehen. Nicht einmal vier Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder in den Parteien, und von denen sind wiederum nur etwa zehn Prozent wirklich aktiv. Die Entscheidungen fallen "Elefanten" in kleinen Nebenzimmern. Der Kreislauf zwischen "Basis" und Führung funktioniert nicht mehr, und den müßten wir erneuern.

### **Stürmer**

Dagegen habe ich gar nichts.

### **Hamm-Brücher**

Nun, Ihre Skepsis gegenüber der Zivilgesellschaft war doch unüberhörbar.

Es gibt durchaus genügend informierte und motivierte Menschen, die aber nicht zum Zuge kommen und die wir dringend brauchen, wenn wir die Innovationsfähigkeit in unserer Demokratie zurückgewinnen wollen.

Die Bürgergesellschaft muß auch als eine Art Korrektiv für die politischen Parteien wirken und Kontrolle ausüben. Einiges ist da auch korrigiert worden - beispielsweise über die Presse;-, der Überanspruch der Parteien auf die Demokratie ist ein wenig eingedämmt worden.

Wie kann sich Gemeinsinn entfalten? Da bin ich wie Antje Vollmer und auch Richard von Weizsäcker der Meinung, daß wir über so etwas wie ein soziales Jahr ernsthaft nachdenken sollten. Dabei soll nicht von oben verordnet werden, wo sich ein junger Mensch in dieser Zeit betätigen und bewähren soll. Er oder sie kann selbst entscheiden, ob es ihn oder sie eher in die dritte Welt, ins Altenheim, in die Behindertenarbeit oder auch in die Bundeswehr zieht. Wir meinen gerade nicht "Arbeitsdienst", wie ich ihn einst nach dem Abitur im Vogtland beim Ernteeinsatz ableisten mußte.

Ich würde jedenfalls eine solche Verpflichtung in unserer liberalen, nicht nur wohlversorgten, sondern geradezu übertersorgten Gesellschaft für alle jungen Männer und Frauen befürworten, obwohl ich mir mit diesem Vorschlag schon sehr viel Kritik eingehandelt habe. Ich sehe auch nicht ein, daß nur noch ein paar tausend junge Männer zur Bundeswehr gehen, während die anderen darum herumkommen. Dies widerspricht elementar dem Grundsatz der Gleichbehandlung.

### **Kohler**

Je länger ich hier zuhöre, um so mehr halte ich die Frage: "Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" eher für ein Symptom als für eine diagnostisch fruchtbare Perspektive. Denn die Fixierung auf den Begriff "Gemeinsinn" macht es nicht leicht, die analytisch-deskriptiven von den praktisch-normativen Aspekten zu trennen. Also einerseits die Fragen vom Typus: "Was eigentlich konstituiert das, was wir Gemeinsinn nennen?" zu stellen, andererseits die Fragen von der Art: "Was muß geschehen, damit die liberale Gesellschaft zwischen ihren verschiedenen Gruppierungen nicht zerbricht?"

Mir scheint, die Berufung auf Gemeinsinn erfolgt allzuoft in der Weise, daß man meint, damit Problemlösungen anbieten zu können, bevor die Probleme genügend durchdacht sind. Und für eine



Analyse halte ich eben für unerlässlich, die Frage der Hintergrundkonsense zu verfolgen. Mit anderen Worten: daß "Gemeinsinn" ein Problem geworden ist, hängt vor allem daran, daß bisher leitende Hintergrundkonsense auf verschiedenen Ebenen aus unterschiedlichen Gründen zerbrochen oder bröckelig geworden sind. Unter Hintergrundkonsensen verstehe ich geltende Politikmuster, die ein Vorverständnis und eine Minimalsolidarität zwischen den Parteien ausprägen, auf dessen Grundlage die Konflikte "teilbar" ausgetragen werden können.

Wo ich Herrn Dubiel nicht zustimme, ist seine These, daß wir so etwas wie eine "ethische Ökologiekrise" erleben. Jedenfalls glaube ich nicht, daß heute die Bereitschaft der Menschen, etwas für die Gemeinschaft zu tun, sehr viel geringer geworden wäre. Ich glaube nicht, daß vor lauter Individualismus niemand mehr zugunsten des Kollektivs gewisse Lasten auf sich zu nehmen bereit ist. Ich denke, das Problem besteht nicht im ethischen Potential, sondern in der inhaltlichen Bestimmung der an sich vorhandenen Bereitschaften. Wofür soll man sich einsetzen; für welche Ziele und in welcher Rangordnung? Hier steckt die Malaise: Die Bereitschaft kann nicht mehr an selbstverständlich einleuchtende Politikmuster anschließen. Wenn diese Feststellung aber zutrifft, dann sollte überlegt werden, in welchen Bereichen die Konsense ausgefallen sind und inwieweit sie sich in entsprechenden Debatten restituieren lassen. Damit wäre dann auch an Herrn Dubiels Plädoyer für die Zivilgesellschaft anzuknüpfen.

Zum einen ist der Hintergrundkonsens zweifellos im Sozialstaatsbereich zerbrochen. Das schien mir das Thema von Herrn Biedenkopf zu sein. Die bisherigen Möglichkeiten, über staatliche Institutionen gewisse Risiken der Existenzsicherung abzudecken, sind nicht mehr ohne weiteres verlängerbar. Dieses Thema ist ziemlich alt; es wird im Grunde seit Beginn der achtziger Jahre diskutiert, und zwar sowohl von liberaler als auch von grün-ökolibertärer Seite her. Stichwort: Entstaatlichung.

Damit hängt zweitens zusammen, daß die Legitimität der Gesellschaft nicht mehr wie bisher einfach durch materielle Wohlstandssteigerungen zu gewährleisten ist. Dies wurde bereits in den siebziger Jahren unter dem Schlagwort "Legitimationskrise des Spätkapitalismus" debattiert. Sicher verfrüht; denn in den folgenden Jahren war man ja durchaus in der Lage, Legitimität weiterhin durch Wohlstandsgewinne abzusichern. Jetzt ist aber der Punkt erreicht, den O'Connors unter dem Rubrum der "Fiskalkrise des Staates" prognostiziert hat. Damit erscheint der innenpolitische Konsens der "sozialdemokratischen Marktgesellschaft", der von 1950 bis 1990 im großen und ganzen bestanden hat, objektiv veraltet - und ist also mit den diskursiven Mitteln liberaler politischer Öffentlichkeit neu zu erarbeiten.

Drittens schließlich das, was Herr Fest und Herr Stürmer erwähnt haben und was eine direkte Folge der Ereignisse von 1989 ist: das Zerschneiden des internationalen politischen Konsenses des kalten Krieges. Dies macht es nötig, zum einen wieder über die Kategorie des "nationalen Interesses" grundsätzlicher als bisher nachzudenken, und zum anderen über Militäreinsätze außerhalb der bisherigen Rahmen zu diskutieren. Gleichzeitig zur "Wiederkehr des Nationalen" wird also auch die nationalstaatliche Option in Frage gestellt, da gewisse Dinge offenbar nur noch auf der Ebene von internationalen Großrauminstitutionen behandelbar sind.

In allen drei Problemkreisen - man könnte weitere nennen - sind geltende Politikmuster fraglich geworden, und es ist kein Verlaß mehr auf die bisher leitenden Hintergrundkonsense. Worum es mir geht, ist, daß man hier nicht vorschnell auf Gemeinsinn rekurrieren darf. Zunächst sind die Probleme zu analysieren. Dann müssen einleuchtend neue Politikmuster im Rahmen der Institutionen und Traditionen unserer Rechtsund Verfassungsstaatlichkeit erarbeitet werden - und wenn das geschehen ist, stellt sich auch der Gemeinsinn in seiner praktischen Relevanz ganz von selber wieder ein.

## Oetker

Ich bin nicht sicher, Herr Kohler, ob sich der Gemeinsinn irgendwann von selber einstellt.

Ich will zwei sehr verschiedene Zugänge zum Thema Gemeinsinn vornehmen und mich dabei zum einen als Vater, zum anderen als Unternehmer sehen. Der Vater kommt morgen abend nach Hause und bringt seinen zwei kleinen Kindern einen Beutel Gummibärchen mit, die sie sich teilen müssen. Sie sollen also lernen, daß nicht einer alles bekommt. Diese unmittelbare Erfahrung des Teilens müßens fehlt heute, in den meisten Familien, die nicht mehr wie ich fünf Kinder, sondern in den überwiegenden Fällen nur noch eines haben - wenn überhaupt. Vielleicht liegt einer der Gründe für unsere sehr viel härteren Verteilungskämpfe darin, daß diese Erfahrung des Teilens von klein auf bei den meisten Menschen fehlt.

Wenn die Familie solche Dinge nicht mehr vermitteln kann, wie steht es dann um Beziehungsformen wie die Freundschaft oder das Miteinander in einem Verein? Kommt es heute also auf derartige

Gruppen an, wenn ein übergeordneter Begriff wie Gemeinschaft fragwürdig geworden ist? Wichtig scheint mir vor allem, wie weit es noch gelingt, den Dialog in unserer Gesellschaft zu organisieren, der eine Voraussetzung für Gemeinsinn ist und der möglicherweise neu zu organisieren ist.

Wie steht es um den Unternehmer in mir? Wir sind dabei, in unserem Unternehmen die Arbeit völlig neu zu organisieren. Herr Jochimsen hat daraufhingewiesen, daß das Kapital heute ungeheuer mobil und weltweit verfügbar ist. Das gleiche gilt aber auch für Innovation und technischen Fortschritt - das ist vielen noch nicht so bewußt;-, die ebenfalls global verfügbar sind, und zwar mit einer weit größeren Schnelligkeit, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Wir sind also dabei - das ist eine Teilantwort an Herrn Beier;-, viel globaler zu denken.

Das sogenannte "global sourcing" gilt im übrigen nicht nur für Großunternehmen. Heute versuchen bereits viele Mittelständler, nicht nur Europa als "Einheit" zu begreifen, sondern ebenso ihre Geschäfte beispielsweise nach Südostasien auszuweiten, je nachdem, in welcher Branche sie tätig sind. Die Organisation der Arbeit stellt sich heute also auf globalere Perspektiven ein.

Das führt etwa dazu, daß wir die Prozesse der bisherigen Massenfertigung verändern und die Arbeit auf Gruppenprozesse umstellen. Das heißt, die neue Arbeitsorganisation setzt stark auf die Bildung von Arbeitsgruppen. Des weiteren gewinnt das Prinzip der vorübergehenden Rotation zunehmend an Bedeutung - Mao läßt grüßen;-, wie es Lopez bei VW jetzt praktiziert. Mitarbeiter aus allen Ebenen werden für einige Wochen in andere Abteilungen versetzt und gehen dann wieder zurück. Auf diese Weise wird die Dialogfähigkeit zwischen den Abteilungen und Bereichen verstärkt und zugleich die Innovationskraft und die Produktivität eines Unternehmens erhöht, die es braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Natürlich müssen wir differenzieren; denn die globalen Entwicklungen stellen nur einen Teilbereich dar, für die wir in der Tat globalere Lösungsformen brauchen. In anderen Gebieten müssen wir uns auf Europa konzentrieren und dabei auch Osteuropa mit einbeziehen. Da ist wiederum eine andere Organisationsform erforderlich.

In diesem Zusammenhang nur eine Randbemerkung, die Sie vielleicht überraschen wird. Der Europäische Fußballverband ist jetzt dabei, eine Europaliga zu schaffen. Wenn schon die gemeinsame europäische Währung auf sich warten läßt, dann sollte wenigstens der Fußball mit seiner enormen Massenausstrahlung vorangehen. Ich nehme an, daß das im nächsten Jahr kommen wird.

Es kommt mir darauf an zu begreifen, daß wir in einem neuen erweiterten Europa neue Organisationsformen finden müssen, auch und vor allem in der Wirtschaft, um wieder zu mehr Beschäftigung zu gelangen. Es müssen übrigens nicht notwendigerweise ganz neue Institutionen oder Organisationen geschaffen werden, Herr Biedenkopf. Ich bin gar nicht so pessimistisch, daß sich die bestehenden Organisationen unter dem Druck der Verhältnisse nicht noch ändern können.

### **Hamm-Brücher**

Warum erneuern sich unsere Universitäten nicht? Die sind doch auch stark unter Druck geraten.

### **Oetker**

Die Frage ist sehr berechtigt, Frau Hamm-Brücher. Ich konnte noch studieren, wo, was und wie lange ich wollte. Meine 17-jährige Tochter kann dies alles nicht mehr frei wählen.

Wir überlegen jetzt, ob sie nicht besser im Ausland studieren sollte. Es will mir auch nicht in den Kopf, daß wir an unseren Hochschulen nicht eine höhere Flexibilität erreichen, beispielsweise die Studienzeiten verkürzen, ohne die Qualität der Ausbildung zu verschlechtern. Daran müssen wir in der Tat ganz entschieden arbeiten.

Schließlich möchte ich Ihnen zum Thema Gemeinsinn nur noch einen kleinen, sehr emotionalen Eindruck vermitteln. Ich habe vorgestern in Köln Jessy Norman erlebt, die uns alle besonders mit einem Lied tief berührt hat, als sie zum Abschluß sang: I have got the whole world in my hand. Da war etwas angesprochen, das Individualismus und Gemeinsinn gleichsam in einer Symbiose verband. Ich meine, daran könnten wir alle teilhaben, wenn es uns gelänge, den Konflikt zwischen Individuum und Gemeinschaft aufzulösen.

### **Michalski**

Wenn man Gemeinsinn als institutionalisierte Solidarität definiert, wie es bei Herrn Biedenkopf anklang, dann ist Amerika sicher kein besonders gutes Beispiel für Gemeinsinn. Dies macht nicht nur die Kommunitarismus-Debatte in Amerika deutlich - im Grunde ein Streit unter

Universitätsprofessoren;- , sondern da geht es um ein vitales Problem der amerikanischen Gesellschaft.

Es hieß hier, dem Begriff der Nachbarschaft komme in Amerika große Bedeutung als Grundlage des Gemeinsinns zu. Ich meine, dabei kommt es darauf an, wo Sie in Amerika übernachtet haben. In Boston im Big Bay oder in einem suburb mag das so sein, aber in Roxbury oder in Harlem in New York wird sie wahrscheinlich kein Nachbar freundlich begrüßen, und es wäre besser, Sie würden eine Waffe bei sich haben. Etwa 25 Prozent der Bevölkerung lebt getrennt von der Gesellschaft, und der Erfolg, diese Menschen mit einzubeziehen, ist nicht eben groß. Die Frage ist also in der Tat: Wer gehört dazu, wenn wir den Rahmen für Gemeinsinn abstecken?

Die Frage: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? ist, meine ich, nicht mit der Lösung konkreter Probleme zu beantworten. Die Frage ist insofern nicht abstrakt, sondern von erheblicher gesellschaftspolitischer Relevanz, weil - Herr Dubiel hat daraufhingewiesen - die Fundamente der liberalen Gesellschaft historisch gewachsen und nicht von ihr selbst geschaffen worden sind. Das setzt auch ihrer Reformierbarkeit Grenzen.

Diese historischen Fundamente sind jetzt offensichtlich in Frage gestellt, und zwar nicht von irgendwelchen Bösewichtern, sondern durch die Entwicklung selbst. Die Frage ist also, ob die Mechanismen, die nötig waren, damit sich überhaupt eine liberale Gesellschaft entwickeln konnte, noch wirksam sind.

Wenn wir hier über Gemeinsinn oder Solidarität - nicht staatlich organisiert - sprechen: Wie weit soll dies dann reichen? Wollen wir damit die ganze Gesellschaft abdecken oder nur Teilbereiche? Wenn Sie an Gesellschaften wie die in Kanada denken, dürfte es durchaus problematisch sein, von einer staatlichen oder gesellschaftlichen Einheit im Sinne von Gemeinsinn auszugehen. Auch in den Vereinigten Staaten ist es sicher schwierig, die ganze Gesellschaft als eine gemeinsame Sache zu betrachten. Wenn das aber nicht möglich ist, besteht die Gefahr des Auseinanderbrechens.

Richtet man sich mit dem Gemeinsinn jedoch an alle, die in einer solchen Gesellschaft leben, dann stellt sich das Problem der gewachsenen historischen Gemeinsamkeiten, die immer auf Ausschlußmechanismen beruhen: Wer gehört dazu und wer nicht? In Kalifornien sprechen in manchen Schulen 80 Prozent der Kinder kein Englisch, weil sie eine ganz andere Herkunft aufweisen. Dort entstehen natürlich auch Probleme mit den Nachbarschaftsverhältnissen, wenn Menschen mit bestimmtem sozialen und historischen Background plötzlich mit Institutionen und Umgebungen konfrontiert werden, die ihnen fremd sind.

Es entstehen also konkrete gesellschaftliche Probleme eben dadurch, daß der historisch gewachsene, unausgesprochene Konsens in einer Gesellschaft in Frage gestellt wird, weil jetzt Menschen, die aus ganz anderen historischen Bezügen stammen, hinzukommen. Das ist nicht einfach zu bewältigen. So wie ich es in Amerika erlebe, wird es auch in Deutschland nicht leicht sein, mit all den neuen Wanderungsbewegungen, insbesondere aus dem Osten, fertig zu werden. Auch da stellt sich die Frage: Wen von den Menschen, die Sie in Ihren Staat hineinlassen, nehmen Sie in Ihre Gemeinschaft mit hinein?

### **Klages**

Mit welcher Bereitschaft zum Gemeinsinn können wir eigentlich rechnen angesichts des gestiegenen Individualismus? Lassen Sie mich dazu einige Ergebnisse empirischer Untersuchungen referieren, die für unsere Diskussion interessant sein dürften. Sie zeigen, wie ich meine, daß Bereitschaften bestehen, die, wenn sie. Institutionen aufgenommen würden, die gesellschaftliche Effektivität enorm steigern könnten.

Abgesunken ist - das wissen wir alle - die Akzeptanz von Autorität und traditionellen Vorgegebenheiten. Gestiegen ist hingegen das Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Ich sagte vorhin, die Menschen wollen Subjekt des eigenen Handelns sein.

Gestiegen ist aber interessanterweise auch die Bereitschaft zur Selbstverantwortung, und zwar durchaus in Rollenzusammenhängen von Organisationen. Das heißt, die Übernahme von verantwortlichen Tätigkeiten in Organisationen wird keineswegs grundsätzlich abgelehnt.

Gestiegen ist erstaunlicherweise weiterhin die Bereitschaft zur Selbstdisziplin. Während die traditionale außenbestimmte Disziplin gesunken ist, hat sich die Bereitschaft zur selbstgesteuerten Disziplin erhöht, also die Bereitschaft, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, sich im Hinblick auf angestrebte Erfolge zu disziplinieren und dafür auch Durststrecken durchzustehen. All dies hat zugenommen.

Das ist aber keineswegs alles: Gestiegen ist das Interesse an der Ausfüllung von erweiterten Handlungsspielräumen. Herr Oetker hat dies beim Thema Arbeitsorganisation angesprochen. Es werden gegenwärtig in der Industrie in der Tat interessante Konzepte entwickelt, beispielsweise im Rahmen moderner Personalentwicklung. Man hat entdeckt, daß bei den Mitarbeitern ein Potential vorhanden ist, das größtenteils noch gar nicht genutzt wird.

Gestiegen ist erstaunlicherweise - trotz der gesunkenen Akzeptanz traditionaler und formaler Autoritäten - die allgemeine Normakzeptanz.

Gestiegen ist auch die Bereitschaft, unter motivierenden Bedingungen Leistungen zu erbringen. Ich unterstreiche dabei: Unter motivierenden Bedingungen; es geht also nicht einfach um die protestantische Leistungsbereitschaft im traditionellen Sinne - die ist gesunken.

Gestiegen ist weiter die Vertrauensbereitschaft. Die Frage, ob man der Mehrheit der Menschen vertrauen kann, wird - auch dies mag überraschen - seit den 50-er Jahren bis heute zunehmend mit "ja" beantwortet.

Sehr stark gestiegen ist seit den 50-er Jahren die Bereitschaft zur Achtung vor dem Mitmenschen und zur Toleranz.

Erhöht hat sich gerade in letzter Zeit, in Verbindung mit den Brandanschlägen, die Akzeptanz von Ausländern, auch wenn sie ihre eigene Identität beanspruchen, das heißt, nicht von vornherein auf Integration in unserer Gesellschaft aus sind.

Gestiegen ist im Grunde auch, was weithin übersehen wird, die grundsätzliche Bereitschaft, in kritischen Situationen Bedürfnisse und Ansprüche zurückzunehmen. Das haben Umfragen bereits Ende der 70-er Jahre und zu Beginn der 80-er Jahre in der damaligen kritischen Situation deutlich gemacht. Dies betrifft auch die Bereitschaft in der Bevölkerung, Teile des Sozialstaates zu opfern. Diese Bereitschaft, die politisch kaum umgesetzt wurde, war von jeher erstaunlich hoch, obwohl die grundsätzliche Bejahung des Sozialstaates stetig angewachsen ist.

Gestiegen ist schließlich - das ist ein sehr starker Trend - die Bejahung der institutionellen Grundlagen der Demokratie. In Verbindung hiermit hat das politische Interesse zugenommen und auch die Bereitschaft zu - allerdings spontaner - politischer Partizipation; das heißt also nicht die Bereitschaft, irgendwelche formalen Rollen in politischen Parteien auszuüben. Die Rollen, die von den Parteien angeboten werden, sind generell uninteressant. Das verwundert auch nicht weiter, wenn man sieht, wie gering die Mitwirkungsmöglichkeiten selbst von Parteimitgliedern im Durchschnitt heute sind.

Ich meine, es ist wichtig, einmal alle diese weitgehend ungenutzten Bereitschaften aufzuzeigen, an die man normalerweise nicht denkt, wenn man nur das Ansteigen des Individualismus wahrnimmt. Es ist zweifellos falsch, die zunehmende Individualisierung nur asozial und individualegoistisch auszudeuten und den Menschen ein Verhalten zu unterstellen, das generell von den Institutionen wegführt. Das gilt lediglich für die bestehenden Institutionen, die eben nicht mehr in der Lage sind, ein Potential zu nutzen, das bei den Menschen vorhanden ist. Wenn man die Dinge richtig angehen würde, ließe sich eine Sozialenergie für die Gesellschaft frei machen, die weitaus stärker ist, als sie es jemals in der Vergangenheit war - wenn ich einmal von emphatischen Zwischenperioden absehe, wo die Massen temporär für eine politische Idee zu begeistern waren.

### **Grimm**

Das sind ausgesprochen wichtige Informationen, Herr Klages, und die Frage ist zweifellos interessant: Was hindert eigentlich an den bestehenden Institutionen, daß dieses Potential besser genutzt wird, und welche neuen Institutionen sind denkbar, die dazu in der Lage sind?

### **Biedenkopf**

Einstein hat auf diese Frage geantwortet, das sei wie bei fehlentwickelten wissenschaftlichen Theorien: Eine Organisation, die sich in die falsche Richtung entwickelt hat, kann dies nicht aus sich selbst heraus wieder korrigieren. Das geht nur, wenn sie eine Dimensionserweiterung oder eine grundlegende qualitative Veränderung erfährt.

Für mich ist jedenfalls die Feststellung von Herrn Klages, daß Potentiale durchaus vorhanden sind, aber von den Institutionen nicht genutzt werden, überhaupt nicht überraschend. Wir erleben das jeden Tag.

### **Grimm**

Das korrespondiert mit allen Erfahrungen der Institutionenforschung: Institutionen ändern sich nur unter Schock. Staatliche Institutionen werden zwar, wenn neue Bedürfnisse aufkommen, erweitert, aber die alten Aufgaben werden nicht remodelliert.

### **Hamm-Brücher**

Sie müssen Konkurrenz schaffen!

### **Weinrich**

Wenn sich die Institutionen nicht oder nur unter Schock ändern, dann stellt sich aufs neue die eingangs von Herrn Biedenkopf aufgeworfene Frage nach neuen Institutionen, in denen möglicherweise Gemeinsinn geweckt oder - wenn er sich frei floatend durch unsere Gesellschaft bewegt - aufgefangen und kanalisiert wird. Ich möchte versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu geben und begeben mich dabei auf vermintes Gelände, auf das schon andere Teilnehmer dieser Runde den Fuß oder die Fußspitze gesetzt haben: Frau Hamm-Brücher, Frau Vollmer, Herr Hirschman.

Erlauben Sie zwei Vorbemerkungen. Erstens würde ich in diesem Diskussionsbeitrag statt des mir etwas altväterlich klingenden Wortes "Gemeinsinn" lieber von "Solidarsinn" sprechen.

Zweitens. Wenn man sich gelegentlich und viel zu selten fragt, was die alte Bundesrepublik eigentlich an Vorzügen hervorgebracht hat, kann man sicher eine ganze Reihe aufzählen: die Deutsche Mark mit der Bundesbank, den Föderalismus, den Bürger in Uniform, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und vieles andere mehr. Eines möchte ich nun in unserem Zusammenhang besonders erwähnen, das ich für eine großartige Erfindung der alten Bundesrepublik halte, nämlich den Zivildienst. Dabei nimmt es der Genialität des Zivildienstes nichts, daß er nicht durch eine "intentio recta", sondern durch eine "intentio obliqua" zustande gekommen ist. Nicht die Leistung zivilen Dienstes war die eigentliche Intention, sondern die Verpflichtung zum Wehrdienst sollte abgewehrt werden. Aus dem "Ersatzdienst", wie er ursprünglich hieß, ist dann der Zivildienst geworden, und dabei ist tatsächlich ein hohes Maß an Gemeinsinn, an Solidarsinn entstanden.

Meine Frage ist: Wäre es in der Bundesrepublik nicht möglich, entweder den bestehenden Zivildienst so auszuweiten, daß er auch einen anderen Personenkreis aufnehmen kann, oder diesem Zivildienst einen anderen Solidardienst an die Seite zustellen? Ich bin nämlich der Auffassung, daß man Solidarsinn ohne Solidardienst nicht haben kann.

Damit würde ich dann einige Voraussetzungen verbinden. Erstens sollte dieser Solidardienst keine Dienstverpflichtung sein, keine gesetzliche Verpflichtung, sondern soviel Zeit dabei zu verbringen. Zweitens sollte er - um dies in aller Deutlichkeit zu sagen nicht kaserniert sein. Drittens sollte er nicht auf das männliche Geschlecht beschränkt sein.

Natürlich bin ich mir bewußt, hier ein Minenfeld zu betreten. Da liegt zum einen die gefährliche Mine "Arbeitsdienst". Ich bin selber im Jahre 1945 noch Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes gewesen und weiß, wovon ich spreche. Er gehört zu meinen scheußlichsten Erinnerungen, die auch durch Erinnerungen an Kriegsdienst und Gefangenschaft nicht überboten worden sind. Ich will aber daraufhinweisen, daß der Arbeitsdienst nicht eine Erfindung Hitlers gewesen ist, sondern von dem jüdischen Soziologen Eugen Rosenstock-Huussy stammt.

Die zweite, vielleicht noch gefährlichere Mine heißt "zweiter Arbeitsmarkt", was auf jeden Fall verhindert werden müßte. Der Aufgabenbereich eines solchen Solidardienstes müßte in Anlehnung an den Zivildienst in den klassischen Bereichen des Helfens, Pflegens, Heilens liegen. Vielleicht unter sehr umgrenzten Bedingungen auch beim Lehren, wobei ich mehr an handwerkliches Lehren, an Meisterlehre etwa, denke, als an formalisiertes Lehren im Sinne unserer Schulen und Universitäten.

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß ein Solidardienst dieser Art durch einen Gesetzgebungsakt eingerichtet werden sollte. Vielmehr sollte man zunächst an einer bestimmten Stelle eine freiwillige Institution ins Leben rufen, um zu sehen, welche Attraktion sie ausübt, beispielsweise auch auf jüngere und ältere Arbeitslose. Es brauchte des weiteren nicht eine nationale Organisation zu sein, sie könnte ebenso regional ausgerichtet sein. Es könnte auch eine übernationale Organisationsform sein; dabei geht mir dann die Sache mit dem Friedenskorp durch den Kopf.

Es gibt also eine Reihe von durchaus positiven Institutionen in der Welt, an denen man sich orientieren könnte. Selbst die Heilsarmee würde ich nicht bei diesen Überlegungen ausschließen. Ich habe sehr viel Respekt vor einer solchen Organisation.

Ich meine, es wäre einen Versuch wert, zumindest an einer bestimmten Stelle - auch Stiftungen könnten sich daran versuchen - einmal eine derartige Organisationsform zu schaffen, zu der übrigens eine deutliche Sichtbarkeit gehören müßte. Es müßte also ein Stützpunkt, ein Haus vorhanden sein, das auch für bestimmte kulturelle Initiativen offen wäre.

### Naumann

Ich wäre fast versucht, auf das Minenfeld, das Herr Weinrich ausgebreitet hat, aufzusteigen; aber statistische Erfahrung lehrt Soldaten, daß der fünfte, der in ein Minenfeld geht, aufs höchste gefährdet ist, wenn die ersten vier es einigermaßen heil überstanden haben.

Ich vertrete ja, wie sichtbar, eine Institution, die sich an sich - statistisch gesehen - einer hohen Zustimmung erfreut, bei der es aber immer wieder Fälle gibt, in denen Ablehnung deutlich wird, nämlich dann, wenn man persönlich davon betroffen ist, wenn es darum geht, Pflichten ganz persönlich auszuüben und auch ganz persönlich Risiken zu übernehmen. Das ist letztlich unser eigentliches Problem: Wir sind eine Institution, bei der der Gemein Sinn darin zum Ausdruck kommt, daß man bereit ist, Pflichten für andere zu übernehmen, auch unter Gefahr für das eigene Leben.

Wenn ich darüber nachdenke, was man von den jungen Menschen gesprächsweise erfährt, dann stellt man etwa fest, daß es bei ihnen eine große Sehnsucht nach Geborgenheit in einer Gruppe gibt. Dort fühlen sie sich hingezogen. Daraus kann man durchaus die positive Grundeinstellung ableiten, daß sie bereit sind, Individuen zu schützen, auch unter Inkaufnahme von Risiko. Es gibt ebenso einen ausgeprägten Willen zu helfen und zu teilen. Die jungen Leute sind des weiteren sehr willens, sich einer Führung zu unterwerfen, wenn sie davon überzeugt sind, daß die Person, die sie führt, bereit ist, das gleiche auf sich zu nehmen, was sie von den Geführten verlangt.

Aus all dem schließe ich, daß sie bereit sind, sich in eine Gemeinschaft einzubringen und für diese Gemeinschaft auch gerne etwas tun. Aber es sind personale Gründe und nicht irgendwelche übergeordneten Ziele, denen sie sich verpflichtet fühlen. Die fehlende Identitätsbildung durch Ziele ist nicht zuletzt sicher darauf zurückzuführen, daß es zu den Dingen, die uns als Soldaten berühren, in unserer Gesellschaft keinen politischen Konsens gibt.

Was ich bisher gesagt habe, betrifft vorzugsweise die Binnenwirkung in einer Gesellschaft, in der Liberalität manchmal ein wenig dahin mißverstanden wurde, daß Schutz des Individuums vornehmlich meint, das Individuum habe nur Rechte, aber keine Pflichten.

Wir müssen aber auch die Außenwirkung sehen, die unser Verhalten in einem zusammenwachsenden Europa und in einer Welt im Umbruch erzeugt. Diese Außenwirkung, das stellen wir immer wieder fest, nährt bei vielen unserer Partner - ich sage bewußt Partner, weil es nicht nur Verbündete sind - den Verdacht, daß wir egozentrisch seien, weil wir von anderen etwas verlangen, was wir selbst nicht zu geben bereit sind.

Auf der anderen Seite glaubt man uns einfach nicht, daß wir keine nationalen Interessen hätten.

Bei unseren jungen Männern besteht nun der deutliche Wunsch, nicht anders zu sein als die anderen, mit denen wir in einem Bündnis sind. Sie wollen den gleichen Bedingungen ausgesetzt sein. Das stimmt wiederum mit der Feststellung von Herr Klages überein, daß es eine gewisse Normakzeptanz gibt. Die jungen Leute wollen auch Solidarität zeigen. All dies gehört zu den internationalen Außenwirkungen unserer besonderen Befindlichkeit gegenüber Gemein Sinn.

Ich will noch einen weiteren Punkt erwähnen, den ich für ganz entscheidend halte. Wir brauchen in einer Zeit, in der besonders im Osten, aber schwächer auch im Westen, wieder eine Renationalisierung stattfindet, eine Einbindung, um Fragmentierung zu verhindern. Wir brauchen Einbindung durch Multinationalität, durch Integration. Aber das können wir nur durchstehen, wenn wir zu einer nationalen Identität zurückfinden. Nur dann wird es uns möglich sein, in der Multinationalität zu bestehen.

Die Gefahr der Fragmentierung durch eine Revitalisierung des Nationalismus wird einem deutlich vor Augen geführt, wenn man in den Ländern Mittel- und Osteuropas ein wenig unter die Oberfläche blickt. Von daher stimme ich denen zu, die gesagt haben, Sicherheit sei nicht mehr national, sondern nur noch übernational lösbar. Wir brauchen dafür auch einen breiten Ansatz von Sicherheitspolitik. Dazu sind aber Geschlossenheit und internationale Solidarität notwendig.

Was ich also bei unseren jungen Männern sehe, ist durchaus Bereitschaft, wie sie Herr Klages geschildert hat. Sie nehmen beispielsweise Wehrpflicht auf sich, weil sie Pflichten ausüben wollen. Sie könnten es ja auch anders haben; so frei ist unsere Gesellschaft. Wenn sie aber Pflichten auf sich nehmen, erwarten sie, ein wenig respektiert zu werden, zumindest nicht weniger als die

Zivildienstleistenden. Leider wird diese legitime Erwartung der Wehrpflichtigen mittlerweile vielfach durch unsere Gesellschaft nicht erfüllt. Sie erwarten auch Wehrgerechtigkeit. Wenn 25 Prozent eines Jahrgangs keinerlei Dienst in der Gesellschaft leisten, ist keine Gerechtigkeit gegeben. Wir können daran nichts ändern, weil wir in der Bundeswehr nur körperlich Taugliche erfassen dürfen.

Ich meine, hier liegt nicht nur eine große Aufgabe, sondern auch eine erhebliche Chance für unsere Gesellschaft. Es ist durchaus möglich, entsprechende Motivation auszuüben - bei Männern wie bei Frauen;- , damit sie bereit sind, für die Gemeinschaft Pflichten zu übernehmen. Dafür sollte auch ein demokratischer Konsens, den ich in diesen Fragen für elementar halte, herstellbar sein. Voraussetzung ist allerdings, klare Ziele vorzugeben und diese Ziele eindeutig zu begründen.

In allen Gesprächen mit jungen Wehrpflichtigen stelle ich fest: Wenn man ihnen erklärt, welche Chance wir heute haben, Stabilität in Europa zu erreichen und zum ersten Mal in unserer Geschichte Konflikte von uns fernhalten zu können, wenn wir uns dafür einsetzen, kann man sie motivieren. Aber die Ziele müssen klar definiert werden.

### **Kaufmann**

Unter welchen Bedingungen läßt sich die Gemeinsinnsbereitschaft aktualisieren? Frau Hamm-Brücher fragt: Warum lassen sich die Hochschulen nicht reformieren? An der Universität Bielefeld diskutieren wir zur Zeit den Vorschlag, Prüfungsgebühren nicht mehr an die Lehrenden auszuzahlen - nicht zuletzt wegen des enormen administrativen Aufwandes; zumal wir auch recht gut ohne diese Gebühren leben können.

Die Frage ist nun, unter welchen Bedingungen die Kollegen bereit sind, auf diese Zusatzeinnahmen zu verzichten. Und die Antwort der meisten Betroffenen ist: Wenn das Geld der Fakultät erhalten bleibt und sie frei darüber verfügen kann. Das heißt, man ist bereit, einen individuellen Verzicht zu leisten unter der Voraussetzung, daß dafür auf einer anderen Ebene eine Gegenleistung erfolgt.

Gemeinsinn kann, so meine ich, unter zwei Bedingungen entstehen: Entweder es wird dafür eine soziale Anerkennung ausgesprochen - ich schließe an das an, was Herr Naumann gesagt und Herr von Weizsäcker mit der Freude wohl auch gemeint hat; denn Freude am Gemeinsinn ist sicher mit Anerkennung verbunden.

Die zweite Bedingung ist: Wenn es um Dinge wie Pflichterfüllung und Gemeinsinn geht, muß sichergestellt sein, daß es nicht ausgenutzt wird. Dies betrifft das sogenannte Free-rider-Problem, die Trittbrettfahrer. Das eigentliche Problem dabei ist, daß in unserer Gesellschaft ein genereller Verdacht besteht, daß es viele solcher Trittbrettfahrer gibt. Wenn wir beispielsweise in der FAZ Empfehlungen für die Verschiebung von Vermögenswerten nach Luxemburg lesen, Herr Fest, wenn also von Banken empfohlen wird, wie wir die Kapitalertragssteuer am besten umgehen können, und ähnliche Beispiele mehr, dann erscheint ein solcher Verdacht nicht abwegig. Es wird äußerst schwierig, darauf zu vertrauen, daß man nicht ausgenutzt wird, wenn man Gemeinsinn zeigt.

### **Hamm-Brücher**

Das wird immer ausgenutzt.

### **Kaufmann**

Dann läßt sich aber schwer daran appellieren. Deshalb hätte ich auch Bedenken, Herr Weinrich, so etwas wie Zivildienst nicht allgemein verbindlich zu machen. Nur wenn alle das Gefühl haben, daß jeder mitmachen muß, wird eine solche Einrichtung die nötige Akzeptanz finden. Alles andere mag für sich sinnvoll sein, ändert aber nichts grundsätzlich an unserer Situation.

Schließlich: Es kommt darauf an, womit man sich identifiziert. Herr Häfele hat auf die kollektiven Identitäten hingewiesen. Unsere Schwierigkeit ist, daß wir heute sich so stark überlappende und so vielfältige kollektive Identitäten haben, daß es schwer ist, sich mit einem bestimmten Bereich zu identifizieren. Wahrscheinlich müssen wir die verschiedenen Ebenen wesentlich stärker entkoppeln. Besonders in Deutschland sind alle Politikbereiche außerordentlich stark miteinander vernetzt. Niemand durchschaut mehr recht, wer eigentlich bei welchen Maßnahmen profitiert und wer nicht. Es fehlt an der nötigen Transparenz. Auch das beeinträchtigt den Gemeinsinn ganz beträchtlich.

### **Vollmer**

Herr Dubiel hat eine Formulierung gebraucht, die mir sehr eingängig erscheint: daß wir dabei sind, das in der Entwicklung der Kultur gewachsene ethische Potential aufzubauchen. Er hat hinzugefügt, daß

die liberale Gesellschaft, die diese ethischen Ressourcen jetzt verpulvert, auf einem Reservoir von vorliberalen, traditionellen Einstellungen aufbaut, die sie nicht selbst geschaffen hat. Wenn das so ist, dann frage ich: Von woher können wir erwarten, daß diese ethische Substanz erneuert wird? Wer könnte Träger dieser neuen Substanz sein?

Wahrscheinlich werden wir die neue Substanz nur bekommen - so wie dies auch bei der alten Ethik der Fall gewesen ist;- , wenn dahinter Überlebens- und Existenzängste stehen und der einzelne das Gefühl hat, nicht allein existieren zu können. Die Ethik ist ja zu jeder Zeit eine Frage von Gemeinschaftskonsens und Verbindlichkeit gewesen, denen sich der einzelne anschließen mußte, weil er anders nicht überleben konnte.

Dieser Gemeinschaftskonsens, der angesichts der heutigen Weltprobleme diese Funktion hätte, fehlt bisher bei den verschiedenen Angeboten, die in diesem Kreis gemacht wurden. Wenn etwa Herr Fest in diesem Zusammenhang den Patriotismus oder die Nation nennt, kann man sofort feststellen, dieser Begriff ist so polarisierend, daß es sehr lange dauern dürfte, bis daraus wieder ein Konsensbegriff wird.

Herrn Stürmer und auch Herrn Naumann habe ich dahingehend verstanden, daß sie an die Stelle dessen sozusagen das Pathos des Ernstes der Lage setzen wollen. Der Analyse kann ich wohl zustimmen, aber auf die Heilung vermag ich nicht so recht zu trauen, zumal ich der Meinung bin, daß sich die meisten entscheidenden Probleme nicht mehr militärisch lösen lassen werden. Pflicht, Tugend und Ernst, das ist doch alles noch inhaltsleer. Es zeigt lediglich das Bedürfnis nach einer bestimmten Haltung an, ist aber nicht das, wonach wir suchen.

Was mir an der Idee des ökologisch-sozialen Jahres so gefällt, ist, daß dieses Instrument gerade dort ansetzt, wo die tatsächlichen Probleme liegen, die sie nicht vorgibt, sondern sucht.

Deshalb würde ich auch dafür plädieren, statt des 13. Schuljahres für alle ein Jahr Einsatz für die Mitmenschen vorzusehen, das nach freier Wahl in ökologischen oder sozialen Projekten oder auch bei der Bundeswehr abgeleistet werden kann.

Dies würde ich auch deshalb befürworten, weil angesichts der Massenarbeitslosigkeit viele unserer Kinder überhaupt nicht mehr mit der Arbeitswelt in Kontakt kommen werden.

Ich selbst habe gegen diese Idee einen wichtigen Einwand, daß wir dafür die Generation heranziehen würden, die in Zukunft ohnehin einen enormen Gemeinsinn beweisen muß, weil sie eines Tages furall unsere Schulden aufkommen soll. Deshalb könnte ich eine solche Überlegung gesellschaftlich nur dann ernsthaft vertreten, wenn zugleich über einen ökologischen Sozialdienst für Leute ab 55 nachgedacht wird. Gerade auch die ältere Generation ist gefragt, wenn es um den Gemeinsinn geht, und nicht nur die Jungen.

Herr Biedenkopf hat die ungeheure Anzahl von Single-Haushalten erwähnt. Das sind ja nicht überwiegend Studenten oder geschiedene 40-jährige, sondern vor allem alte Leute, die allein wohnen und deren Verhaltensweisen sozial nicht mehr gefordert sind. Was wir bei uns erleben, ist zunehmend auch ein durch die Einsamkeit bewirktes Maß an Alters-Asozialität und Gemeinschaftsunfähigkeit, die das Entstehen von Gemeinsinn enorm belasten.

Diesen Fragenkomplex würde ich gern einmal in einem eigenen Gesprächskreis behandelt sehen, wieweit solchen Überlegungen Erfolgsaussichten beigemessen werden.

Was ich schließlich für ausweichlich halte, ist, sich ernsthaft Gedanken über eine Grundrente für alle zu machen, als Alternative zu unserem jetzigen System. Unser Sozialstaat ist bereits und wird noch weiter in eine äußerst krisenhafte Situation hineingeraten. Statt uns über die Pflegeversicherung und ähnliche Dinge die Köpfe heiß zu reden, sollten wir über eine Grundsicherung nachdenken. Das hätte auch den Vorteil, daß wir die Sozialpflichtigkeit der alten Leute besser thematisieren könnten. Das traut sich ja heute niemand von uns richtig zu - vor allem aus einsichtigen politischen Gründen, bei dem hohen Anteil alter Menschen an der Wahlbevölkerung.

## **Naumann**

Es mag Sie überraschen, Frau Vollmer, aber ich stimme Ihnen uneingeschränkt zu, wenn Sie sagen, die meisten Konflikte lassen sich nicht militärisch lösen. Auf der anderen Seite dürften wir aber in sehr vielen Fällen ohne die Rückendeckung durch militärische Mittel, die der Politik auch Handlungsfreiheit verschaffen, nicht auskommen. Denn wir leben leider Gottes in einer Welt, in der nicht nur das christliche Menschenbild vorherrscht - und das ist schon zum Guten wie zum Bösen fähig;- , sondern es gibt eine Menge Irrationalität, die mich besorgt macht.



## **Fest**

Wann immer ich den Begriff der Nation gebrauche, und wenn es in der unschuldigsten Absicht ist, handele ich mir den leidenschaftlichen Widerspruch von Frau Vollmer ein.

Nun hat Frau Vollmer am Ende den Eindruck erweckt, als sei das Problem des Gemeinsinns in erster Linie eine Frage gemeinsamer Überzeugung und Anstrengung von ein paar engagierten Leuten, wie sie zum Beispiel hier versammelt sind. Auf der anderen Seite haben Sie Herrn Dubiel zustimmend zitiert, daß unsere liberalen Gesellschaften dabei sind, das ethische Potential, auf dem sie beruhen, immer mehr abzubauen. Herr Böckenförde hat in dem gleichen Sinne gesagt, die liberalen, offenen Gesellschaften können die Voraussetzungen nicht erzeugen, von denen sie leben, ja, sie bauten sie unablässig ab. Das ist ein Problem, das uns in der Tat große Schwierigkeiten bereiten könnte.

## **Hamm-Brücher**

Als die Männer den Patriotismus erfanden, hatten sie offensichtlich ganz vergessen, daß die Mehrheit der Frauen damit nun wirklich nichts anfangen kann, insbesondere nachdem sie erlebt haben, was mit diesem Wort für schreckliches Schindluder getrieben wurde, und zwar überwiegend zu Lasten der Frauen. Vielleicht sollten wir einmal nach einem Begriff Ausschau halten, der auch für Frauen akzeptabel ist.

Nun kenne ich viele Frauen auch in meinem Alter, die bereits ein hohes soziales Engagement haben und da Erhebliches leisten. Was ich mir aber schlechterdings kaum vorstellen kann, Frau Vollmer, wie wir Männer höheren Alters für soziale Dienste mobilisieren wollen. Dem räume ich wenig Chancen ein.

## **Vollmer**

Auch bei Frauen hat solches Engagement erheblich abgenommen - nicht zuletzt deshalb, weil es nicht abgefordert wird.

## **Düvel**

Herr Pollack hat darauf hingewiesen, daß den Gemeinsinn zu fordern voraussetzt, Interessen und Identitäten stärker zu verbinden. Herr Oetker hat dafür ein gutes Beispiel angeführt, als er die neue Arbeitsorganisation und das Thema Gruppenarbeit ansprach. Gerade die Gruppenarbeit macht deutlich, wie man auch anders an Prozesse herangehen könnte. Da arbeiten sehr verschiedene Arbeitnehmer in einem Prozeß zusammen, über den sie sich abstimmen müssen. Hierarchien sind weitgehend abgebaut. Höhere Angestellte müssen sich in die Arbeitsprozesse integrieren und für ihre Anordnungen auch Rechenschaft gegenüber denen geben, die die Dinge in den Produktionsprozeß umsetzen.

Bei der Gruppenarbeit geht es im übrigen auch um die gemeinsame Entwicklung von Zielen, um Motivation und Gemeinsamkeit, wie man an diese Arbeit herangeht. Das heißt, es findet eine tägliche Konsensbildung darüber statt, wie man das, was man sich vorgenommen hat, durchführen will.

Ich meine, dieses Beispiel ließe sich sehr wohl auf andere Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens übertragen, was etwa die Formulierung gemeinsamer Ziele angeht. Auch das Thema, wie wir zu mehr Gerechtigkeit kommen, das hier angesprochen wurde, ließe sich an der Gruppenarbeit verdeutlichen. Die Bezahlung wird nämlich in der Gruppe sehr viel transparenter, warum der eine mehr als der andere verdient. Auch darüber muß in der Gruppe ein Konsens erzielt werden, was anderenorts bisher nicht gegeben ist.

Das geht in die Richtung, daß viele Menschen sagen: Warum soll ich mich engagieren, etwas opfern, wenn andere das nicht tun, vor allem die nicht, die derartiges predigen.

Die Thematik relativer Gerechtigkeit gehört unbedingt in diesen Zusammenhang. Wenn wir das nicht besser hinbekommen, wird es mit dem Gemeinsinn kaum besser werden.

Noch ein Wort zum Thema Konflikt und Konsens. In Ostdeutschland habe ich in den letzten drei Jahren in der Tat die Erfahrung gemacht, daß Konflikte einvernehmlich gelöst werden, sehr viel stärker als im Westen jedenfalls. Das hat sich er mit der Aufbausituation und der Aufbruchstimmung hierzu tun und dem Bewußtsein, daß man es nur gemeinsam schaffen kann. Insofern ist auch eine höhere Identifikation mit dem, was man hier tut, vorhanden als im Westen. Diese positiven Erfahrungen im Osten Deutschlands mit einer sehr viel ausgeprägteren Konsenspolitik, also mit der Art, Konflikte auszutragen, sollte man sich auch in anderen Bereichen zunutze machen.

Dabei geht es darum, Ungerechtigkeiten abzubauen, weil sonst niemand bereit ist, an der Konsensbildung mitzuwirken, wenn er sieht, daß andere ihre Interessen sehr viel besser durchsetzen. Das heißt, die Bereitschaft zum Engagement in Institutionen und auch in Parteien, kann gefordert werden, wenn wieder mehr relative Gerechtigkeit sichtbar wird.

### **Grimm**

Ich möchte eine kurze Zwischenbilanz unserer bisherigen Diskussion ziehen, verbunden mit Überlegungen, worauf wir uns vielleicht noch stärker konzentrieren sollten.

In der Diskussion ist deutlich geworden, daß das Thema Gemeinsinn nicht zufällig gerade jetzt wieder aktuell ist. Auch Herr Sommer, der den "Gemeinsinn" noch verdammt hat, ist bereit, im Gemeinsinn unter heutigen gewandelten Bedingungen etwas möglicherweise Nützliches zu sehen.

Ausgangspunkt ist: Wir sehen uns gewachsenen Aufgaben gegenüber, durch Veränderungen im Innern und in der Welt, bei gleichzeitig abnehmenden Mitteln, vor allem finanziellen Mitteln, aber nicht nur. Hier tut sich sozusagen eine Schere auf, die einen erhöhten Bedarf an Gemeinsinn signalisiert.

Bei der Analyse der Situation ist in diesem Kreis weitgehende Einigkeit erzielt worden. Es ist danach ein gar nicht so knappes Potential an Gemeinsinn vorhanden; aber die individuelle Disposition reicht allein nicht aus, dieses Potential ausreichend zu aktivieren. Da müssen andere Faktoren hinzukommen, damit das gelingen kann.

Ein zweiter Faktor ist der institutionelle Rahmen dafür, daß man das vorhandene Potential auch nutzen kann, sozusagen sinnvolle Wirkungsmöglichkeiten vorfindet.

Der dritte Punkt ist eher eine situative Komponente: eine aus der Situation entstehende Herausforderung, die das vorhandene Potential stimuliert und das, was brachliegt, aktiviert.

Wenn allerdings die situative Komponente, wie einige hier herausgestellt haben, eine so große Rolle spielt, dann ist es schon erstaunlich, daß es gerade jetzt an Gemeinsinn mangelt; denn die Situation wäre durch die Wiedervereinigung gegeben. Und die Wiedervereinigung hat ja auch einiges an Gemeinsinn aktualisiert. Auch an diesem Tisch sitzen Personen, die sich durch die Wiedervereinigungsherausforderung haben aktivieren lassen. Doch offenbar ist dies nicht genug gewesen. Um Herrn Weinrichs Begriff zu gebrauchen: Wir haben noch nicht die obere Lage der mittleren Schicht des Gemeinsinns erreicht, obwohl die situative Komponente vorhanden ist.

Bleibt das Problem der Institutionen, das wir relativ intensiv diskutiert haben. Es gab ein weitgehendes Einverständnis darüber, daß der konstatierte Mangel an Gemeinsinn eine wesentliche Ursache in der Krise der Institutionen hat. Das ist dann präzisiert worden als Krise der Großinstitutionen, also vor allem der Parteien, Verbände, Kirchen. Das bedürfte aber einer eingehenderen Analyse.

Worin besteht die Krise der Institutionen? Ist es ihre Trägheit, nur alte Antworten auf neue Fragen zu geben? Und hängt damit vielleicht der Konsensverlust bei denjenigen zusammen, die bisher in den Institutionen Ansatzpunkte für die Entwicklung von Gemeinsinn gefunden haben? Vor allem aber: Welche Folgerungen sind aus dieser Krise der Institutionen zu ziehen? Sollen die alten Institutionen aufgelöst werden? Das muß man nur aussprechen, um zu sehen, wie wenig wünschenswert und vor allem wie wenig erreichbar dies sein würde. Sollen wir sie teilweise zerschlagen oder modifizieren, also das tun, was Frau Thatcher in England versucht hat, deren Politik zum großen Teil eine Remodellierung von intermediären Institutionen zwischen dem einzelnen und dem Staat anstrebte. Und wenn dies das Ziel wäre: Wer sollte es tun? Der Staat?

Noch drängender wird die Frage - die vielleicht in Deutschland nicht so aktuell ist: Wie halten wir es denn mit den neuen Institutionen, wenn die alten den Bedarf nicht befriedigen können? Wie müßten die eigentlich aussehen? Darüber ist noch nicht genügend gesprochen worden. Es kann sich ja nicht einfach um die Schaffung von Konkurrenzinstitutionen zu den bestehenden handeln, eine Antigewerkschaft oder eine Antipartei, sondern es geht offenbar um etwas anderes. Eine Art Zivildienst war hier der konkreteste Vorschlag.

Dann ist jedoch zu fragen: Wenn sie sich nicht assoziativ und spontan aus der Gesellschaft heraus entwickeln - was bisher offensichtlich nicht der Fall ist: Wer gründet sie dann und gibt ihnen ein Programm? Die alten Institutionen vielleicht oder gar der Staat? Ist das ein denkbarer Weg in der liberalen Gesellschaft?

Des Weiteren: der schwindende Konsens. Wir sehen im Augenblick immer nur auf den Schwund, während es doch nach wie vor einen außerordentlich breiten Konsens gibt, der sich - ohne daß man deswegen das Wort des Verfassungspatriotismus bemühen müßte - zu einem sehr großen Teil an den

in der Verfassung verkörpert Institutionen und Prozeduren festmacht. Aber der alte Konsens wird in vieler Hinsicht brüchig; das haben wir auch deutlich vernommen. Worauf soll aber ein neuer Konsens gegründet werden, und wer soll ihn herbeiführen?

Ich meine, daß wir an dem Punkt an ein Dilemma der liberalen Gesellschaft stoßen, das vor allem Herr Dubiel angesprochen hat: Auf welchen Wert könnte der neue Konsens gegründet werden? Die liberale oder die pluralistische Gesellschaft, wie sie vielleicht besser zu bezeichnen wäre, gründet sich vor allem auf den Wert, daß jeder seinen eigenen Wertvorstellungen entsprechend leben kann. Das allerdings impliziert, daß er auch die anderen ihren Wertvorstellungen entsprechend leben läßt.

Darin liegen jedoch auch Möglichkeiten für den einzelnen, die lange Zeit in der Geschichte durch bestimmte, großenteils ökonomische Lagen überdeckt waren, Klassenlagen etwa, die das Potential, das im Individualismus lag, nicht zur vollen Entfaltung haben kommen lassen. Diese Lagen und einschränkenden Bedingungen sind großenteils verschwunden. Das heißt, der einzelne hat heute ungleich größere Möglichkeiten, verschiedene Präferenzen zu kombinieren und Individualität zu entwickeln. Das war einer der wesentlichen Punkte des Referats von Herrn Biedenkopf.

Wenn wir die liberale Gesellschaft aber erhalten wollen, dann verbietet sich jedenfalls eines bestimmt: das sind verbindliche Wertvorgaben von Staats wegen. Was wir benötigen, ist eine neue Definition des Verhältnisses von Freiheit und Bindung. Dabei lassen sich Bindungen in der liberalen Gesellschaft immer nur aus der Ermöglichung und Realisierung gleicher Freiheit legitimieren. Das jedoch geht nicht ohne Macht. Aber auch darauf kann man sich nicht verlassen, weil Macht ebenfalls eine knappe Ressource ist. Und wenn es an Konsens mangelt und der Widerstand groß ist, kann mit Machtmitteln wenig ausgerichtet werden.

Das dürfte gemeint sein, wenn mehrfach erwähnt wurde, die liberale Gesellschaft lebe aus Voraussetzungen, die sie selber nicht erzeugen kann. Böckenförde hat das auf die Verfassung gemünzt; Herr Fest hat daran erinnert. Wir haben es heute auf die Gesellschaft insgesamt erweitert. Ob das schon als selbstzerstörerische Tendenz der liberalen Gesellschaft angesehen werden muß, halte ich indes nicht für zwingend.

Um diese Überlegung auf unser Thema Gemeinsinn zurückzuführen: Wo in der modernen pluralistischen liberalen Gesellschaft hat der Gemeinsinn eigentlich sein Anwendungsfeld? Es ist nicht nur das Charakteristikum der liberalen Gesellschaft, daß sie individuelle Freiheit gewährleistet, sondern, vermittelt durch individuelle Freiheit, kommt es auch zu einer Autonomisierung der verschiedenen sozialen Funktionsbereiche. Das heißt, diese werden von politischer Zielsetzung abgekoppelt und ihren eigenen Rationalitätskriterien, nach denen sie funktionieren, überlassen: die Wirtschaft wirtschaftlichen, die Wissenschaft wissenschaftlichen und so weiter.

Das bedeutet, alle sozialen Systeme entwickeln höchste Aufmerksamkeit für ihr eigenes Interesse und verbinden dies mit einer weitgehenden Blindheit für die Folgekosten, die sie in anderen sozialen Systemen verursachen.

Wie paßt nun der Gemeinsinn, der doch offenbar eine personale Kategorie ist, in eine so strukturierte Gesellschaft hinein? Ich kann als Person Gemeinsinn haben und dennoch als Rollenträger in einem funktional differenzierten Sozialsystem keine Anwendungsmöglichkeit dafür finden. Die jeweiligen Systeme - die Wissenschaft, die Wirtschaft, das Gesundheitswesen - operieren nicht unter dem Gesichtspunkt von Gemeinsinn, sondern: Indem jedes nach seinen eigenen Rationalitätskriterien so gut wie möglich funktioniert, leistet es seinen Beitrag zum Gemeinwohl. Und diejenige Instanz, die die verschiedenen Subsysteme miteinander kompatibel hält und die externen Folgekosten, die sie produzieren, nach Möglichkeit abarbeitet, ist der Staat.

Also noch einmal die Frage: Wo ist das Anwendungsfeld für Gemeinsinn, den wir alle verlangen? Dazu sind bisher zwei Punkte genannt worden. Das eine ist Verzicht. Die Bereitschaft zu verzichten ist allerdings nur vorhanden, wenn er von allen geleistet wird. Es gibt in unserer Gesellschaft ein außerordentlich starkes Gefühl - sicher nicht völlig unberechtigt; -, daß einige mit dem Verzicht der anderen sehr gut leben können.

Das zweite Anwendungsfeld ist soziales Engagement. Da finde ich meine Hypothese von der Schwierigkeit, ein Anwendungsfeld für Gemeinsinn zu finden, weitgehend bestätigt. Denn dort, wo soziales Engagement gefordert ist, bewegen wir uns gerade auf dem Feld, wo die externen Folgekosten abzarbeiten sind, die andere Sozialsysteme produzieren und die der Staat bei wachsenden Aufgaben und sinkenden Mitteln heute nicht mehr in ausreichendem Maße bewältigen kann. Meine Frage ist: Trifft das zu?

Ich sehe also - zusammengefaßt - drei wichtige Punkte, die ich für die weitere Diskussion vorschlage:

Erstens die institutionelle Frage: Was geschieht mit den alten Institutionen? Wie bekommen wir neue, und wer gibt ihnen ihren Sinn?

Zweitens: Wie läßt sich ein Sinnangebot machen, das stimulierend auf den potentiell vorhandenen Gemeinsinn wirkt, unter den Bedingungen von Liberalismus und Pluralismus? Insbesondere wer kann es machen?

Drittens schließlich: Wo ist das Anwendungsfeld für Gemeinsinn in einer funktional differenzierten Gesellschaft?

### **Biedenkopf**

Wie entstehen neue Institutionen? Dafür hat es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Beispielen gegeben. Frau Vollmer ist eine prominente Repräsentantin eines sehr eindrucksvollen Beispiels, wie spontane Bewegungen, die bereits in den 60er Jahren beginnen und zunächst nur punktuell auf bestimmte drängende gesellschaftliche Probleme gerichtet sind, sich vernetzen und schließlich, nach intensiven Auseinandersetzungen über Sinn- und Organisationsfragen, zu einer etablierten Partei werden. Diese neue Partei sieht sich nun einer sehr viel höheren Innovationserwartung seitens der Bevölkerung gegenüber, als das bei den alten Institutionen der Fall ist.

Ich bin davon überzeugt, daß die neuen Institutionen parallel zu den alten entstehen und die alten dann allmählich absterben. Denn die Gesellschaft kann auf Institutionen nicht verzichten. Sie stellen gewissermaßen ihr Knochengesüst dar. Ohne Institutionen wären der Staat und die Gesellschaft nicht handlungsfähig. Ohne sie wären Individuum und Staat direkt konfrontiert. Ohne sie kann auch eine liberale Gesellschaft nicht existieren. Selbst in einer absoluten Diktatur bilden sich Infrastrukturen der Gesellschaft heraus, die allerdings auf die Diktatur hin ausgerichtet sind.

Der Wechsel von den alten zu den neuen Institutionen setzt aber voraus, daß die Gesellschaft für neue Institutionen offen ist und deren Entstehung nicht behindert oder gar verhindert, um die alten zu schützen. Diese Offenheit macht ihre Liberalität aus. Im übertragenen Sinne handelt es sich um ein Problem des Wettbewerbsrechts: Wenn ich den "Markt" zugunsten der alten Institutionen schließe, können neue nicht entstehen. Wird diese Schließung des Marktes durch die politischen Parteien abgesichert, dann werden diese in den Sog des Vertrauensverlustes der Organisationen mit hineingezogen. Das erleben wir im Augenblick. Herr Klages wird uns wahrscheinlich bestätigen können, daß die jungen Leute vor allem deshalb zu einer neuen Partei tendieren, weil sie das Gefühl haben, daß die anderen Parteien die Entstehung neuer Institutionen verhindern.

Herr Grimm sagte, die neuen Institutionen könnten nicht in Konkurrenz zu den alten entstehen. Objektiv gibt es da gar keine Konkurrenz, weil die neuen Institutionen Antworten auf neue Fragen sind, die die alten nicht bedienen können. Das heißt, es ist ein neues Angebot für eine neue Nachfrage. Worum es geht, ist indes, ob die Bediener der alten Nachfrage der neuen Nachfrage überhaupt gestatten, sich zu artikulieren und neue Institutionen zu bilden. Hier hat die liberale Gesellschaft eine außerordentlich große Verantwortung. Sie muß die Entwicklung offenhalten. Die Demokratie hat nach meiner Auffassung nur eine Zukunft, wenn sie nach vorne offen ist; das heißt, wenn sie neue Möglichkeiten erlaubt.

Was nun die Organisationen anbetrifft, finde ich sehrbedeutsam, was Sie gesagt haben, Herr Grimm: Die liberale Gesellschaft sichert nicht nur die individuelle Freiheit. Sie erlaubt auch den Organisationen ihre Teilrationalität. Die Frage ist: Wie kommt aus den Teilrationalitäten eine Gesamtrationalität zustande, wenn jede Organisation nur ihre Teilrationalität verfolgt und für die Gesamtrationalität blind ist? Wie kann das funktionieren?

Nun sind die Organisationen interessanterweise für andere Teilrationalitäten nicht blind. Es gibt, wenn Sie so wollen, ein Kartell der Teilrationalitäten. Das heißt jede Teilrationalität respektiert die der anderen, weil sie genau weiß, daß es ihr andernfalls selbst schlecht geht. Keine Institution stellt die anderen in Frage, um selbst nicht in Frage gestellt zu werden. Dieses Kartell der Teilrationalitäten macht den Zugang zur Gesamtrationalität der Gesellschaft aber so ungewöhnlich schwierig, jedenfalls in bezug auf ihre institutionelle Repräsentanz.

Wenn Sie jetzt das Parlament als den Ort aufsuchen, wo diese Gesamtrationalität angeblich ihren Ausdruck findet, dann werden sie furchtbar enttäuscht; denn im Parlament sitzen überwiegend Vertreter von Teilrationalitäten. Das schlägt sich bis in die Struktur und Organisationsweise der Parlamente nieder. Jeder Versuch, eine Teilrationalität zugunsten einer wie auch immer gedachten Gesamtrationalität aufzugeben und eine Vernetzung der Teilrationalitäten zu fördern, wird abgewehrt. Denn man weiß genau: Dies bringt eine Beschränkung der Aktionsräume der Teilrationalität mit sich.

Das wiederum bedeutet die Bindung an eine höhere Gesamtnorm. Das schließlich hat sehr viel mit der Frage zu tun, worauf sich der Gemein Sinn richtet.

### **Stürmer**

Herr Biedenkopf hat das Problem zutreffend beschrieben, wobei ich mir gewünscht hätte, daß es nicht bei dem Hinweis auf Aufstieg und Wandel der Grünen bliebe. Diese Entwicklung gehört noch der alten Bundesrepublik an. Jetzt befinden wir uns in einer neuen Situation und sehen uns - ich kann es nur noch einmal wiederholen - einer existentiellen Prüfung unserer Republik gegenüber, die sich in ihrer vereinigten Form auch erst im vierten Lebensjahr befindet.

Im Grunde diskutieren wir hier auf zwei Ebenen. Wir kennen im öffentlichen Baurecht zum einen die kleinen Baumaßnahmen, die man gewissermaßen aus dem laufenden Etat vornehmen kann. Wenn Sie aber das Haus verändern wollen, dann bedarf es umfangreicher Anträge, Genehmigungsverfahren und so weiter. Worüber wir bisher vornehmlich gesprochen haben, sind die vielen kleinen Baumaßnahmen. Dazu gehört etwa die Erfindung des Sozialdienstes für junge Leute, ein Thema, das uns alle hier nicht mehr betrifft. Das ist überhaupt typisch für die politische Diskussion in der Bundesrepublik: Es werden irgendwelche Institutionen erfunden, und andere sollen die Last tragen.

Das alles zähle ich noch zu den kleinen Baumaßnahmen. Dabei wissen wir doch alle, daß es um ganz andere Dimensionen geht und das Haus umgebaut werden muß. Das heißt, wir können unschwer vorhersehen, daß wir uns auf eine tiefgehende Krise zubewegen.

Wie können wir der begegnen? In der Geschichte gibt es dafür mehrere Beispiele. Das eine waren die Turgotschen Reformen, wenige Jahre vor der Französischen Revolution. Turgot sah die Revolution klar voraus und versuchte, diese Entwicklung mit sechs großen Gesetzgebungswerken aufzuhalten. Das hatte zwei Jahre Bestand, dann brach das Ganze zusammen.

Ein anderes Beispiel sind die preußischen Reformen, die im Namen des Gemeinwohls, des bonum commune oder der res publica durchgeführt wurden. Auch Patriotismus spielte dabei eine gewisse Rolle und die "Nazione", aber im wesentlichen ging es um das bonum commune, um das "gemeine Wesen".

Eben dies aber müßte der Schnittpunkt der Verbände und Korporationen sein, mit denen wir es in unserem Land zu tun haben. Wenn das nicht der Fall ist, stimmt die Theorie des Parlamentarismus nicht mehr. Sie werden deshalb einen anderen Sinn und Inhalt bekommen und sich auf das "Ganze" ausrichten müssen. Unser Problem ist, daß wir derzeit kaum eine Institution haben, die das zu leisten vermag. Herr Biedenkopf hat ja gerade die Mängel des Parlaments in dieser Hinsicht anschaulich geschildert. Von der Theorie her wäre es in der Tat der Ort, wo das Ganze bedacht werden müßte. Allenfalls vermag bei uns so etwas noch der Bundespräsident zu leisten.

Lassen Sie mich noch Tocqueville erwähnen, der die Probleme und Gefährdungen der amerikanischen Demokratie eingehend beschrieben hat. Wenn er schreibt, die amerikanische Demokratie sei auf das Recht der Suche nach dem Glück gegründet, dann meint das den Freiheitsbegriff. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Grundgesetz ist dem wesensverwandt. Und er fügt hinzu: Die Demokratie kann keinen Gesamtsinn erzeugen; sie ist in der Gefahr, sich in der Vereinzelung zu verlieren. Das Recht auf die Suche nach dem Glück begünstigt jedenfalls die Individualisierung. Nun kannte Tocqueville natürlich unsere höchstrichterliche Rechtsprechung noch nicht; er hätte einiges davon wahrscheinlich als exzessiv und gemeinschaftszerstörend angesehen.

Die historischen Bezüge machen deutlich, daß wir es hier mit einem generellen Problem der Demokratie zu tun haben und nicht nur mit einem Problem der Bundesrepublik vier Jahre nach der Vereinigung. Die Demokratie befindet sich in einer Existenzkrise. Das betrifft zum einen die politischen Parteien, die sich einem massiven Vertrauensentzug ausgesetzt sehen. Des weiteren haben wir eine Krise der Tarifautonomie; das Spiel kann so nicht weitergehen, daß die einen ausmachen, was andere dann bezahlen sollen. Damit verbunden ist eine tiefe Krise der Gewerkschaften.

Wir befinden uns jedenfalls in einer erheblichen Orientierungskrise, die die Medien eher noch verschärfen, was ebenfalls ein erhebliches Problem darstellt, zumal die Politik ohnehin nicht mehr weiß, wo es langgehen soll. Und auch wir hier können allenfalls Patentrezepte, aber keine wirklichen Remeduren anbieten.

### **Biedenkopf**

Nur weil es noch keine Rezepte gibt, kann man doch nicht von Krise sprechen. Die Suche nach Rezepten sehe ich eher als konstruktiven Prozeß.

### **Stürmer**

Ich sehe jedenfalls nicht, wie man zu einem Konsens über fundamentale Fragen, etwa der Medienverfassung oder der Tarifautonomie, kommen soll. Und das Hoffen auf neue Institutionen: Wir werden erleben, wie sich die alten verbissen wehren.

### **Kohler**

Man sollte gewisse Unterscheidungen treffen. Es gibt spezifische Probleme der neuen Bundesrepublik nach dem Ende des kalten Krieges, und es gibt Probleme der Demokratie überhaupt in der gegenwärtigen "nachmodernen Industriegesellschaft". Ulrich Beck hat diese Probleme der Demokratie als diejenigen "reflexiver Modernisierung" beschrieben. Die klassische Industriegesellschaft verliert ihre Konturen; sie wandelt sich beispielsweise von einer "Klassengesellschaft" in eine "Erlebnisgesellschaft". Das bedeutet: Die alten Muster, die bekannten Orientierungen, an die man Politiken und Institutionen früher ganz automatisch anbinden konnte, lösen sich auf in relativ zufällige Lebensvorstellungen, die sich mischen und kreuzen. Dieses Tendenz ist keine deutsche Spezialität, sie ist eine der westlichen Gesellschaft überhaupt.

Ich stimme also Herrn Stürmer darin zu, daß sehr vieles schwankend geworden ist. Ich glaube auch nicht, daß sich der Wunsch nach neuer Stabilität schnell erfüllen läßt. Neue Institutionen können nicht so ohne weiteres entstehen, wenn die entsprechenden Fundamente in der Lebens- und Umwelt fehlen. Woran sollte man solche Institutionen denn anbinden? An welche allgemeinen Überzeugungen und Leitbilder kann man sich halten, von denen her so etwas wie formale Strukturen zu bilden sind?

Die Krise, in der wir uns befinden, betrifft zunächst unser Bewußtsein; wir müssen lernen zu akzeptieren, daß alles neu verhandelt werden kann und muß. Die Institutionen sollen sich also ändern - aber wie? Woraufhin? Ganz abstrakt kann es vielleicht so formuliert werden: auf Flexibilität hin. Was ich sehe, ist, daß es Institutionen geben wird, die von Anfang an als befristet konzipiert sind, so daß sie dann auch wieder ohne allzu große Widerstände neu verhandelt werden können. Denn die Gesellschaft befindet sich in einem permanenten Wandlungsprozeß, auf den sich auch der Staat einstellen muß. Vielleicht brauchen wir also in Zukunft in viel höherem Maße als bisher die Einrichtung von runden Tischen, an denen immer gewisse Grundsatzorientierungen diskutiert und justiert werden. Um ein Beispiel zu geben: Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen sich gemeinsam auf die neuen Produktionstechniken einstellen, die weltweit eingeführt werden. Die institutionellen Lösungen, die man dabei findet, gelten aber nicht für die "Ewigkeit", sondern allenfalls für drei, vier Jahre; dann müssen neue gesucht werden.

Wenn man heute also über neue Institutionen nachdenkt, sind sie von Anfang an sozusagen auf der Metaebene zu konzipieren, mehr im Sinne von Verhandlungsforen denn in der Art von materiell dichten Regelungen. Eine Gesellschaft, die so sehr wie die unsrige in stetem Wandel ist, kann nur überleben, wenn nicht nur ihre Subjekte, sondern auch ihre Institutionen bereit sind, sich den Wandlungen durch die permanente Bereitschaft zur Flexibilität anzupassen. Die Hoffnung auf neue Institutionen, die dann wieder für Jahrzehnte halten, dürfte verfehlt sein. Es sind mehr als je stets bloß provisorische Lösungen zu erwarten.

### **Kaufmann**

Als gelungenes Ergebnis eines Verhandlungsforums im Sinne von Herrn Kohler sehe ich die Reform des Gesundheitswesens. Da ist es gelungen, ein korporatistisches System, das sich immer mehr zu Lasten Dritter ausweitete - Stichwort: zunehmender Anteil der Gesundheitsausgaben am Volkseinkommen;- , in eine Situation zu bringen, in der die Verhandlungspartner gezwungen sind, ihre Verteilungskonflikte innerhalb eines bestimmten Rahmens untereinander auszutragen.

Das scheint ein Typ von institutionellen Lösungen zu sein, der der heutigen Situation angemessen ist. Aber solche multiplen Verhandlungsforen lassen sich nicht aus dem Boden stampfen, wenn man genauer hinsieht, Herr Kohler. Ihre Vorstellung, das könne ständig wechseln, kann ich nicht teilen.

Dann zur Frage neuer Sinnangebote, Herr Grimm. Ich glaube, die kann keiner produzieren, sondern die entstehen gewissermaßen durch öffentliches Raisonement, durch Konflikt, durch Auseinandersetzung. Irgendwann entstehen die Resonanzen, die so stark sind, daß aus dem ständigen Rauschen plötzlich ein klarer Ton hervorgeht, vielleicht nur für kurze Zeit. Das ist dann eine

Situation, der Kairos, in der man etwas machen kann. Solange es nur rauscht, kann man nichts machen. Da vertritt quasi jeder nur seine eigene Meinung, versucht zu überzeugen, und vielleicht gelingt es dann irgendwann.

### **Grimm**

Herr Kohler und Herr Kaufmann haben Verhandlungssysteme als zeitgemäßen Modus erwähnt. Dazu möchte ich bemerken: Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Umstellung von Entscheidungs- auf Verhandlungssysteme die bisherigen verfassungsrechtlichen Kautelen für Demokratie, Rechtsstaat und individuelle Freiheit zum großen Teil aushebelt.

Wenn wir das tun, müssen wir unser Verfassungssystem umstellen, um erneut Partizipation zu sichern. Es verhandeln diejenigen, die ohnehin in Positionen der Stärke sind; deswegen werden sie ja zu Verhandlungen herangezogen. Zum anderen finden Verhandlungssysteme ihre Erfolgsbedingungen darin, daß sie sich gegen Öffentlichkeit abschirmen und daß diejenigen Institutionen, die hinterher die Öffentlichkeit vermitteln sollen, das Verhandlungsergebnis nicht mehr in Frage stellen können.

Damit stehen wir dann vor dem Problem, daß die Sicherheitsvorkehrungen, die die Verfassung bisher, auf bestimmte Entscheidungsformen bezogen, getroffen hat, nicht mehr verwendbar sind. Ich füge hinzu: Neue sind dafür so gut wie nicht in Sicht.

### **Hamm-Brücher**

Von woher sind neue Impulse, Innovationen zu erwarten? Keinesfalls von Parteien und Parlamenten, die beide ihre Innovationsunfähigkeit nachhaltig unter Beweis gestellt haben. Wer sich selber als nicht mehr innovationsfähig erweist, wird nur schwer andere zur Innovationsfähigkeit ermuntern können. Der Deutsche Bundestag ist ja kaum noch in der Lage, zu irgendeiner wichtigen Thematik eine vernünftige offene Debatte zu führen.

Wie können neue Institutionen entstehen? Da komme ich noch einmal auf das Bildungswesen zurück. Was wir brauchen, sind sozusagen viele Witten-Herdeckes; natürlich auch mehr Waldorf- und andere freie Schulen. Statt daß der Staat alle Mittel in ein erstarrtes Schulsystem hineinpumpt, sollte er Einrichtungen fördern, in die Eltern ihre Kinder gern schicken möchten und die weit mehr kind- und jugendgerechte Angebote machen, zum Gemeinsinn ermutigen und zum Leben in einer liberalen Gesellschaft befähigen.

Das haben wir nämlich nicht vermocht junge Menschen zu befähigen, in einer liberalen Gesellschaft zu leben und sie zum Gemeinsinn zu ermutigen, der die Voraussetzung dafür ist, daß unser liberales System nicht in die Binsen geht.

Wir reden hier so, als sei unsere liberale Gesellschaft eine unerschütterliche Gegebenheit, statt uns auch Gedanken darüber zu machen, ob nicht die Freiheit auf der Strecke bleibt, die die Voraussetzung dafür ist, daß das liberale System menschenwürdig funktioniert.

Ich bin also der Meinung, wir brauchen neue Institutionen im Bildungs- und Erziehungsbereich als Erneuerungspotential. Diese können aber nur entstehen, wenn sie nicht von oben verordnet werden. Da kommt es entscheidend auf private Initiativen an, wobei wir staatlicherseits finanziell helfen können, um Energien frei zu setzen. Das heißt, die Kräfte, die etwas anders machen wollen - von denen wir hier gehört haben, daß sie reichlich vorhanden sind;- , sollten ermutigt werden. Ob sich dann die alten Institutionen wandeln oder ob sie absterben, muß man abwarten.

Wenn ich mit Absolventen von Witten-Herdecke diskutiere, frage ich mich immer: Warum bringt eine fünf- bis zehnfach höher dotierte staatliche Universität nicht auch entsprechende Studiengänge zusammen, um junge Menschen voranzubringen und Entwicklung zu ermöglichen, statt stumpfsinnig Vorlesungen abzuhalten und Seminarscheine abzufordern?

Ich möchte Ihnen noch eine kleine Geschichte erzählen. Wie Sie vielleicht wissen, habe ich vor 30 Jahren die Theodor-Heuss-Stiftung gegründet. In diesem Jahr haben wir eine Ausschreibung gemacht zum Thema: "Wege aus der Politikverdrossenheit". Wir waren der Meinung, dieses dumme Gerede - das Schlagwort des Jahres - führe überhaupt nicht weiter. Fragen wir einmal: Wer hat Ideen, was man anders machen kann? Wir haben innerhalb von sechs Wochen über 350 Einsendungen bekommen, von denen allenfalls zehn oder zwanzig unbrauchbar waren. Aus dem, was uns davon Schülern, Studenten, auch von älteren Leuten, eingesandt wurde, werden wir ein Lexikon gegen die Politikverdrossenheit machen. So viele interessante Anregungen sind da herausgekommen.

Bemerkenswert ist auch, daß kein Einsender darunter ist, der die Demokratie in Frage stellt oder bezweifelt, daß wir für die repräsentative Demokratie Parteien benötigen. Die Kritik setzt bei Erscheinungsformen, Fehlentwicklungen, Defiziten an. Und dabei habe ich viel mehr an Konsens gefunden, als ich je erwartet hatte. Der Konsens schwindet zwar in vielen Bereichen der Werte und moralischen Grundlagen, aber die Menschen wollen - anders als in Weimar - die Demokratie nicht aufgeben. Das finde ich schon einen Konsens, auf dem man weiter aufbauen kann.

Die liberale Gesellschaft ist eine Anspruchsgesellschaft, die besonderen Wert auf den Anspruch und nicht auf die Verantwortung legt. Was junge Menschen auf vielfältige Weise erleben, ist, daß diese liberale Gesellschaft überwiegend etwas mit Ellbogen und dem Recht des Stärkeren zu tun hat und daß da für Gemeinsinn wenig Platz zu sein scheint.

Dabei gibt es zweifellos viele bemerkenswerte Beispiele für praktizierten Gemeinsinn, nicht nur in Form sozialen Engagements. Derartige Einsatz- und Hingabebereitschaften sollten viel mehr Anerkennung finden. Man darf auch die Menschen nicht gleich abkanzeln, wenn einem an ihrem Engagement etwas nicht so gut gefällt.

### **Grimm**

Ich will Frau Hamm-Brücher nur Gelegenheit geben, eine Institution zu loben, nämlich das Bundesverfassungsgericht, das sich bemüht hat, die Schullandschaft für neue Formen und Experimente zu öffnen.

### **Hamm-Brücher**

Geöffnet haben sie; aber niemand geht hinein.

### **Grimm**

So ist es nicht: Man kann nur öffnen, wenn jemand hinein will. Andernfalls kommt es zu keiner Entscheidung. Im übrigen hat das Bundesverfassungsgericht gegenüber der relativ engherzigen Bildungsbürokratie und gegenüber den relativ engherzigen Verwaltungsgerichten immer für Öffnung plädiert.

### **Hamm-Brücher**

Ich bin halt altmodisch: Erneuerung bekommen Sie nur durch Erziehung und Vorbild.

### **Oetker**

Ich will etwas zur evolutionären Erneuerung sagen, wie wir sie etwa in unserem Unternehmen handhaben. Meine erste These ist, daß eine solche Erneuerung nur durch die Veränderungen in den Köpfen der Menschen erzielt werden kann, denen man dann entsprechende Verantwortung überträgt. Mit anderen Worten: Die Alten muß man pensionieren oder entlassen.

### **Biedenkopf**

Sie meinen die Alten im Denken.

### **Oetker**

Ja. Es gibt aber eine Reihe von Mechanismen, die solchen Veränderungen entgegenstehen. Meine Erfahrung ist zum Beispiel: Je kürzer der Zeitraum ist, in dem sich jemand zur Wiederwahl oder zur Wiederbestellung stellen muß, desto eher ist die Institution evolutionär veränderbar.

Was zweitens gegen Veränderungen steht, sind die Pensionierungssysteme. Sie sollten einmal erleben, welches Beharrungsvermögen Gewerkschaftsfunktionäre oder Arbeitgebergeschäftsführer entwickeln können ...

### **Hamm-Brücher**

Oder Abgeordnete.

### **Oetker**

Oder Abgeordnete ... , weil das Pensionierungssystem so konstruiert ist, daß es auf dem Generationsprinzip aufbaut. Das heißt, es ist in Vereinen organisiert, die sich dadurch fortschreiben,



daß der neue Geschäftsführer sozusagen die Pension des alten verdient - analog dem staatlichen System. Das ist ein grundfalscher Ansatz. Hier müßte eine Flexibilisierung der Alterssicherung eingebaut werden.

Eine Krise der Tarifautonomie vermag ich überhaupt nicht zu erkennen, Herr Stürmer. Ganz im Gegenteil, ich bin zutiefst davon überzeugt, daß dieses Instrument am ehesten geeignet ist, die notwendige Veränderung zu organisieren. Gegenwärtig wird vor allem auf der Gewerkschaftsseite reagiert. Dort stellt man fest, daß immer weniger junge Leute der Gewerkschaft beitreten. Hinzu kommt, daß es mit steigenden Arbeitslosenraten auch immer mehr arbeitslose Gewerkschaftler gibt. Natürlich weiß man in den Gewerkschaften um diese Problematik und fühlt sich dadurch außerordentlich bedroht.

Was die Arbeitgeberseite angeht, so gibt es zwar lautstarke Bekundungen von einzelnen Unternehmern, man solle aus dem Arbeitgeberlager austreten und betriebsindividuelle Vereinbarungen machen, vor allem in Ostdeutschland. Tatsächlich sind jedoch nur sehr wenige aus den Verbänden ausgetreten, und es gibt auch schon Wiedereintritte. Ich kann also nicht sehen, daß betriebsbezogene individuelle Kompromisse, die unterhalb der Tarifebene abgeschlossen werden, die Tarifautonomie aushöhlen. Auch hier geht es um mehr Flexibilität, also um einen evolutionären Vorgang bei der Tarifautonomie.

Flexibilisierung der Arbeit ist eine der Schlüsselantworten, und die kommt voran, organisiert im Rahmen der Tarifautonomie. Die 4-Tage-Woche ist sicher nur begrenzt geeignet, die Probleme zu lösen. Natürlich reagiert die Tarifebene immer etwas langsamer als die Betriebsebene, Gott sei Dank. Die Innovation geschieht auf der Betriebsebene und wird dann durch die Tarifpartner auf größere Bereiche übertragen. Entscheidend ist jedoch, daß in die starren Formen Flexibilität hineinkommt.

### **Stürmer**

Krise heißt nicht Ende oder Absturz, sondern Prüfung, Chance, Erneuerung, Selbstkritik.

### **Vollmer**

Trotzdem hat jede Krise etwas Schillerndes. Die eigentliche Frage ist, ob sich irgendeine Gruppe herausbilden kann, die in der Lage ist, die Krise zu lösen.

Ich beginne mit einer größeren und älteren Organisation als die Demokratie, nämlich den Kirchen. Auch die haben von Zeit zu Zeit immer wieder enorme Krisen durchlebt. Doch sie haben es stets geschafft, aus sich selbst heraus Reformgruppen zu bilden, die zum einen eine radikale Opposition zum Bestehenden darstellten, zum anderen aber gleichzeitig an den Grundkonsens appellierten, der im Falle der Kirchen glücklicherweise außerhalb der Organisation selber liegt und nicht neu geschaffen werden muß. Der Grundkonsens war durch das Wort Gottes vorgegeben. Damit besaßen die Reformgruppen ein Instrument, um innerhalb der Kirchen gehört zu werden. Dies ist ein Beispiel für eine mustergültige Krisenbewältigung: Bildung einer Reformgruppe, die sich gleichzeitig auf den Grundkonsens berufen kann.

Die Kirchen haben nun gegenüber solchen Reformbewegungen immer so reagiert, daß sie das Grundanliegen der Reformen aufgenommen haben. Das heißt, sie haben sich reformiert und dann den radikalen Teil mit hohen Verlusten für die Beteiligten als Sekte, Ketzler oder sonst etwas abgespalten. Aber die Großgruppe hat sich daraus tatsächlich erneuert. Den Preis haben meist die Außenseiter zahlen müssen.

Die heutige Situation der Kirchen sehe ich deshalb so dramatisch, weil weit und breit keine Reformgruppe in Sicht ist, die eine Erneuerung versuchen würde, sondern durchweg nur Ermattung zu spüren ist. Das ist die eigentliche Krise einer solchen Großorganisation, wenn sich keine Träger des Neuen oder der Reform mehr finden. Ähnlich besorgniserregend schätze ich die Situation unserer Demokratie ein. Auch da ist gegenwärtig keine Reformgruppe in Sicht.

Herr Biedenkopf hat die Grünen als Beispiel für eine Erneuerung genannt. In der Tat hatten die Grünen sowohl Momente der radikalen Opposition in sich, und sie versuchten zugleich eine neue Sinnstiftung beziehungsweise ein Glücksversprechen, indem sie eine andere Lebensform propagierten. Das heißt, die beiden vorerwähnten Momente, die Reformgruppen aufweisen müssen, waren hier gegeben. Wie schnell aber ist dieser Erneuerungsimpuls wieder ermattet. Man hat sie sehr schnell an das bestehende System assimiliert, statt darauf zu setzen, daß das demokratische System von dem neuen Atem des Reformismus erfaßt wird.

Noch dramatischer haben wir das bei Bürgerrechtlern in der DDR erlebt, die in der neuen Gesellschaft so schnell verschwunden sind wie der Geschmack eines Stückchen Zuckers auf der Zunge. Das hat mich tief beunruhigt. Denn ich muß ehrlich zugeben: Mein Bedarf an Parteigründungen ist für dieses Leben gedeckt. Ich habe den Binnendruck kennengelernt, der durch Außendruck entsteht, mit all den Folgeerscheinungen, die es auch bei den klassischen Sekten gab: die Radikalisierung der Moral, die Radikalisierung der Opposition und so weiter.

Aber wenn heute solche Reformgruppen so schnell verbraucht werden, wer kann es denn sein, der die geforderte Erneuerung in unserer Gesellschaft zu leisten vermag? Wo sieht, spürt jemand von Ihnen die neuen Träger des Gemeinsinns, die die größere Bundesrepublik jetzt so dringend braucht?

Wir haben auch im Bergedorfer Kreis schon verschiedentlich Ausschau gehalten. Ich habe auf der Tagung im Januar dieses Jahres im Schloß Bellevue eine Initiative angeregt, die die Wahl des nächsten Bundespräsidenten betraf. Meine Hoffnung dabei war, ob sich nicht wenigstens eine Symbolfigur des Gemeinsinns finden ließe, die aus der Gesellschaft heraus gewählt wird. Deshalb habe ich mich auch an der Frankfurter Initiative für Jens Reich beteiligt. Die Reaktion auf diesen Vorschlag war deprimierend. Von Parteien und Presse tönte es sofort unisono: Macht keinen Sinn, völlig uninteressant. Trotz aller Kritik an den politischen Parteien reagiert man einhellig im Sinne dieser Parteien.

Mit anderen Worten: Gutgeheißen wird in dieser Gesellschaft nur, was durch die bestehenden Machtblöcke abgesichert ist. Das ist bei Hofe denken und bei Hofe reagieren. Wie will man auf diese Weise die neuen Träger des Gemeinsinns eigentlich ermuntern?

Was meinen denn die, die so reagieren, wie oft solche Versuche noch wiederholt werden? Haben sie überhaupt eine Vorstellung davon, wie schwierig es ist, Träger des Konsenses zu finden und zu ermutigen?

Vielleicht bedarf es erst einer dramatisch zugespitzten Situation, wie sie im Dritten Reich mit der Gruppe des 20. Juli gegeben war, daß sich Persönlichkeiten finden, die mit hohem persönlichen Risiko für den Gemeinsinn eintreten. Aber das meinen wir doch nicht, wenn wir heute nach Trägern einer Reform für einen Erneuerungsprozeß Ausschau halten - ob sie sich dann Frankfurter Initiative, Kommunitaristen oder meinetwegen "Club von Patrioten" nennen. Denn wir alle sind uns hier offensichtlich einig, daß es solcher Reformträger bedarf.

Oder sehen Sie irgend solche Bewegungen? Ich glaube nicht, daß es damit getan ist, daß sich die politischen Parteien ein klein wenig in der ökologischen Frage bewegt oder daß sich die Tarifparteien ein klein wenig auf die neuen Fragen eingestellt haben. Die können in meinen Augen kaum Reformträger sein.

## **Grimm**

Vielleicht kann die Antwort doch aus der Kirche kommen, Herr Beier?

## **Beier**

Darauf werde ich mich nicht einlassen. Ich könnte jetzt lange Geschichten erzählen von der "ecclesia semper reformanda", und was da alles passiert ist. Ob es heute begründete Hoffnung in dieser Hinsicht gibt oder nicht, ich bin kein Prophet. Ich sehe das etwas anders als Frau Vollmer - aber wie immer.

Worum es mir geht, ist, daß wir in der Diskussion permanent mit Begriffen arbeiten, die wir noch gar nicht ausreichend untersucht haben. So ist hier immerfort von Institutionen die Rede. Da sollten wir einmal genauer nachfragen: Was meinen wir eigentlich damit? Welche Konturen, Abschattungen nehmen wir dabei wahr?

Warum halte ich das für wichtig? Wir stellen etwa fest, die alten Institutionen sind leer geworden, haben abgedankt, reine Schneckengehäuse. Es spricht ja einiges dafür. Meine Frage ist: Nach welchen Prinzipien sollen dann die neuen Organisationen, Institutionen organisiert werden, die wir uns zu finden anschicken?

Nun, die organisieren sich im wesentlichen nach dem Prinzip der Selbstständigkeit. Das heißt, sie müssen sich in bezug auf die Inhalte hinsichtlich der Forderungen, Wünsche, Absichten selber ähnlich bleiben. Das können sie aber nur organisieren, wenn sie sich an eben den Institutionen orientieren, die sie ablösen sollen. Diese Dialektik führt mich mitunter zu sehr konservativen Überlegungen. Das heißt, ich frage mich - im Sinne von Herrn Oetker;- , ob es nicht doch besser wäre, hier einer evolutionären Entwicklung den Vorzug zu geben und auf die Wandlungsfähigkeit der alten

Institutionen zu setzen, statt ständig nach neuen Ausschau zu halten. Aber ich gebe zu, daß ich auch da skeptisch bin.

Die Gesellschaft braucht Institutionen hieß es hier. Dem stimme ich natürlich zu. Aber wird das - insbesondere in der jungen Generation - generell akzeptiert? Wie müssen Institutionen aussehen, würde ich gegenfragen, die der jüngeren Generation glaubhaft machen, daß wir tatsächlich Institutionen brauchen? Da fehlt es meiner Ansicht nach durchaus noch an überzeugenden Argumenten und einigermaßen glaubwürdigen Vorbildern. Staat, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen?

Wenn wir von der liberalen Gesellschaft sprechen, ist das so eine Art Offenbarungswahrheit, die da angeboten wird, auf die sich alle wie selbstverständlich einigen können? Ich kenne junge Leute, aus konservativen wie aus radikalen Lagern, denen ganz elend wird, wenn sie diesen Begriff hören. Die würden keineswegs dem Begriff von Liberalität zustimmen, den wir hier voraussetzen.

Meine Frage ist: Welche Institution könnte in diese Diskussion mehr Klarheit und vielleicht einen Konsens bringen?

### **Hirschman**

Wir sprechen hier in der Tat von liberaler Gesellschaft, ohne zu berücksichtigen, daß wir im Grunde in einer liberalen Marktgesellschaft leben. Ich habe zu zeigen versucht, daß eben diese Marktgesellschaft eine besondere Eigenschaft aufweist: Sie ist ungeheuer dynamisch im Aufdecken immer neuer Quellen des Reichtums. Damit ist aber gleichzeitig verbunden, daß einige der bestehenden Quellen versiegen. Dies schafft ständig Probleme, mit denen diese Gesellschaft zu kämpfen hat; zum Beispiel fallen einige Sektoren oder Regionen zurück und müssen dann irgendwie gestützt werden.

Das heißt, diese Gesellschaft erzeugt infolge ihrer dynamischen Entwicklung dauernd neue Probleme, auf die man aktiv reagieren muß, statt, wie es in früheren Gesellschaften üblich war, das Auf und Ab der gesellschaftlichen Entwicklung einfach als gegeben hinzunehmen. Die Aktivitäten, die ich als notwendig erachte, sind gar nicht so dramatisch einzuschätzen. Deshalb sollten wir auch weniger von existentieller Krise und ähnlichem sprechen, wie das hier immer wieder anklang. Wir müssen uns mit den entstehenden Problemen entschieden befassen, sie klar definieren und den Menschen möglichst eindeutig vermitteln. Deshalb sollten wir auch weniger Energie auf die Frage verwenden, ob wir jetzt vor ganz neuen großen Problemen stehen, die völlig andere Lösungswege erfordern, sondern uns nüchtern der Analyse der Probleme widmen, die sich uns stellen.

Insofern bin ich auch zurückhaltend gegenüber der Argumentation, unsere Gesellschaft würde die Werte, auf denen sie gründet und die sie nicht selbst erzeugt hat, zerstören. Das scheint mir übertrieben zu sein. Diese Gesellschaft zerstört Werte, wie sie zugleich neue schafft. Das ist ein ständiger Prozeß, bei dem sich nie genau feststellen läßt, ob mehr Werte geschaffen oder mehr zerstört werden. Wir sollten uns also vor Übertreibungen hüten und nicht immer nur auf die eine Seite dieses Prozesses blicken.

### **Weinrich**

Ich möchte zwei Bemerkungen zum philosophisch-gesellschaftstheoretischen Hintergrund unserer Diskussion machen und eine Überlegung anschließen, die auch mit meiner Profession als Sprachwissenschaftler zusammenhängt.

Die erste Bewegung betrifft das "Dubiel-Theorem", nämlich den von Herrn Dubiel hier vorgetragenen Analogieschluß zwischen dem Verbrauch an materiellen Ressourcen durch die Industriegesellschaft einerseits und dem Verbrauch an ideellen ethischen Ressourcen durch die liberale Gesellschaft andererseits. Ich war zuerst sehr beeindruckt von diesem Theorem, habe mich dann aber gefragt, ob es sich hier nicht um ein Sophisma handelt. Während die materiellen Ressourcen dadurch verbraucht werden, daß man sie tatsächlich gebraucht, werden die ideellen ethischen Ressourcen gerade dadurch verbraucht, das heißt aus dem Verkehr gezogen, daß man sie nicht gebraucht. Das Beste, was man den ethischen, moralischen, ideellen Ressourcen antun kann, ist, daß man sie gebraucht. Denn eben dadurch werden sie vor dem Verbrauch, vor dem Verschwinden geschützt.

Die zweite Bemerkung betrifft den amerikanischen Kommunitarismus. Bei dieser Diskussion zwischen Liberalismus und Kommunitarismus in Amerika geht es im wesentlichen um die Auseinandersetzung mit dem großen Buch von Rawls: *The Theory of Justice*, das 1971 erschien und in deutscher Übersetzung unter dem Titel "Eine Theorie der Gerechtigkeit" seit 1975 vorliegt. Rawls hatte in seinem Buch im Grunde die Kantsche Position wiederholt, indem er sich zu einer liberalen Gesellschaft

bekannte, die auf dem Prinzip der Gerechtigkeit beruht, welche er genauer als *justitia distributiva* als verteilende Gerechtigkeit - interpretierte.

Dagegen haben die Kommunitaristen geltend gemacht, diese formale Bestimmung der Gesellschaft und des modernen Staatswesens reiche nicht aus, sondern man müsse die Werte beim Namen nennen im Sinne des alten aristotelischen Tugendkatalogs. Entsprechend haben dann McIntyre und andere Autoren verschiedene Werte des Gemeinsinns beim Namen genannt: Patriotismus, Fairneß und so weiter.

Es ist für uns Deutsche nicht uninteressant daraufhinzuweisen, daß diese Diskussion etwa 50 Jahre vorher schon einmal in Deutschland stattgefunden hatte mit nicht geringem intellektuellen Aufwand, und zwar als Streit zwischen der Kantschen formalen Ethik und der materialen, das heißt inhaltlichen Wertethik, wie sie von Max Scheler und Nikolai Hartmann vertreten wurde. Insbesondere die große Ethik von Nikolai Hartmann, ein sehr lesenswertes Buch, enthält einen kommentierten Katalog von Werten, die beim Namen genannt und besprochen werden.

Was hat die amerikanische Kommunitarismus-Diskussion über jenen Streit zwischen der Kantschen formalen und der Schelerschen und Hartmannschen materialen Ethik hinaus an Neuem gebracht? Mich hat in dem Zusammenhang ein Hinweis von Herrn Hirschmans Princeton-Kollegen Michael Walzer beeindruckt, demzufolge man von Werten des Gemeinsinns eigentlich nicht in der Weise sprechen könne, daß man einen Katalog bildet und abstrakte Begriffe auf den Tisch wirft, so schön diese auch klingen mögen. Das reißt keinen Menschen vom Stuhl. Vielmehr besteht nach Walzer der adäquate sprachliche Umgang mit Werten darin, daß man von diesen Werten und vom Gemeinsinn erzählt. Man kann aber nur dann davon erzählen, wenn damit gehandelt worden ist. Insofern hängen Erzählen und Handeln zusammen. Doch kann man davon nicht erzählen, wenn es ganz große Handlungen gewesen sind. Ganz große Ereignisse machen uns stumm. Das hat sich auch bei der Wiedervereinigung gezeigt, die fast unsere gesamte Schriftstellergeneration verstummen ließ; die Erzähler erzählen nicht davon.

### **Sommer**

Noch nicht.

### **Weinrich**

Ja, das mag in zehn Jahren kommen.

Wenn wir also von den Werten des Gemeinsinns im Sinne von Michael Walzer erzählen wollen, müssen wir von kleinen und mittleren Ereignissen erzählen. Deshalb möchte ich gegen Herrn Stürmer auch die kleinen Baumaßnahmen verteidigen. Die Wahl besteht ja nicht nur zwischen den ganz kleinen Baumaßnahmen auf der einen und den ganz großen Architektenentwürfen auf der anderen Seite - Sie wissen selbst, wieviel Unfug man mit letzteren anrichten kann;- , sondern die Chance liegt bei den kleinen bis mittleren Baumaßnahmen, von denen man tatsächlich erzählen kann.

Daran habe ich gedacht, als Frau Hamm-Brücher ihre Geschichte von der Theodor-Heuss-Stiftung und den 350 Einsendungen erzählte. Man könnte sich ja auch vorstellen, daß wir - alternativ zu dieser Diskussion - eine Erzählrunde bilden würden, in der jeder von gelungenem und nicht gelungenem Gemeinsinn erzählt. Es gab auch hier einige Beispiele dazu.

Wir sind immer allzusehr vom "herrschaftsfreien Diskurs" im Sinne Habermas' befangen. Vielleicht würde viel mehr dabei herauskommen, wenn jeder von uns mit persönlichem Engagement erzählen würde, was man bei anderen an Gelungenem und weniger Geglücktem gesehen oder was man selber gemacht hat und womit man vielleicht auch gescheitert ist oder nur mäßig erfolgreich war. Ich meine, es müßte vom Gemeinsinn mehr erzählt werden.

### **Sommer**

Wir könnten uns diese Diskussion sparen, wenn wir entweder dem Dubiel- oder aber dem Fest-Theorem anhängen. Ich bezweifle, daß Moral und ideelle Werte eine Art Ressource sind, die uns nur begrenzt zur Verfügung steht und sich eines Tages erschöpft. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine erneuerbare Ressource. Dieses Theorem ist auch insofern abwegig, als danach ein Hitler ja geradezu ein Moral-Ökologe gewesen wäre, weil er von dieser Ressource so wenig Gebrauch gemacht hat.

Zudem würde uns diese Theorie im Grunde paralysieren. Wenn sich diese Ressource nämlich unaufhaltsam erschöpft, wäre alles Bemühen, dagegen anzugehen, vergebens.

Dann wäre auch alle Politik sinnlos, die sich um Reformen bemüht. Und Gesprächskreise wie dieser brauchten nicht stattzufinden.

Ich glaube demgegenüber an die Kraft der Aufklärung. Ich sehe solche Argumentation als antiaufklärerisch an und halte mich an den Habermasschen Begriff des öffentlichen Rasonierens, den Herr Weinrich eben erwähnte. Ich glaube auch an die Kraft von Bildung und Erziehung, teils an den Schulen, teils durch vorbildliches Handeln.

Noch eine kurze Anmerkung zum Fest-Theorem. Wenn ich Herrn Fest richtig verstanden habe, meint er, da die liberale Gesellschaft ihre Voraussetzungen nicht selbst schaffen könne, sei sie zum Untergang verurteilt.

### **Fest**

Das haben Sie entschieden falsch verstanden.

### **Sommer**

Ich würde das historisch in der Tat für falsch halten. Die Voraussetzungen der liberalen Gesellschaft sind doch nicht vom Himmel gefallen, sondern die haben sich Menschen, die eine solche Gesellschaft wollten, erkämpft. Und das heißt, Menschen können sie auch erneuern. In diesem Sinne ist die Krise ein Normalzustand. Wie Carl Burckhardt gesagt hat: In der Krisis schürzt sich ein neuer Entwicklungsknoten. Den löst man vielleicht nicht immer auf. Auch kann man ein Scheitern nie ausschließen. Aber man darf auch nicht von vornherein die Flinte ins Korn werfen.

### **Fest**

Meine These ist historisch weit mehr belegbar, als Sie glauben, Herr Sommer. Schon die Kreislauftheorie von Aristoteles besagt nichts anderes: Eine Gesellschaft erkämpft sich dank des moralischen Fundaments, auf dem sie steht, und der Prinzipien, die sie befolgt, Freiheit, und diese Freiheit setzt außerordentliche Kräfte in Bewegung. Aber allmählich erlahmt das wieder. Die Wertvorstellungen, die Prinzipien, durch die die Freiheit erworben wurde, verlieren sich mit der Zeit, und der Zerfall setzt ein. Das ist dann der übliche Kreislauf von der Demokratie zur Oligarchie und zur Tyranis und so weiter.

Wenn Sie das 20. Jahrhundert betrachten: Nach dem Ersten Weltkrieg gab es in Europa 21 Republiken, die alle auf einem festen Verfassungsgrund standen und beanspruchten, demokratischen, liberalen, humanen Prinzipien zu folgen. 15 Jahre später war nichts mehr von diesen Republiken übrig, fast alle waren von innen her zugrunde gegangen. Die europäische Geschichte gerade des 20. Jahrhunderts ist übersät mit Grabsteinen von Demokratien, die alle mit großen Hoffnungen begonnen hatten und gescheitert sind.

Historisch spricht nichts dafür, daß eine Demokratie mit entsprechender Verfassung und funktionsfähigen Institutionen damit auch schon eine Garantie zum Überleben hat. Aber- das möchte ich nachdrücklich betonen - ich sage nicht, daß der Untergang einer Demokratie unausweichlich ist. Man kann etwas dagegen tun. Dazu gehören etwa Werte. Ich bin allerdings nicht der Ansicht von Herrn Hirschman, daß der Verfall von Werten nur ein anderer Ausdruck von Wertewandel ist, sondern es gibt tatsächlich einen Zerfall von Werten, wie wir heute erleben.

Was wir in der bisherigen Diskussion nicht berücksichtigt haben, ist die Rolle der Medien in diesem Prozeß. Eine derartige Medienmacht hat es in keiner der bisherigen Demokratien gegeben. Und ich würde schon die Frage stellen, ob diese Macht nicht in irgendeiner Form begrenzt werden müßte. Ich weiß nicht, ob Selbstkontroll-Mechanismen ausreichen und ob wir nicht doch staatliche Gesetze dafür brauchen.

In jedem Fall müßte sehr viel in der Erziehung geschehen, da pflichte ich Frau Hamm-Brücher voll bei. Wir brauchen vor allem wirksame Vorbilder. Man geniert sich bei uns ja geradezu, moralische Werte zu postulieren und Vorbilder einzufordern, beziehungsweise vorbildliche Verhaltensweisen darzustellen und in den Erziehungskanon für junge Leute aufzunehmen. Ich meine, das alles wird bei uns in einer Weise vernachlässigt, die ich nur sträflich nennen kann.

Aber, um es noch einmal deutlich zu sagen: Ich halte es nicht für unausweichlich, daß Demokratien zugrunde gehen; man kann etwas dagegen tun. Nur, wir tun zu wenig.

### **Stürmer**

Wir schwanken hier zwischen der Klage, daß alles verfestigt und unausweichlich sei, und der Vorstellung, wir könnten uns im Grunde jederzeit neu erfinden. Wir brauchen es nur richtig anzustellen: bessere Leitartikel zu schreiben, unsere Kinder in Montessori-Kindergärten und auf Waldorfschulen zu schicken und so weiter, uns ein wenig netter, vernünftiger, offener zu verhalten, dann würde sich schon alles zum Besseren wenden.

Nun ist die Frage nach den Voraussetzungen der liberalen Gesellschaft in der Tat ernst. Denn die liberale Gesellschaft ist der Ausnahmefall der Weltgeschichte, historisch sowieso, aber auch heute. Sie ist ein Kunstwerk, das auf sehr schwierigen, selten zusammentreffenden Voraussetzungen beruht.

### **Sommer**

Spricht beides für sie.

### **Stürmer**

Darin sind wir uns einig.

Die liberale Gesellschaft des Westens hat sich im Laufe eines Jahrhunderts gebildet, nämlich von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg. Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft sind elementare Voraussetzungen dafür. Dazu kommen dann noch ein offener Marktplatz der Meinungen, Parlament, Medien und anderes mehr. Die liberale Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich nicht ununterbrochen während Jahrhunderten gewachsen, sondern hat 1948/49 einen ganz spezifischen Boden vorgefunden - nicht zuletzt aus der Katastrophe des Krieges und der totalen Niederlage. Das, was dann entstanden ist, haben zum einen die westlichen Besatzungsmächte stark beeinflusst, zum anderen geschah es aus eigener Kraft und Erneuerungswillen heraus, daß sich unsere Gesellschaft so liberal und offen entwickelt hat. Die Währungsreform von 1948 war wahrscheinlich nur mit Besatzungsmächten möglich; das hätten die Deutschen allein nicht leisten können.

Jetzt sind wir in eine Situation hineingeraten, in der die liberale Gesellschaft im Westen unter einen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Druck gerät wie nie zuvor in den letzten 40 Jahren, und die Bundesrepublik ist durch die Wiedervereinigung auf andere, unbekanntere Grundlagen gestellt. Auch wir hier stellen fest, daß es keine Patentlösungen gibt, die sich schnell umsetzen lassen. Im gewissen Sinne müssen wir uns neu erfinden. Das ist aber ohne vorhergehende Katastrophe ungeheuer schwer und erfordert eine gewaltige intellektuelle, moralische und dann auch politische Leistung.

### **Vollmer**

Im Grunde redet Herr Sommer für mich wie von einer fremden Welt, und ich stimme viel mehr mit Herrn Fest überein. Wenn man nicht erkennt, daß die Haupttendenz im Augenblick Selbstzerstörung bedeutet, dann weiß ich nicht, in welcher Welt wir leben. Menschen, wie Sie, Herr Sommer, mit den gelungenen Lebenswerken und den glücklichen Lebensläufen sind offenbar die Optimisten, während die jungen Leute die Träger des Pessimismus sind. Sehen Sie sich doch die Selbstzerstörungsprozesse im Kreis der Bürgerrechtler, im Kreis der Intellektuellen, an, also genau die Gruppen, aus denen die kreativen Potentiale kommen müßten. Wenn Sie so voller Optimismus sind, dann sollten Sie Belege bringen.

### **Sommer**

Die ganze Politikverdrossenheit ist doch ein Zeichen dafür, daß die Menschen Wandel wollen.

### **Fest**

Vielleicht sind die Leute so politikverdrossen, weil so viel Wandel geschieht und sie damit nicht mehr zurechtkommen.

### **Dubiel**

Die Analogie von Naturökologie und Sozialökologie ist sicher mißverständlich, so als ob wir auf eine Situation zugehen, in der nicht nur die natürlichen, sondern auch die ethischen Ressourcen eines Tages aufgebraucht sind. In Wirklichkeit erleben wir in der Moderne einen permanenten Prozeß der Destruktion und der Neubildung von Wertpotentialen. Es läßt sich schwer sagen, worin die Neubildung besteht. Denn Werte können - anders als Naturstoffe - nicht synthetisch hergestellt werden. Sie

entstehen irgendwie in demokratischen Institutionen, in bestimmten Formen der Öffentlichkeit, in einem gewissen vorbildhaften Verhalten von Eliten.

Ich will deshalb dieses Argument der Wertaufzehrung und den Zusammenhang mit den Existenzbedingungen der liberalen Gesellschaft noch einmal schärfer zu fassen versuchen. Ich habe schon daraufhingewiesen, daß eine Gesellschaft, die aufgebaut ist auf dem Strukturprinzip legitimer privater Nutzenverfolgung und auf Institutionen, die das ermutigen - während Gemeinsinnsorientierung eher entmutigt wird;- , nur unter bestimmten Bedingungen funktionieren kann. Dazu gehören erstens ethische Prinzipien: Vertragstreue, Wahrhaftigkeit, auch, daß man sich gegenseitig nicht totschießt oder kaputt Konkurriert. All dies ist abhängig von einem ethischen Potential, das im Regelwerk der liberalen Gesellschaft selbst nicht erzeugt wird.

Die zweite Bedingung für die Funktionsfähigkeit einer so verstandenen liberalen Gesellschaft ist, daß es in dieser Gesellschaft soziale Räume gibt, in denen das Prinzip privater Nutzenverfolgung - auch unter Einsatz von Ellenbogen - ausdrücklich zugestanden, ja sogar erwartet wird. Ein Unternehmer, der sich bei Vertragsabschlüssen philanthropisch verhält, ist schnell weg vom Markt. Auf der anderen Seite ist die bürgerliche Gesellschaft nie eine reine Marktwirtschaft gewesen. So gab es in ihr immer einen sozialen Raum, der durch einen ganz anderen Sozialtypus dominiert war und in dem Verhaltensmerkmale gefordert sind, die der Marktwirtschaft geradezu entgegenstehen: Empathie, Selbstzurücknahme, Zärtlichkeit, Pflegeverhalten. Dieser Bereich war vornehmlich den Frauen zugeordnet. Und das Geheimnis für das Erfolgsrezept der bürgerlichen Gesellschaft ist die strikte Trennung der beiden Bereiche, also der Marktgesellschaft und der Sphäre der sozialmoralischen Reproduktion, und daß sich dies auf zwei Personengruppen verteilte.

Die dritte Existenzbedingung der liberalen Gesellschaft war, daß die sozialen Trägerschichten, die das Prinzip legitimer egozentrischer Nutzenverfolgung tragen, relativ klein sind.

Die Krise, mit der wir heute konfrontiert sind, besteht nun nicht zuletzt darin, daß alle drei vorgenannten Existenzbedingungen nicht mehr gegeben sind. Die traditionellen Ressourcen, besonders die religiösen, die zum Beispiel einem Arbeiter die Hinnahme unzumutbarer Arbeitsbedingungen nahegelegt haben, gibt es nicht mehr. Die strikte Trennung zwischen einem moralischen Bereich, in dem die Frau dominiert und ihren geschlechtsspezifischen Tugendkanon auf diesen Raum abstimmt, ist längst durchlöchert durch Prozesse des Sozialrechts, des Arbeitsmarktes, der Emanzipation der Frau. Und auch das dritte Prinzip, das der klassischen- oder schichtspezifischen Trägerschaft von Prinzipien egozentrisch rationalen Verhaltens, findet sich ebenfalls nicht mehr. Inzwischen reklamieren jede Gruppe der Gesellschaft und jedes Individuum das Recht für sich, sich am Markt zu behaupten.

Die klassischen Existenzbedingungen liberaler Gesellschaften sind also angesichts der komplizierten Prozesse von Wohlfahrtsstaaten und Massendemokratien nicht mehr gewährleistet. Das erfüllt mich nun nicht mit Fatalismus, aber ich möchte die Sensibilität für Prozesse schärfen, die schwer zu verstehen sind. Denn diese Gesellschaften kommen ja nicht umhin, die Bedingungen ihres Zusammenhalts und auch ihrer sozialen und moralischen Integration zu schaffen, und zwar nicht durch totalitäre Setzungen und Propaganda. Das eben unterscheidet liberale von totalitären Gesellschaften.

Derartige Dinge müssen vielmehr wachsen - wie immer das vor sich geht;- , und der bloße Appell an die Aufklärung hilft da sicher nicht weiter.

Wertorientierungen, die nicht mehr auf traditionellen Vorgaben aufbauen, sind ein eigener Stoff, den man nicht produzieren oder administrativ verordnen kann, der sich auch in Schulen nicht einfach vermitteln läßt, indem man ihn ins Curriculum hineinschreibt. Was unsere Gesellschaften tatsächlich zusammenhält, ist uns selbst ein Rätsel. Sowohl in der Soziologie als auch in der Politik ist unklar, was die ethische Qualität dieser Gesellschaft ausmacht.

Die These vom Verfall der Werte findet sich wohl am härtesten ausgedrückt in dem von Robert Bellah herausgegebenen Buch "Habits of the heart", Gewohnheiten des Herzens, eine große empirische Studie, die dramatische Belege dafür zu haben glaubt, daß alle republikanischen und biblischen Traditionen, die dem Menschen Sinn und Halt in dieser Gesellschaft gegeben haben, aufgebraucht sind. Am Schluß des Buches wundert sich Bellah darüber, daß die Gesellschaft überhaupt noch existiert und noch erstaunlich hohe zivilisatorische Gegebenheiten aufweist, die man ihr eigentlich gar nicht mehr zutraut. Wie wir die Institutionen und die kulturellen Mechanismen schaffen, die den Bestand der liberalen Gesellschaft auf Dauer sichern können, ist eine offene Frage.

**Schröder**

Herr Weinrich hat das Erzählen empfohlen. Also lassen Sie mich erzählen, wie mir zuerst das Wort Krise begegnet ist. Als ich so etwa zwölf Jahre alt war, hörten wir im Westrundfunk ständig, die Bundesrepublik befinde sich in einer Krise. Da aber unsere Verwandten aus Westdeutschland, wenn sie zu uns kamen, immer wie die Weihnachtsmänner beladen waren, habe ich daraus geschlossen: Etwas Schlimmes kann Krise eigentlich nicht sein. Es dürfte wohl kaum einen Zeitpunkt gegeben haben, zu dem man nicht lesen und hören konnte, die Bundesrepublik befinde sich in einer Krise.

Eine andere Geschichte: Im Kommunismus war ja das radikal Neue probiert worden. Mit hohem Pathos und eingehender Begründung hatte man Gewaltenteilung, echte Wahlen, die Unabhängigkeit der Gerichte und so weiter abgeschafft. Die Bürgerbewegungen und die oppositionellen Kräfte haben nun einerseits Bewährtes zurückgefordert, indem sie sich auf die Menschenrechte beriefen und eine Verfassung verlangten, die diese wirklich garantierte. Das alles war zwar für die DDR neu, aber keine neue Erfindung.

Dann allerdings haben die Bürgerbewegten auch eine Reihe von Forderungen gestellt, die die Demokratie verbessern sollten, jedenfalls die westdeutsche Demokratie. Einiges davon ist aus guten Gründen gescheitert. Zum Beispiel die Forderung: eine Fünfprozentklausel sei undemokratisch und müsse abgeschafft werden. Darüber ist in der Volkskammerzeit viel diskutiert worden. Inzwischen ist auch in vielen der osteuropäischen Länder die Fünfprozentklausel eingeführt worden, weil sich gezeigt hat: Ein buntes Parlament kann nicht der einzige Gesichtspunkt sein. Es gibt schließlich auch so etwas wie ein Menschenrecht auf eine handlungsfähige Regierung. Die Regierung de Maizière begann mit sieben Parteien; das war fast wie Flöhe hüten. Gott sei Dank haben sich dann die drei liberalen Parteien noch während der Regierungsbildung vereinigt.

Stichwort: Geschäftsordnung. Am Anfang war die Vorstellung, das spontane Gespräch sei doch das ursprünglichste und produktivste. Dann zeigte sich - noch vor der Wende;-, daß man auf diese Weise zu keinen Entscheidungen gelangte. Also brauchte man doch das Korsett der Geschäftsordnung.

### **Hamm-Brücher**

Es gibt unterschiedliche Geschäftsordnungen.

### **Schröder**

Das war der Punkt, über den man dann weiter reden konnte. Aber bei vielen war die Vorstellung, Geschäftsordnung, das sei eine üble Institution, die jede Spontaneität kastrierte.

Wir haben jedenfalls 1989/90 die Erfahrung gemacht, daß es Dinge gibt, die zunächst antiquiert anmuten, auf die man aber, wie sich sehr schnell zeigte, nicht verzichten kann.

Ab Abschaffung der Parteien war auch so eine Idee. Da hieß es etwa: Bei uns kann jeder mitarbeiten, egal welcher Partei er angehört. In der Ost-SPD waren wir allerdings strikt dagegen. Denn das fehlte uns gerade, daß die SED mit ihrer eigenen Liste kandidierte und dann noch in dieser oder jener Bürgerbewegung ihre Mitglieder hatte.

Frau Vollmer hat das Thema Wahl des Bundespräsidenten angesprochen und die Art beklagt, wie jetzt die Kandidaten nominiert werden. Da heißt es dann, das Volk solle den Bundespräsidenten direkt wählen. Offenbar ist damit die Erwartung verbunden, auf diese Weise werde es besser laufen. Es mag andere Gründe geben, den Bundespräsidenten direkt wählen zu lassen. Aber die Vorstellung, man brauche nur die Durchführung des Verfahrens zu ändern, erscheint mir einigermaßen sonderbar. Natürlich würde es dann einen Bundespräsidentenwahlkampf geben, und daß der erfreulicher sein soll, vermag ich nicht zu erkennen.

Immerfort kann man hören, wir müßten etwas Neues ausprobieren. Ich verstehe schon lange nicht mehr, was das bedeutet. Vielmehr bin ich der Meinung, daß es weit eher darauf ankommt, das Vernünftige im Bestehenden herauszufinden und wenn möglich zu verbessern. Wenn wir etwas anders machen, muß es nicht auch besser sein. Das ist nur sehr begrenzt der Fall. Der Kommunismus war ein Programm, alles besser zu machen. Da ist sicher auch einiges den Bach heruntergelassen, das vielleicht hätte erhalten werden sollen. Viele sehen das jedenfalls so.

Die Unzufriedenheit über die gegenwärtige politische Situation hat zweifellos viele Ursachen. Ich will einige nennen. Da ist etwa der Glaube an die Allmacht der Politik beziehungsweise der Glaube, die Politik sei grundlegend reformierbar. So nach dem Motto: Wenn die Politiker nur wollten, könnten alle Probleme gelöst werden. Davon sind nicht wenige Kritiker überzeugt, und das ist schon im Ansatz eine Überforderung derer, die Politik machen.



Ein weiteres Problem ist, daß wir es mit unglaublich komplexen Prozessen zu tun haben, deren Konsequenzen den einzelnen betreffen und ihn zu der Forderung verführen, es solle alles möglichst vereinfacht werden. Ich will ein Beispiel nennen: Ich habe vor kurzem an einem Konvent der Probstei Halle teilgenommen. Dort wurde die Forderung erhoben - alles studierte Leute;- , man solle endlich das Recht auf Arbeit in die Verfassung hineinschreiben, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es mag Sie amüsieren, aber davon waren mehr oder weniger alle fest überzeugt. Als ich dann die Frage stellte: Wen soll ein Gericht verurteilen, Ihnen einen Arbeitsplatz zu geben? herrschte Ratlosigkeit.

Wenn man begründet, warum so etwas nicht geht, gerät man sofort in den Verdacht, man wolle die schäbige Wirklichkeit rechtfertigen. Das will ich keineswegs. Worauf es jedoch ankommt, ist, zunächst einmal die Komplexität der Zusammenhänge aufzuzeigen, um eine Urteilsbildung zu ermöglichen, die den Tatsachen Rechnung trägt. Damit fühlen sich die Zuhörer meist sehr schnell überfordert. Sie sagen: Ich bin arbeitslos und will Arbeit haben, und Du redest hiervon Südostasien! Ich weiß auch nicht, wie man solche Probleme bewältigen kann - gerade wenn es um wirtschaftliche Zusammenhänge geht;- , die ohne ein Verständnis der weltwirtschaftlichen Lage überhaupt nicht mehr zu begreifen sind. Da wird eine Bereitschaft zum Zuhören erwartet, zu der jemand, der sich in einer existentiellen Notsituation befindet, gar nicht in der Lage ist. Vielleicht kann man das fordern.

Dann das Verlangen nach Beteiligung. Das wurde besonders deutlich bei den Diskussionen um Artikel 23. Wir sind nicht gefragt worden, hört man, vor allem von jungen Leuten im Westen. Wenn man dann darauf verweist: Es stand doch in eurer Verfassung, daß wir beitreten können, lautet die Antwort: Was geht mich das an; ich habe die Verfassung nicht beschlossen; dafür war ich noch zu jung.

Das heißt, es gibt bestimmte Verpflichtungen, die ich akzeptieren muß und die ich nicht ändern kann. Die Einstellung: Was ich nicht aus freien Stücken bejaht habe, bindet mich nicht, ist in einem Gemeinwesen nicht tragbar. Natürlich ist es berechtigt zu sagen: Was mir aufgezwungen wurde, kann ich nicht bejahen. Aber jede Verpflichtung, die mir nicht gefällt, einfach abzulehnen, kann auch keine Lösung sein. Bestimmte Dinge muß ich nun einmal akzeptieren. Ich gebe zu, daß die Grenze schwer zu ziehen ist. Aber es gibt so etwas wie die Anerkennung von Gegebenem, auch von Elementen des Tragischen, verbunden mit dem Blick für das Mögliche und für das Unmögliche.

Etwas anderes ist, was Herr Klages deutlich gemacht hat: Wenn man etwas freiwillig tun kann, sind die Menschen zu mancherlei bereit. Georg Picht hat einmal gesagt: Das Subjekt wird durch Aufgaben konstituiert und nicht umgekehrt. Herr Biedenkopf hat in dem Zusammenhang die Notwendigkeit von sozialer Kontrolle in einer Gemeinschaft als ein Verhaltensregulativ betont. Das funktioniert jedoch nur in einer kleinen "face to face"-Gruppe noch, im Freundes-, Verwandten- oder auch Kollegenkreis. Dafür sind die großen anonymen Gesellschaften kaum geeignet. In der DDR hat man versucht, an dieser Stelle das Arbeitskollektiv einzuschieben. Dies hat traumatische Erfahrungen bei uns hinterlassen.

Martin Buber hat einmal gesagt, eine Gesellschaft sei in dem Maße human, wie sie über Substrukturen verfüge. Das hat mir immer sehr eingeleuchtet. Ich weiß aber nicht, wo wir diese Substrukturen jetzt herbekommen sollen. Die alte Großfamilie war sozusagen eine natürliche Gemeinschaft dieses Zuschnitts. Kann gleiche Verbindlichkeit durch einen Freundeskreis oder einen Verein entstehen?

Schließlich eine Bemerkung zum Thema Marktgesellschaft. Die liberale Gesellschaft sei im Grunde eine Marktgesellschaft hat Herr Hirschman gesagt. Nun, die spezifische Logik des Marktes ist die Zweckrationalität. Da kann man alles rein geschäftsmäßig betrachten, und damit ist auch die Kompromißfähigkeit groß. Meine Gegenthese ist: Die Marktlogik als Lebensform ist zynisch. Denn zu einer vernünftigen Lebensform gehören auch Akte der Anerkennung, die nicht zur Disposition stehen. Ich habe im anderen Zusammenhang zwischen Ermessens- und Bekenntnisfragen unterschieden. Wenn jemand sagt: Bei mir steht alles zur Disposition, solange der Preis stimmt, dann ist das schierer Opportunismus bis hin zur Bestechlichkeit oder Schlimmeres.

Das heißt, es muß etwas im Umgang miteinander verbindlich sein, was alle akzeptieren und dann auch erwarten können, daß sich jeder daran hält. Es muß mit anderen Worten so etwas wie ein Grundethos, einen Grundkonsens geben. Das Problem, das ich sehe, ist, daß eine solche Vorstellung heute weitgehend fehlt, nicht nur bei jungen Leuten, aber bei denen ist es besonders auffällig. Und da kommen dann wieder Familie und Erziehung ins Spiel, die hier schon mehrfach angesprochen wurden.

**Fest**

Ihrer Differenzierung kann ich voll zustimmen, Herr Dubiel. Sie haben einen gewissen Verfall ethischer Wertpotentiale beklagt, und ich frage mich, ob das nicht mit dem Niedergang der christlichen Kirchen zu tun hat. Darauf hatte auch schon Herr Klages hingewiesen. Die großen Weltreligionen haben ja nicht nur Jenseitstrost versprochen, sondern zugleich ein Moralsystem aufgestellt - also ein weltliches, ein gesellschaftliches Ethos;- , das abgesichert wurde durch Himmelsbelohnung auf der einen und Höllenfahrt auf der anderen Seite. Diese Drohung stand immer dahinter.

Ich glaube, jeder ethische Konflikt muß sich vor einer letzten Instanz verantworten. Das ist die Grundlage jedes Moralsystems. Diese letzte Instanz gibt es heute nicht mehr. Alles ist mehr oder weniger ins Belieben des einzelnen gestellt. In einer Gesellschaft des "anything goes"- einschließlich der moralischen Werte - ist eigentlich nichts mehr wirklich wichtig. Das genau ist das Problem des Werteverfalls, mit dem wir es zu tun haben.

Herr Stürmer hat Tocqueville erwähnt, bei dem nachzulesen ist, welch ungeheure Bedeutung er nicht nur den offiziellen Kirchen, sondern auch den kleinen Sekten und Glaubensgemeinschaften für die demokratische Gesellschaft in Amerika zugemessen hat. Also nicht etwa als Beruhigung und Trost für die Menschen, sondern für das Funktionieren des gesamten gesellschaftlichen Systems. Und bei Rousseau heißt es, ein Mensch, der keine religiösen Verbindlichkeiten anerkenne, sei im Grunde ein asoziales Wesen und für die Gesellschaft nicht tauglich.

Als der Niedergang der christlichen Kirchen in der Zeit der Aufklärung begann, schuf man sich als Ersatz die Utopien, die die Menschen mit innerweltlichem Trost versorgten, indem sie ihre Erwartungen auf die Verbesserung des Diesseits lenkten und dafür Engagement, selbstloses Tun und so weiter bei den Menschen mobilisierten. Nachdem nun auch die Utopien abgestürzt sind, befinden wir uns offenkundig in einer Sackgasse und halten nach Ersatz Ausschau.

Als hierin der Debatte vom Glück die Rede war und die Meinung vertreten wurde, das habe mit unserem Thema nicht so viel zu tun, entgegnete Herr Stürmer: Damit sind wir genau im Zentrum unseres Problems. Vielleicht müssen wir den Glücksbegriff neu definieren. Wir sprechen über Orientierungskrise und über die Aussichtslosigkeit, in der sich viele Menschen befinden. Der antike Glücksbegriff hatte Glück immer verstanden als Wahrnehmung und Befolgung von moralischen Kategorien und Prinzipien auf der einen und von Übernahme von Verantwortung für andere Menschen auf der anderen Seite.

Heute haben wir es mit einem sehr subjektiven Glücksbegriff zu tun, der sich mehr auf sich selbst als auf andere richtet. Hinzu kommt die Tendenz, das eigene Glück vom Staat, insbesondere vom Sozialstaat, zu erwarten. Das kann nicht funktionieren. Für das Glück des einzelnen sollen immer andere verantwortlich sein, irgendwelche Kassen oder der Staat allgemein. Das Empfinden, der einzelne habe selbst für sein Glück zu sorgen - und nicht irgendwelche Institutionen;- , ist weitgehend verlorengegangen. Das ist die Crux, in der wir uns befinden.

## **Thoben**

Die Debatte hier habe ich zum Teil doch als sehr abgehoben empfunden. Da ging es viel um Definitionsfragen, was vielleicht ein Hinweis darauf ist, daß bei aller Überzeugungskraft, mit der jeder sein definitorisches Konzept vertritt, die eigene Orientierung noch nicht so recht geglückt ist.

Die Frage von Herr Oetker, wie wir unsere Institutionen, vielleicht auch die Bildungsinhalte, evolutarisch verändern können, bleibt wichtig. Möglicherweise reicht das Tempo dieser Veränderungen, das wir im Augenblick schaffen, nicht aus, um mit den ungeheuren Wandlungen, die wir erleben, fertig zu werden. Aber es geht nicht nur um die Veränderungsbereitschaft der bestehenden Institutionen, sondern wir werden auch neue Institutionen benötigen, die vielleicht in der Lage sind, der Situation, der wir uns gegenübersehen, gerecht zu werden.

Ich denke, wir müssen viel deutlicher sagen, daß auch eine demokratische Gesellschaft nicht ohne Führung auskommt. Die Frage ist: Wer kann sie übernehmen, und welches sind Voraussetzungen dafür, daß sie akzeptiert wird?

Dafür will ich zwei Beispiele nennen. Zum einen das Thema Gesundheitsreform, von der Herr Weinrich meinte, da sei einiges gelungen. Woran es auf diesem Gebiet gefehlt hat, waren ja nicht die sachlichen Expertisen über den Reformbedarf. Die lagen lange auf dem Tisch. Doch der Minister, der versucht hat, das Reformkonzept frontal durchzusetzen, hat alle Interessengruppen gegen sich aufgebracht.

Worauf es also im politischen Prozeß ankommt, ist, daß man zu mehrheitsfähigen Beschlüssen gelangt, um das, was in der Sache notwendig und richtig ist, auch umzusetzen. Das wiederum hängt

offensichtlich entscheidend von den jeweils handelnden Personen ab, wie überzeugend, vertrauenswürdig, charismatisch diese sind. Es sind somit nicht die Institutionen, die hier versagen; es liegt auch nicht an der mangelnden Sachkenntnis, sondern vor allem daran, daß es so selten gelingt, die richtigen Leute in Verantwortungspositionen zu bringen, die das, was notwendig ist, vermitteln können.

Herr Weinrich hat von den mittleren Baumaßnahmen gesprochen. Viele mittlere Baumaßnahmen könnte man ohne weiteres einvernehmlich verabschieden. Es bedarf nur der richtigen Vermittlung durch Führungspersönlichkeiten, die sich darauf verstehen. Wenn aber Herr Sommer, mit dem Hinweis auf Späth und Henzler, meint, dadurch einen sinnvollen Beitrag zu leisten, daß er behauptet: Wenn alle Betriebe die neueste Technik anwenden würden, hätten wir sieben Millionen Arbeitslose mehr, dann halte ich eine solche Botschaft nicht nur sachlich für falsch, sondern auch für verantwortungslos. Damit führen Sie die Menschen gerade nicht zur Veränderungsbereitschaft, sondern machen die Schotten dicht. Wenn man mit solchen Zahlen die Leute verschreckt, darf man sich nicht wundern, wenn diese nach der Schließung der Grenzen verlangen.

Die Aufgabe sehe ich vielmehr darin, zum heutigen Zeitpunkt deutlich zu machen, daß sich die Arbeitsteilung in Europa neu herausbilden wird und den Weg aufzeigen, wie dies für alle halbwegs erträglich zu regeln ist.

### **Sommer**

Dies versuchen die Autoren nun in der Tat.

### **Thoben**

Das kann man aber nicht, wenn man mit falschen Zahlen operiert. Für jede Phase der Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung in der Vergangenheit hätte ich argumentieren können: Wenn alle Betriebe die modernste Technik würden angewandt haben, würden wir keine Vollbeschäftigung gehabt haben, sondern mehrere Millionen Arbeitslose. Die Anwendung der Technik hängt mit Abschreibungskosten und allem Möglichen zusammen, und es gibt nie einen Zustand, daß in einer Gesellschaft alle Betriebe den jeweils modernsten Stand der Technik anwenden. Mit solchen völlig unzureichenden, ja falschen Zahlen, verschrecke ich die Menschen nur und verhindere ihre Mitwirkung.

Deshalb sage ich, ähnlich wie Frau Hamm-Brücher: Wie bekommen wir die richtigen Leute in die Entscheidungspositionen?

### **Schröder**

Technologische Modernisierung allein reicht sicher nicht aus.

### **Schavan**

Vielleicht brauchen wir in der Tat ein anderes Verständnis von Eliten. Was wir heute vorfinden, sind im Grunde brillante, monologische Milieus, die sich in ihrer Brillanz immer mehr ausdifferenzieren, aber aus ihrem Milieu kaum herauskommen. So würde ich die Entwicklung, vor allem in den letzten zwanzig, dreißig Jahren interpretieren. Es ist ja mitunter recht interessant, was man zu hören bekommt, aber es verhält dann auch wieder in dem jeweiligen Milieu.

Von daher dürfte es wirklich wichtig sein, daß es Menschen gibt, die, wie Frau Thoben sagte, Führung ausüben können und die zu einer Kultur des Dialogs in der Lage sind, das heißt zu einer verbindlichen Rhetorik, die die Wirklichkeit widerspiegelt. Denn auch das gehört zu den Eliten. Als Herr Weinrich vom Erzählen sprach, kam mir in den Sinn: Das Erzählen ist ein massiver Verstoß gegen die Regeln einer erfolgreichen Rhetorik. So wie wir Rhetorik normalerweise verstehen, bedeutet es, die Dinge möglichst global anzugehen und Details auszusparen, damit man durch die Wirklichkeit nicht so schnell widerlegt werden kann.

Deshalb wäre es wichtig, diese Art von Rhetorik zu durchbrechen und als Elite diejenigen anzuerkennen, die sich zu solchen Grenzüberschreitungen verstehen.

Herr Schröder sagt, die Marktgesellschaft als Lebensform sei zynisch. Auf dem Weg in diesen Zynismus sind wir längst. Diese Gesellschaft will nicht die klassischen Bindungen. Sie favorisiert immer nur das Neue, auf das sich jeder einlassen soll. Deshalb sind die Alleinstehenden exemplarisch für diese Gesellschaft, die dem Anspruch nach Flexibilität, Mobilität und ständiger Verfügbarkeit am besten entsprechen. Wer in personalen Bindungen mit dem entsprechenden Wertekontext steckt, wird dem Erfolgsideal eigentlich nicht gerecht.

Ich stamme nun weiß Gott aus einer gesellschaftlichen Gruppe, der katholischen Kirche, die dieses Erfolgsideal im Grunde ablehnt, der es doch gerade um Wertekontexte geht und die immer wieder versucht, diese ins Spiel zu bringen. Dennoch meine ich, wir sollten jetzt nicht wieder so schnell in einen Kulturpessimismus abdriften, der dem einzelnen vorhält, er würde die Wertekataloge nicht mehr erfüllen, die doch so hehr und schön sind.

In bezug auf Wertekataloge gibt es immer zwei Kategorien von Menschen: Diejenigen, die sie aufgestellt und verkündet haben, und diejenigen, die sie einhalten sollen. Das war das Erfolgsrezept vieler Wertekataloge. Dies funktioniert heute nicht mehr. Denn in der Mediengesellschaft läßt sich die vorgenannte Zweiteilung nicht mehr aufrechterhalten. Moral und Verantwortung verlangen, daß Rhetorik und tatsächliches Verhalten und Handeln wieder mehr angenähert werden, als das zur Zeit der Fall ist.

Frau Hamm-Brücher fordert Vorbilder. Nun, für das, worüber wir hier diskutieren, den Gemeinsinn, hat unser Gesellschaftssystem nicht nur kein Vorbild geliefert, sondern im Gegenteil Signale im Hinblick auf Lebensformen und Grundhaltungen postuliert, die dem Gemeinsinn diametral entgegengesetzt sind. Deshalb kann es auch nicht darum gehen, nur die junge Generation anzuhalten, sie müsse Gemeinsinn wieder lernen.

Sie kennen die Argumente der Frauen gegen das soziale Jahr. Ich kann mich mit dieser Idee sofort anfreunden, wenn sichergestellt ist, daß dies für Männer und Frauen in gleicher Weise gehandhabt wird. Das setzt nämlich eine generelle Bewußtseinsänderung in der Gesellschaft voraus. Anderenfalls ist klar abzusehen, was bei einem sozialen Jahr geschehen wird: Während die Frauen in Krankenhäuser, Kindergärten und dergleichen geschickt werden, sehen die Männer zu, daß sie sich dabei möglichst im Hinblick auf ihren Beruf weiterqualifizieren können, etwa den Führerschein machen oder diese und jene Qualifikation erwerben, die ihnen später den Einstieg in irgendein Berufsfeld erleichtert. Dann haben am Ende die Frauen wieder einmal ihre soziale Kompetenz unter Beweis gestellt, die ihnen aber in der Marktgesellschaft wenig weiterhilft, in der wir von Gleichberechtigung noch weit entfernt sind.

Das heißt, wir müssen uns entscheiden, was wir wollen: Soll die Marktgesellschaft einfach fortgeführt werden mit unveränderten Strukturen und Verhaltensweisen, oder streben wir eine Reformierung an, um das weiterzuentwickeln, was wir für wichtig und wertvoll halten? Das würde aber auch bedeuten, von einem Erfolgsideal Abschied zu nehmen, das diejenigen automatisch durchs Netz fallen läßt, die den Marktgesetzen, wie sie heute verstanden werden, nicht entsprechen.

### Jochimsen

Das war wirklich ermutigend, Frau Schavan!

Ich wähle einen etwas anderen Ansatz. Hier war viel von Teilsystemen die Rede, die autonom ihre Ziele verfolgen und die Folgekosten dann anderen Systemen überlassen. Ich stimme Herrn Hirschman zu: Wir haben eine dominante Marktgesellschaft, für die es an ausreichenden Korrekturen fehlt, die auch schwer zu organisieren sind. Denn die Marktgesellschaft befindet sich in einerrasanten Entwicklung. Dafür will ich einige Elemente nennen.

Es wird so getan, als ob der Kanon des klassischen Liberalismus, der im 19. Jahrhundert entwickelt wurde, heute noch dominiert. Dem ließe sich aus vielerlei Gründen widersprechen. Ich will mich auf einen Punkt konzentrieren. In der Währungsfrage war der klassische Liberalismus auf - wie man heute sagen würde - Wechselkursstabilität, nämlich die Goldwährung fixiert. Die damit verbundenen Konsequenzen, zum Beispiel Preis-, Lohn- und Beschäftigungsschwankungen oder wechselhafte Konjunkturverläufe, wurden akzeptiert. Dagegen haben wir dann in diesem Jahrhundert Stichwort: Keynesianismus, Globalsteuerung und dergleichen - gegenzusteuern versucht.

Seit geraumer Zeit machen wir die Erfahrung, daß dafür der einzelne Nationalstaat nicht mehr tauglich ist. Es läßt sich auch kein Katalog makroökonomischer Ziele mehr auflisten und mit Prioritäten versehen, etwa: Vollbeschäftigung, Wachstum, Preisstabilität, Zahlungsbilanzausgleich - in dieser oder anderer Reihenfolge. Vor zwanzig Jahren glaubte man noch daran, daß jedes Land für sich seine Mischung wählen könnte.

Gegenwärtig erleben wir eine recht dramatische Veränderung, indem - unter starker Mitwirkung der Deutschen Bundesbank - die Geldwertstabilität zu einem primären Ziel geworden ist, das im Vertrag von Maastricht erstmals international und völkerrechtlich verbindlich fixiert wurde. Die Frage ist, ob die Bundesbank vorrangig dieses Ziel verfolgen darf, ob sie nicht auch die Beschäftigungswirkungen mitzubedenken hat. Dazu gehört dann die internationale Wettbewerbsfähigkeit, aber auch Fragen wie "Beschäftigungschancen für Frauen" oder die Lösung von Umweltproblemen und so weiter.

Meine These lautet, daß die Konzentration der Geldpolitik auf das Ziel der Geldwertstabilität - ohne die anderen Ziele gänzlich zu vernachlässigen - eine wichtige Orientierung auch im Hinblick auf so etwas wie Gemeinsinn gibt und Geldwertstabilität weit über ihre ursprünglich materiell-mechanistische Bedeutung hinaus wirkt. Denn sie stärkt nicht nur die Finanz- und Eigentumsdisposition des einzelnen, sie hat auch eine soziale Komponente. Steigende Preise treffen vor allem Bezieher kleiner Einkommen und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheiten, auch materieller Unwägbarkeiten, wäre es verhängnisvoll, das "Gut" stabile Währung aufs Spiel zu setzen. Die übrigen Politiken sollten das beachten und ihren Aktionsraum darin einrichten, aber ihre Rolle aktiv ausfüllen. Vor allem gilt dies für die regionale Strukturpolitik, für die aktive Arbeitsmarktstrukturpolitik und die Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik.

Hier stehen wir jetzt gewissermaßen in der Bewährungsprobe, ob uns die gewaltigen Transferleistungen nach Ostdeutschland dazu verführen, die Geldwertstabilität laxer zu handhaben. Für die Regierung ist es natürlich am einfachsten, den Geldhahn aufzudrehen.

Es ist bemerkenswert, daß diese Einstellung der Regierenden in der Gesellschaft keinen Applaus findet. Denn die Bürger haben bei uns sehr wohl erkannt, wie wichtig die Geldwertstabilität für die Erhaltung ihres persönlichen Freiheitsspielraumes ist. Das gleiche Phänomen zeigt sich übrigens in Frankreich, wo - Umfragen zufolge - 80 Prozent der Franzosen die Stabilität des Geldwertes für so wichtig erachten, daß dahinter selbst die Beschäftigungsfrage zurücktritt.

Mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages ist das Ziel der Preisstabilität nun für ganz Europa quasi verfassungsmäßig festgeschrieben. Das bedeutet eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, was in seiner Tragweite noch gar nicht voll begriffen worden ist. Zusätzliche Arbeitsplätze gegen eine höhere Inflation eintauschen zu wollen, ist nicht nur technisch fragwürdig, es verbietet sich künftig kraft Gesetz. Auf zentralen wirtschaftspolitischen Feldern werden nicht mehr die Einzelstaaten, sondern die Europäische Union wird die Weichen stellen.

Ich will auf eine weitere wichtige Veränderung aufmerksam machen. Herr Oetker hat schon daraufhingewiesen, daß Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft die Gestaltungsräume für die nationalen Wirtschaften enorm eingeschränkt haben. Das gilt etwa für die Sicherung der Beschäftigung. Viele Unternehmen orientieren sich heute zuerst am Weltmarkt und sehen nicht mehr auf die regionale Beschäftigungssituation. Die bleibt aber ein wichtiger sozialer und politischer Faktor, und die Frage ist, welche Institutionen in der Lage sind, sich um die Lösung dieser ungeheuren Problematik zu kümmern. Die Bundesanstalt für Arbeit beispielsweise kann dies immer weniger leisten. Mein Sorge ist, daß von dieser Entwicklung enorme destabilisierende Wirkungen ausgehen können.

Umweltauflagen, Sozialbilanzen, Gleichstellung von Mann und Frau, das alles kann man gesetzlich verankern und den Unternehmen vorgeben mit dem Erfolg, daß sich diese anderweitig orientieren und ihre Investitionen dahin lenken, wo sie von derartigen Auflagen nicht bedrängt werden. Wie wollen wir dieser Entwicklung entgegensteuern und auch institutionell Rechnung tragen? Da befürworte ich das schrittweise piece-meal engineering. Wir sollten uns hüten, unsere bestehenden Institutionen einfach über Bord zu werfen. Denn so schnell wachsen keine neuen nach.

Deshalb genügt es nicht zu sagen: Wir müssen die Marktgesellschaft überwinden. Die Elemente, die uns diese Marktgesellschaft vorgibt, sind heute, wie ich gezeigt habe, noch weniger beeinflussbar, als es früher der Fall gewesen ist. Und wenn hier immer wieder nach Vorbildern verlangt wird - Frau Hamm-Brücher und Frau Schavan haben das besonders hervorgehoben;- , dann stellt sich die Frage, inwieweit die einzelnen sozialen Teilsysteme ihre Rollen auch in dem Bewußtsein spielen müssen, daß sie für das Ganze Mitverantwortung tragen und in dem Sinne den Gemeinsinn nicht vernachlässigen dürfen. Das heißt, die Verfolgung von Eigeninteressen muß eine Verbindung mit dem Gemeinsinn eingehen.

## **Lefringhausen**

Ich stimme Herrn Jochimsen zu: Wir dürfen keine Institutionen einfach über Bord werfen. Wenn wir aber danach fragen, wie die etablierten Institutionen reformiert werden können, dürfen wir nicht in der Zuschauerperspektive verharren.

Jede Großorganisation weist so viel an Beharrungsvermögen auf und ist so sehr auf die Verfolgung ihrer Eigeninteressen fixiert, daß sie eigentlich nur von außen oder von unten aufgebrochen werden kann. Entweder stellen Partizipationsansprüche von unten das interne Herrschaftssystem in Frage, oder es kommen so gewaltige Aufgaben von außen auf die Organisationen zu, daß auf diese Weise

Verkrustungen aufgebrochen werden. Das setzt voraus, neue Herausforderungen nicht wegzufiltern, sondern an sich heranzulassen.

Wir sollten Verbänden und Institutionen Gesprächsangebote machen, sie also nicht inquisitorisch in eine Ecke stellen, sondern ihnen die Einsicht nahebringen, daß sie sich auf lange Sicht selbst schaden, wenn sie nur eigene Ziele verfolgen und das Gemeinwohl in Detailinteressen parzellieren. Es geht also um einen gesellschaftlichen Lernprozeß, um das Machtkartell der Verbände durch einen offenen Dialog aufzulösen. Vielleicht könnten dazu neu zu etablierende Bergedorfer Verbände-Gespräche Beiträge leisten.

## Häfele

Obwohl es, wie hier mehrfach betont wurde, in unserer Gesellschaft ein großes Potential an Gemeinsinn gibt, erscheint es nicht möglich, dieses Potential in die bestehenden Institutionen hineinzulenken. Dies beschäftigt mich sehr, und dafür will ich eine Erklärung geben, die noch nicht angeklungen ist.

Herr Schröder sprach von der "schäbigen Wirklichkeit". Ich habe einmal einen Artikel unter dem Titel veröffentlicht: "Experten und Politiker unter dem Joch der Wirklichkeit". Worum es mir darin vor allem ging, war aufzuzeigen, daß in unserer Gesellschaft nicht nur in der Bundesrepublik - die Neigung zunimmt, an die Stelle der "wirklichen Wirklichkeit" eine Perzeption von Wirklichkeit zu setzen. Davon geht eine Lähmung aus, unter der immer mehr Menschen leiden.

Das heißt, die Wirklichkeit, wie sie wirklich ist, wird überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Darin sehe ich eines der Haupthindernisse für unsere Unfähigkeit, Gemeinsinn zu aktivieren.

Ein anderes Begriffspaar spricht den gleichen Sachverhalt an: Hypothetizität und Faktizität. Wir leisten es uns heute, immerfort irgendwelche Hypothesen aufzustellen und damit in einer Weise umzugehen, als sei das schon die Wirklichkeit. Ich will dafür einige Beispiele nennen.

Erstens die Risikoproblematik. Der "Schadstoff des Monats" dürfte Ihnen noch vertraut sein: Einmal war es Formaldehyd, ein anderes Mal Asbest. Die Gesellschaft reagierte darauf geradezu hysterisch. An der TU Berlin wurde wegen Asbest ein Gebäude von einem Tag auf den anderen geschlossen, das vorher jahrzehntelang in Betrieb war.

Ich erwähne des weiteren die Verrechtlichung, etwa im Genehmigungswesen oder auch im Personalwesen. Das führt in größeren Verbänden dazu, daß meist die Sache gar nicht mehr zur Diskussion steht, sondern nur noch die Form.

Ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich sei ein weiterer Beleg für meine These, wie sehr heute Wirklichkeit und Perzeption auseinanderfallen. Ich denke an die Weltumweltkonferenz in Rio. Daß wir uns um die Erhaltung der Lebensbedingungen auf dieser Erde kümmern müssen, steht außer Frage. Aber die völlige Vernachlässigung der Weltbevölkerungsproblematik in dem Zusammenhang zeigt eine Ausblendung von Wirklichkeit, die mir unfassbar ist. Die meisten Umweltprobleme haben doch ihre Ursache in dem exorbitanten Bevölkerungswachstum.

In ähnlicher Weise hat seinerzeit der Club of Rome die "Grenzen des Wachstums" für das Raumschiff Erde festzulegen gesucht, weil uns anderenfalls die Ressourcen ausgingen. Das behauptet heute kein Mensch mehr. Denn die Erde ist ein offenes und kein geschlossenes System und deshalb im Prinzip in der Lage, immer neue Überlebungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Als letztes Beispiel für die Diskrepanz von Hypothetizität und Faktizität erwähne ich jenes intellektuelle Gebäude, das linke Schriftsteller und Intellektuelle errichtet hatten, bevor der Kommunismus implodierte. "What is left?" heißt eine Artikelserie der FAZ und eine ganze Generation derer, die das Gebäude errichtet hatten, schweigt.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir wieder zur wirklichen Wirklichkeit zurückfinden, statt uns in irgendwelchen irrationalen Gedankengebäuden aufzuhalten. Dann wird auch die Zuversicht unter den Menschen wieder wachsen und sie veranlassen, ihren vorhandenen Gemeinsinn zu aktivieren, auch in den Institutionen.

## Stern

Ich bin mir der Probleme durchaus bewußt, die wir derzeit in unseren demokratischen Ländern haben: Armut, Arbeitslosigkeit, Wettbewerb mit nichtdemokratischen Ländern, Erziehungsproblematik, Kriminalität und vieles mehr - und dennoch bedrückt mich der Pessimismus, der sich in diesem Kreise

ausbreitet. Man scheint hier völlig zu verkennen, was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben, nämlich eine friedliche Selbstbefreiung von Völkern, die niemand von uns erwartet hatte.

Ich war vor vier Tagen in Leipzig in dem ehemaligen Stasi-Gebäude, das jetzt ein Museum ist. Darüber gäbe es sehr viel zu erzählen, das zeigen würde, wie vieles sich positiv verändert hat. Statt dessen sehen wir hier nur auf das, was nicht funktioniert, das ich gar nicht leugnen will; aber man muß doch auch die äußerst positiven Veränderungen anerkennen, die nicht nur im Osten, sondern auch in anderen Teilen der Welt stattgefunden haben.

Was mich an dieser Diskussion des weiteren etwas verwundert, ist die Gleichsetzung von liberaler Gesellschaft und Demokratie. Das sind durchaus zwei verschiedene Dinge. Während die Demokratie heute in den meisten Ländern - zumindest verbal als die einzig akzeptable Regierungsform anerkannt wird, ist dies beim Liberalismus keineswegs der Fall, der immer noch seine erbitterten Gegner hat. In den Vereinigten Staaten galt Liberalismus lange Zeit geradezu als Schimpfwort.

Eine liberale Gesellschaft, wie ich sie verstehe, meint politische Vernunft, Anstand und eine Wahrnehmung der Wirklichkeit, wie sie tatsächlich ist, wie Herr Häfele es gerade gefordert hat. Ich erinnere an die ungeheuren historischen Errungenschaften der liberalen Gesellschaft, etwa die Abschaffung von Sklaverei und Folter im 19. Jahrhundert. Diesen Liberalismus gilt es auf jeden Fall zu bewahren.

Übrigens haben Alexis de Tocqueville und sein Freund John Stuart Mill im 19. Jahrhundert sehr besorgt gefragt, ob die Demokratie nicht auch gewisse liberale Werte gefährden - beispielsweise der Umgang mit Minoritäten - und wie man sie schützen könne.

Gilbert Murrey hat über den Liberalismus gesagt: "It's a state of mind." Dieser "state of mind" muß vor allem durch die Erziehung vermittelt werden - ich knüpfe an das an, was Frau Hamm-Brücher gesagt hat. Und was die Vorbilder angeht: Václav Havel hat immer wieder gefordert: Wir müssen in der Wahrheit leben! Es ist auch eine große Errungenschaft, daß das in diesen Ländern wieder möglich ist. Das sollten wir nicht vergessen.

### **Stürmer**

Die Warnung von Fritz Stern vor allzuviel Pessimismus sollten wir ernst nehmen; denn so etwas wirkt eher destruktiv. Dennoch müssen wir uns ernsthaft mit den Problemen auseinandersetzen, was nicht allgemeines Krisengerede meint.

Der Begriff "Krise" hat im Deutschen zwei sehr verschiedene Bedeutungen: Dramatische, endzeitliche Götterdämmerung einerseits und Herausforderungen durch bestimmte Probleme andererseits. Das, was wir hier meinen, würde man im Englischen "challenge" nennen und nicht "crisis". Der "Economist" hat unlängst festgestellt, um was es geht: "... to rescue their economy: Germans must change." Damit ist nicht nur die Rettung unserer Wirtschaft gemeint, sondern unser ganzer way of life. Um uns die Liberalität zu erhalten, müssen wir in der Tat tiefgreifende Wandlungen durchmachen. Aber nicht Götterdämmerung!

### **Klages**

Ich halte in der Tat für wichtig - das ist jetzt verschiedentlich angeklungen;- , daß wir eine realitätsgerechte Standortbestimmung vornehmen zwischen Pessimismus und Optimismus beziehungsweise zwischen Voluntarismus und Resignation.

Ein Test hierfür könnte darin bestehen zu fragen, wie wir uns in unserem System mit der gegenwärtigen Krise auseinandersetzen. Läuft das mehr positiv oder negativ, mehr regressiv oder progressiv im Sinne produktiver Lösungen? Man kann hierzu natürlich vieles sagen. Ich meine aber, es besteht durchaus Anlaß, neben einigen negativen eine Reihe von optimistischen Antworten zu geben.

Ich komme noch einmal auf die Entwicklung der Wertorientierungen zurück. Ich halte es für unzulässig, hier von einem Werteverfall zu sprechen. Vielmehr haben wir es mit einem Wertewandel zu tun, wobei teilweise auch ältere Werte wieder zum Zuge kommen. Zugleich entstehen neue Werte mit anderen Funktionsprofilen, die Möglichkeiten und Potentiale beinhalten, die wir nur noch nicht nutzen.

Herr Dubiel hat vorhin die amerikanische Diskussion um Robert Bellah erwähnt, der den Verfall von Werten empirisch nachgewiesen zu haben meint. Das ist natürlich das Ergebnis einer bestimmten Perspektive: Wenn man den Wandel und die Auflösung älterer Wertsysteme als Verfall deutet, konstatiert man unvermeidlicherweise auch Verfall. Denn Werte sind ständig in Bewegung. Deshalb

muß man die Werte einer Funktionsanalyse unterziehen, wenn man dem Zwang zur immer wiederholten Verfallsdiagnose ausweichen will.

Dann war von "Verdrossenheit" die Rede, die ich aber durchaus für ein positives Symptom halte, weil sie anzeigt, daß die Bevölkerung auf Probleme reagiert und die Politik auffordert, ihre Problemlösungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Wenn man so an die Dinge herangeht, ist man auch in der Lage, eine Sensibilität für "mittlere Baumaßnahmen" zu entwickeln. Eine solche mentale Offenheit ist von entscheidender Bedeutung dafür, daß wir etwas bewegen können.

Ich nehme noch einmal das Stichwort Flexibilisierung der Arbeit auf, das meines Erachtens die Richtung zu einer zumindest teilweisen Lösung des akuten Problems der Arbeitslosigkeit aufzeigt. Mitunter verstecken sich neue Entwicklungen auch hinter technokratischen Bezeichnungen. So gibt es in der Management-Lehre zur Zeit eine Diskussion über "total quality management". Es handelt sich hier um eine einflußreiche Bewegung in Richtung der "Gruppenarbeit", deren große Bedeutung Herr Oetker ansprach.

In der Kommunalverwaltung beschäftigt man sich jetzt mit "neuen Steuerungsstrukturen". Das klingt ebenfalls sehr technokratisch. Dahinter verbergen sich jedoch Dezentralisierungskonzepte, die die Verwaltung geradezu revolutionieren können, indem nachgeordneten Verwaltungseinheiten weitgehende Selbständigkeit gewährt wird mit ganz neuer Verbindlichkeit und Verantwortung dem Bürger gegenüber.

Es tut sich also eine ganze Menge in den Großorganisationen, um Bedingungen herzustellen, die dem Anspruch des Individuums, Subjekt seines Handelns zu sein, entgegenkommen. Dazu finden seit einiger Zeit auch in den Kirchen aufregende Diskussionen statt. Hier werden völlig neuartige Lösungen jedenfalls in Betracht gezogen, die hoffen lassen, daß es gelingt, die Institutionen wieder zu beleben. Dazu gehört in bezug auf die Kirchen, daß die frei flottierenden "religionsproduktiven Bedürfnisse", die zur Zeit keinen institutionellen Halt finden, wieder in die Institutionen eingebunden werden können.

Um derartige positive Ansätze zu befördern, sollten wir uns aufgerufen fühlen, nicht nur Aufklärung zu betreiben, Bücher und Artikel zu veröffentlichen, sondern auch aktive Beratung vor Ort zu übernehmen. Ich selbst habe mit solcher Beratung von Institutionen vor einigen Jahren begonnen, nicht, weil ich mich von Haus aus so sehr als Berater verstehe, sondern weil ich meine, in der Hinsicht eine gewisse Verantwortung auch als Intellektueller übernehmen zu müssen, der eigentlich lieber Bücher oder Artikel schreibt. Ich muß zugeben, es ist zwar nervenaufreibend, aber ein sehr spannender Prozeß, der sich dann auch wieder persönlich lohnt - das in Anklang an das Thema Gemeinsinn und Freude, das Herr von Weizsäcker ansprach.

### **Hamm-Brücher**

Welche Werte würden Sie nennen, die im letzten Jahrzehnt neu entstanden sind?

#### **Klages**

Ich habe dafür vorhin eine ganze Reihe von Beispielen genannt, die im Zusammenhang mit dem Bedürfnis des einzelnen stehen, Subjekt seines eigenen Handels zu sein. Daraus sind neue Bereitschaften und Fähigkeiten entstanden.

### **Hamm-Brücher**

Das sind ja noch keine Werte, sondern nur mögliche Ansatzpunkte.

#### **Klages**

Es sind Wertorientierungen, Grundbereitschaften der einzelnen, die aufgegriffen werden und durchaus in institutionalisierte Werte überführt werden können. Das ist der entscheidende Punkt.

### **Kohler**

Was ich aus dieser Diskussion mitnehme, ist, daß es weniger an der subjektiven Bereitschaft zum Gemeinsinn fehlt, als vielmehr an den objektiven Voraussetzungen, ihn auszubilden. Fraglich geworden sind die inhaltlichen Muster, an die man sich halten kann und deren Befolgung Gemeinsinnverhalten gewissermaßen garantiert. Das betrifft sowohl die Wandlungen in der privaten Lebenswelt - darauf hat besonders Herr Dubiel aufmerksam gemacht - als auch die Umstellung in den Makrostrukturen, worauf zum Beispiel Herr Jochimsen hingewiesen hat.



Dann hat es hier eine bemerkenswerte Rhetorik zum Thema Kriseninterpretation gegeben. Man kann gewissermaßen zwei Grundtypen der Argumentation unterscheiden: Herrn Fests "antikes Kreislaufmodell" auf der einen Seite - die antike Idee, daß Gesellschaften Aufstieg, Blüte und Verfall erleben und dies dann auch mit einem Wechsel der Verfassungen einhergeht. Der Einsatz dieser Argumentationsfigur führt zu einer gewissen Dramatisierung des Geschehens. Dagegen setzen Herr Hirschman und andere - auch ich neige dem zu - eine andere Stilisierung, nämlich das "moderne Konkurrenzmodell". Das ist die Vorstellung, daß gesellschaftliche Prozesse stets beide Seiten aufweisen - sowohl Vorgänge der Destruktion wie auch der Neubildung von Werten; ein Modell, für das vor allem Herr Klages allerlei Plausibilitätsbelege aus der empirischen Forschung anführen konnte.

Natürlich haben diese unterschiedlichen Modelle mit der Interpretation von Wirklichkeit zu tun. Aber das sind nicht ganz einfach zu trennende Sphären: die Sphäre der Deutung der Wirklichkeit und die Sphäre der "wirklichen" Wirklichkeit. Insofern kann ich Herrn Häfele nicht zustimmen: Wirklichkeit ist immer auch eine Sache der Interpretation. Ob man nun aber dem dramatisierenden Kreislaufmodell oder dem moderierenden Konkurrenzmodell anhängt - beide Modelle konturieren Wirklichkeit. Sie pointieren und dienen dazu, gewisse Züge zugunsten der eigenen Gesamtargumentation besonders herauszustellen. Weil das aber so ist, sollte man diesen Interpretationen auch nicht ohne Vorbehalte folgen. Man darf sie nicht selber für die Wirklichkeit halten, sondern muß sie in ihrer wirklichkeitskonturierenden Funktion erkennen. Die "Wahrheit" dürfte in der Mitte zwischen ihnen zu finden sein.

### **Oetker**

Als Unternehmer, der mit Markenartikeln handelt, weiß ich, daß erfolgreiche, langlaufende Marken nur alle zehn bis dreißig Jahre entstehen. Es gibt Marken wie Henkel/ Persil, die über hundert Jahre alt sind und die bei gleichbleibender Qualität in ein neues modischeres Gewand gekleidet werden können. Neue Produkte zu schaffen, was meine Aufgabe als Unternehmer ist, setzt voraus, daß ich die Bedürfnisse der Nachfrage richtig einschätze und dann einen geeigneten Namen und ein Logo finde, die sich gut vermarkten lassen.

Wenn der Analogieschluß erlaubt ist: Auch in Politik und Gesellschaft entstehen neue, gute Markenartikel nur selten. Herr Hirschman hat zu Beginn die "68-er Generation" genannt, die eine gesellschaftliche Dynamik ausgelöst hat und damals zweifellos ein gesellschaftspolitischer Markenartikel gewesen ist. Herr Biedenkopf erwähnte die "Grünen", die ähnlich einzuschätzen sind. Aber die gibt es auch schon seit Mitte der 70-er Jahre - ebenfalls ein langlaufender "Markenartikel".

Seit der Wiedervereinigung befinden wir uns in einer gesellschaftlichen Situation, die wiederum das Erscheinen einer neuen "Marke" vermuten läßt.

Worum es mir geht, ist: Wir haben es jeweils mit einer gesellschaftlichen Ausnahmesituation zu tun, die das Bedürfnis nach einem neuen "Markenartikel" signalisiert, den es dann zu "erfinden" und zu "vermarkten" gilt. Das heißt, es müssen die Prozesse und Methoden gefunden werden, die dem betreffenden gesellschaftlichen Bedürfnis entsprechen.

Für meine unternehmerische Tätigkeit erhalte ich übrigens wichtige Anregungen aus einem Bereich, den Sie wahrscheinlich nicht vermuten werden, weil man ihn eher dem Irrationalen oder dem Nutzen Unzugänglichen zurechnet, nämlich der Kunst. In der Wahrnehmung dessen, was Künstler heute schaffen, die, wenn sie echte Künstler sind, im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Rahmen fallen, sich zumindest nicht im gewohnten Rahmen bewegen und Grenzen überschreiten, habe ich viel gelernt. Vielleicht paßt dieses Beispiel auch für gesellschaftliche Innovationen.

Noch ein Wort zu Herrn Häfele: Ich brauche zur Wahrnehmung von Wirklichkeit immer zwei Dinge gleichermaßen, nämlich Distanz und Nähe. Distanz ist nötig, um kritikfähig zu sein, also nicht zu sehr in die unternehmerischen Prozesse einzutauchen, um die dynamische, evolutionäre Entwicklung überhaupt nachvollziehen zu können. Gleichzeitig brauche ich aber auch Nähe, also unmittelbare Kontakte zu den Menschen, die für mich bei der Umsetzung wichtig sind. Aus der Symbiose von Distanz und Nähe entsteht dann die Lösung des Problems.

### **Dubiel**

Herr Fest hat gesagt, daß wir in einer Welt ohne religiöse Bindungen auf Utopien, also auf politisches Verhalten angewiesen sind. Das ist historisch gesehen so neu nicht - nur wird es uns heute vielleicht mehr bewußt. Die politische Moderne, die mit den großen Revolutionen in Amerika und in Frankreich

begann, fußte ganz wesentlich auf weltlichen Begründungen. Diejenigen, die politisch vorangingen und die Richtung bestimmten, operierten ohne die Deckung von Transzendenz und Tradition.

Dieser Umstand, der uns jetzt in Verwunderung versetzt - Hannah Arendt hat das wunderbar formuliert;-, meint, daß die Pioniere der Moderne, die Revolutionäre in Amerika und Frankreich, im Grunde nicht wußten, was sie taten. Daß man die Welt sozusagen aus sich selbst heraus beherrschen kann, ist eine Vorstellung, die sich erst zweihundert Jahre später wirklich denken läßt.

Wir werden gerade jetzt darauf gestoßen, weil mit dem Fall des totalitären Sozialismus das letzte System von der Bühne der Geschichte verschwunden ist, das versuchte, so etwas wie einen säkularen Ersatz für das zu schaffen, worauf vor-moderne Zeiten und Autoritätssysteme einmal gründeten. Das ist zwar als eine historische Errungenschaft zu begrüßen, die niemand bezweifelt, aber daraus resultiert eine Zerrissenheit allen Sinnes als politisches Signum der Moderne wie Marcel Gauchet einmal gesagt hat.

Es gibt nun zwei Grundeinstellungen, damit umzugehen: entweder optimistisch oder pessimistisch. Aus der ganzen Tradition liegt es nahe, damit stoisch-pessimistisch umzugehen und sich auf die Härte der Welt und die Brutalität der Probleme einzustellen.

In der politischen Literatur gibt es für beide Varianten sehr schöne nautische Metaphern. Carl Schmitt beschreibt in der "Theorie des Politischen" in Anspielung auf Hernando Cortez die Französische Revolution in der Weise: Auf einem Schiff hat der Pöbel gemeutert und den Kapitän über Bord geworfen. Das Schiff treibt jetzt führerlos umher und ist dem Untergang geweiht. Alle warten darauf, daß Gott das Schiff mit einem Blitzschlag vernichtet. Das ist sozusagen die apokalyptische Variante.

Die optimistische Variante ist das Bild von der "Mayflower", wie Hannah Arendt es interpretiert: Die kleine Gruppe von Aussiedlern kommt über das stürmische Meer und landet im Winter an dem schmalen Küstenstreifen, vor sich ein unendliches Land, und es fallen die Worte: "Allein im wechselseitigen Versprechen, selbst die Geschicke in die Hand zu nehmen, können wir die Schwierigkeiten meistern."

Von diesen beiden Grundeinstellungen, mit einer historischen Situation ohne Deckung von Transzendenz und Tradition umzugehen, überwog in diesem Kreis offenbar die skeptische, apokalyptische Variante. Von einer demokratischen Aufbruchstimmung, wie sie mit der amerikanischen Gründungsgeschichte verbunden ist, war hier jedenfalls nicht allzuviel zu spüren.

### **Grimm**

Mein Eindruck ist, daß wir zwischen beiden Möglichkeiten häufig geschwankt haben. Ich meine aber doch, daß wir uns in diesem Gespräch über die Bedingungen von Gemeinsinn etwas klarer geworden sind. Vielleicht haben wir auch den einen oder anderen Handlungsansatz gewonnen.

Eine Anregung möchte ich noch einmal besonders aufnehmen, nämlich die von Herrn Weinrich, zukünftig nicht nur miteinander zu diskutieren, sondern uns auch Geschichten zu erzählen, etwa über gelungene Beispiele von Gemeinsinn.

### **Voswinkel**

Lassen Sie mich zum Abschluß dieses 100. Bergedorfer Gesprächs einige wenige Punkte aus unserer außerordentlich facettenreichen Diskussion herausgreifen.

Mit dem Gemeinsinn in unserer liberalen Gesellschaft hat es offenbar seine eigene Bewandnis: Zum einen ist seh wer einzugrenzen, worauf ersieh eigentlich richten soll. Welches ist die adäquate Bezugsgröße für gemeinsinnige Aktivitäten? Der kleine überschaubare regionale Bereich? Die Gesellschaft, in der ich lebe? Europa, insbesondere Osteuropa? Oder die dritte Welt? Vielleicht ist es gut, daß wir uns mit Definitionsfragen nicht aufgehalten haben.

Des weiteren halte ich fest, daß mannigfache Warnungen vor allzuviel Gemeinsinn geäußert wurden, der - wie wir es in der Vergangenheit erlebt haben - häufig pervertiert worden ist. In Diktaturen - ob von rechts oder von links - ist die Mobilisierung von Gemeinsinn oft sehr erfolgreich zur Stabilisierung des Regimes mißbraucht worden. Aus dieser Sicht könnte es sogar sein, daß sich die Liberalität einer Gesellschaft geradezu daran bemißt, daß sie ihren Bürgern nur wenig an Gemeinsinn abfordert.

Auf der anderen Seite wird konstatiert, daß unsere Gesellschaft in Gefahr gerät, einem schrankenlosen Egoismus zu verfallen. Damit wird gewissermaßen der gesellschaftliche Grundkonsens aufgekündigt. Jeder denkt nur noch an persönliche Vorteilsnahme, und das Bewußtsein für das, was Menschen und Gesellschaft zusammenhält, geht verloren. Auch dafür haben wir hier

viele bedenkliche Beispiele gehört. Zumindest in Krisensituationen kommen wir ohne eine erhöhte Dosierung an Gemeinsinn kaum aus.

Nun ist gleichzeitig darauf verwiesen worden, daß es in unserer individualisierten Wohlstandsgesellschaft durchaus ein beträchtliches Potential an "flottierendem" Gemeinsinn gibt, das jedoch nur ungenügend mobilisiert werden kann, weil die bestehenden Institutionen immer weniger in der Lage sind, dieses Potential zu kanalisieren. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen weisen derart verfestigte Strukturen auf, daß der einzelne sich von ihnen abwendet. Die Bürger wollen nicht von irgendeiner Organisation vereinnahmt werden, sondern "Subjekt des eigenen Handelns" sein. Müssen sich also die Institutionen verändern, um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, oder brauchen wir neue Institutionen, weil die alten unwillig und unfähig sind, sich entsprechend zu wandeln? Diese Frage ist offengeblieben.

Wer könnten überhaupt die Träger einer gesellschaftlichen Erneuerung sein? Wir haben in dieser Hinsicht wenig Ermutigendes gehört. Aber sehen wir die Dinge vielleicht zu pessimistisch? Verkennen wir das großartige Ereignis einer friedlichen Selbstbefreiung von Völkern, wie uns aus amerikanischer Sicht hier vorgehalten wurde? Sind wir also nur zu verzagt - besonders in Deutschland;- die Probleme, die sich uns heute stellen, nüchtern und mit Tatkraft anzugehen?

Mein Eindruck ist, daß wir gut daran täten, die Probleme und Herausforderungen ernst zu nehmen, zugleich aber die Chancen wahrzunehmen, die sich in dieser Situation ebenfalls für uns bieten. Mich hat immer das Motto Kurt A. Körbers überzeugt, der zu seinem siebzigsten Geburtstag 1979 eine kleine Schrift veröffentlicht hat, die den Titel trug: "Wie geht es weiter? Mehr Neugier als Besorgnis."